



Udo Jürgens:

Konkrete Kunst im Visier

Im Rahmen seiner Tournee besuchte der Star das Würzburger Museum im Kulturspeicher. Darin sind Werke seines Großonkels ausgestellt.

Seite 14



Papst Benedikt XVI:

Ehrenbürgerwürde bei Deutschlandbesuch

Mit großer Freude nahm der oberste Hirte der katholischen Kirche die Anträge mehrerer bayerischer Kommunen entgegen.

Seite 14



Dr. Alfred Lehmann:

Bayerisches Aushängeschild

Ingolstadt ist auf einem guten Weg, zeigten sich der OB und Ministerpräsident Stoiber beim Festakt zum 1200-jährigen Jubiläum überzeugt.

Seite 13

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 16. Februar 2006

57. Jahrgang / Nummer 4

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist sicherer

Im Fokus: Bauaufsicht für öffentliche Gebäude

Nach dem Unglück in Bad Reichenhall sind Forderungen laut geworden, öffentliche Gebäude per Gesetz stärker zu überprüfen. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee hatte einen „Bau-TUV“ ins Gespräch gebracht, der Bayerische Städtetag wies solche Planspiele nun zurück: Weder ein „Bau-TUV“ noch neue Gesetze seien nötig, sagte Verbandsvorsitzender Hans Schaidinger auf seiner jüngsten Pressekonferenz. Auch der Bayerische Gemeindetag sowie der Innenausschuss des Landtags hatten sich bereits gegen einen „Bau-TUV“ ausgesprochen.

Dennoch verlangte Schaidinger für die Zukunft Maßnahmen, um das Risiko von Katastrophen wie der in Reichenhall zu mini-

zugängliche Holzträger auf den Zustand des Leims testen kann, seien hilfreich.

Langzeiterfahrungen

Ein Grund für solche zusätzlichen Prüfungen ist auch, dass immer mehr Werkstoffe eingesetzt und Konstruktionen angewandt werden, für die es keine (Fortsetzung auf Seite 4)



Hans Schaidinger.

mieren. Während Brücken, Tunnel, Öfterinals, Chemieanlagen aber auch Schornsteine und Tiefgaragen in bestimmten Abständen überprüft werden müssen, bleibt es den Eigentümern und Betreibern von Sporthallen, Stadien und Konzerthallen überlassen, wie sie die Standfestigkeit ihrer Einrichtungen überprüfen.

Checkliste für Kommunen

Der Regensburger Oberbürgermeister appellierte an die Bauaufsichtsbehörden, den Kommunen eine Checkliste an die Hand zu geben. Sie soll Anleitungen für effektivere Sicherheitsprüfungen von Gebäuden enthalten, vor allem dazu, wie oft und wie intensiv die Statik und Konstruktion einer Halle überprüft werden muss. Auch Hinweise dazu, wie man schwer

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Für Schäden durch Schneemassen:

7-Punkte-Hilfspaket

Sofortprogramm für betroffene Menschen / Härtefonds für existenzielle Schäden / Unterstützung der Kommunen bei Infrastrukturschäden und Winterdienst

Bayern will den von den Schneemassen geschädigten Menschen und Regionen schnell und unbürokratisch helfen. Unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat der Ministerrat das bayerische Hilfspaket zur Unterstützung in Not geratener Menschen sowie der betroffenen Landkreise und Gemeinden auf den Weg gebracht. Vorgesehen sind unter anderem ein Sofortprogramm für von den Schneemassen geschädigte Bürger und Unternehmen. Bayern orientiert sich dabei an Hilfspaketen, wie sie etwa bei Hochwasserkatastrophen geschnürt wurden. Stoiber betonte, mit dem Hilfspaket sei eine rasch wirksame Unterstützung für geschädigte Privathaushalte, Betriebe und Kommunen gesichert.

Der Freistaat Bayern wird sich auch an der Beseitigung wesentlicher Schäden an kommunalen Infrastruktureinrichtungen wie zum Beispiel Schulen, Kindertagesstätten und Kommunalstraßen beteiligen. Kommunen, für deren Gebiet aufgrund der starken Schneefälle der letzten Wochen Katastrophenalarm ausgerufen wurde und die außerordentlich hohe Winterdienstkosten haben, können einen Zuschuss des Freistaats erhalten. Weitere Informationen unter www.bayern.de.

Kommunalkongress der CSU in Mittelfranken:

Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen

Feucht (pm). „Die Weiterentwicklung der Kommunen ist eine Herausforderung für alle politischen Ebenen“, so der mittelfränkische CSU-Bezirkvorsitzende Joachim Herrmann anlässlich eines Kommunalkongresses seiner Partei in Feucht. Als „Kommunalminister“ hielt der Bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein das Impulsreferat. Für ihn verkörpern die Kommunen den „Aufbau der Demokratie von unten nach oben“. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bezeichnete er dabei als Daueraufgabe.

Auch die Landkreise, Städte und Gemeinden würden sich den Einflüssen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung stellen müssen und in vielen Bereichen würde dies bereits hervorragend geschehen. Für Dr. Günther Beckstein sind flexible Nutzungsformen kommunaler oder privater Einrichtungen, vom Kindergarten bis zur Seniorenbetreuung, der richtige Weg.

Weg vom Wachstum

Kritik übte Dr. Beckstein, der auch Bezirksvorsitzender der CSU in Nürnberg/Fürth/Schwabach ist, an der früheren rot/grünen Bundesregierung, welche mit ihrem Credo „weg vom Wachstum“ den Rückgang auch kommunaler Einnahmen ganz bewusst in Kauf genommen habe. Zu den aktuellen Hauptaufgaben zählte er weitere Verbesserungen von Infrastruktureinrichtungen und die Stärkung des ländlichen Raumes.

bach ist, an der früheren rot/grünen Bundesregierung, welche mit ihrem Credo „weg vom Wachstum“ den Rückgang auch kommunaler Einnahmen ganz bewusst in Kauf genommen habe. Zu den aktuellen Hauptaufgaben zählte er weitere Verbesserungen von Infrastruktureinrichtungen und die Stärkung des ländlichen Raumes.

Europaweites Vergaberecht nicht überziehen

Ganz im Sinne der Kommunen versprach der Vizepräsident des Europäischen Parlaments,

Dr. Ingo Friedrich, sich dafür einzusetzen, dass das europaweite Vergaberecht nicht übertrieben wird. Auch dürften Werksverlagerungen innerhalb Europas nicht mit EU-Mitteln gefördert werden: „Notfalls gehe ich vor den Europäischen Gerichtshof“, so der stellvertretende CSU-Vorsitzende.

Titel „Metropolregion“ mit Inhalten versehen

Landrätin Dr. Gabriele Pauli, KPV-Bezirkvorsitzende von Nürnberg/Fürth/Schwabach, mahnte Aktivitäten seitens des Nürnberger Oberbürgermeisters als Vorsitzender der Metropolregion an. Aktuell wird vor allem ein Konzept für gemeinsames Auftreten zur Fußball-Weltmeisterschaft vermisst. Den Titel „Europäische Metropolregion Nürnberg“ wollte Dr. Klemens Gsell, Mitglied des KPV-Landesvorstandes, jetzt „rasch mit Inhalten versehen“ wissen. Und als Nürnberger „Umweltbürgermeister“ plädierte er dafür, die Organisation „umweltfreundlichen Mobilität“ nicht aus den Augen zu verlieren.

Entbürokratisierung ein Hauptthema

In zahlreichen Wortmeldungen wurden breite Bogen gespannt, von Entbürokratisierung zum Zuschusswesen, vom Stau von Fördermitteln bis hin zu Auswirkungen der Mautflüchtlinge auf das so genannte „flache Land“. Und Peter Grimm, mittelfränkischer KPV-Bezirkvorsitzender, appellierte an den Bayerischen Innenminister, bei allen Gesetzen und Maßnahmen die konkreten Auswirkungen auf die Kommunen zu berücksichtigen. (Fortsetzung auf Seite 4)

Lage der Kommunen:

Licht am Ende des Tunnels

Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetags

„Der Bayerische Gemeindetag hat sich als schlagkräftiger Verband zur Wahrung und Verteidigung kommunaler Interessen zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden, Märkten und Städten erwiesen“, betonte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl auf einer Pressekonferenz in Berching. Schließlich habe just an diesem Ort vor knapp drei Jahren Deutschlands größte Demonstration mit knapp 5.000 kommunalen Repräsentanten ein deutliches Umdenken in der Politik bewirkt.

„Das Motto „Rettet die Kommunen!“ habe seine Wirkung nicht verfehlt, sagte Präsident

gemildert werden (z.B. Erhalt der Wasserwirtschaftsämter und Direktionen für Ländliche Entwicklung).

• Beim kommunalen Hochwasserschutz und bei der Sanierung alter kommunaler Mülldeponien sind Erfolge zu verzeichnen.

Anlass zur Hoffnung

Mit Blick auf die Zukunft gäben der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD im Bund, aber auch das Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern Anlass zur Hoffnung, „dass es langfristig in den Kommunen wieder bergauf geht“, meinte der Präsident. Dringend notwendige Investitionen könnten angepackt werden und der Ausgleich bei den Belastungen aus Hartz IV werde sicherstellen, dass es 2006 zu keinen Erhöhungen bei den Kreisumlagen kommt. (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Uwe Brandl.

Brandl. Die kommunale Finanznot sei zwar bei weitem nicht vorbei, doch nähmen die politischen Verantwortlichen in Bund und Freistaat seit dem damaligen Weckruf die Sorgen und Nöte der Gemeinden durchaus ernst. Der Bayerische Gemeindetag als Organisator der damaligen Großveranstaltung sei stolz darauf, die Politik zum Handeln bewegt zu haben. Brandl machte dies anhand einiger Beispiele deutlich:

- Seit 2003 hat der Bund die Gewerbesteuerumlage gesenkt und damit den kommunalen Finanzspielraum erweitert.
- In Bayern wurde das Konnektivitätsprinzip umgesetzt und eine verbindliche Konsultationsvereinbarung formuliert.
- Das gemeindliche Steuerfindungsrecht wurde durch Freigabe der Zweitwohnungssteuer gestärkt.
- Investitionshemmnisse sind durch Verbesserungen bei der Ausschreibung und die Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Kommunen weggefallen.
- Radikale Lösungen bei der Verwaltungsreform konnten ab-

Neues von Sabina



Dass es zum Gelingen des „Unternehmens Stadt“ auf den Einsatz, die Sorgfalt und die Verantwortungsbereitschaft jedes einzelnen ankommt, weiß der Chef unserer Vorzimmerperle und nutzt diese Erkenntnis auch in Bezug auf Computer- und Internet-Nutzung der Rathausmitarbeiter.

Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Huber präsentiert künftige Regionalfördergebiete	2
50-Millionen-Ausgleichsfonds für 2005	2
Büchergeld ist gesetzliche Aufgabe	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Lob für den Finanzausgleich 2006	3
Frühwarnsystem für demographischen Wandel	3
Armut hat ein Kindergesicht	3
GZ-Fachthemen: EDV - Dokumentation Virtuelle Behörde - CeBIT	5 - 10
Abfall - Umwelt	11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Wirtschaftsminister Huber stellt künftige Regionalfördergebiete vor:

Verbesserte Fördermöglichkeiten für strukturschwächere Regionen nutzen

**Zielgerichtete Wirtschaftsförderung in Nord- und Ostbayern
Bayern kämpft für Fortsetzung der Gemeinschaftsaufgabe (West)**

Bayern will verbesserte Fördermöglichkeiten für die strukturschwächeren Regionen in Nord- und Ostbayern für eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung nutzen. Bei der Vorstellung der geplanten Feinabgrenzung für die bayerischen Regionalfördergebiete ab 2007 im Kabinett betonte Wirtschaftsminister Erwin Huber: „Bayern hat im Interesse unserer ostbayerischen Grenzregionen doppelt gut verhandelt. Gegenüber der EU-Kommission haben wir verbesserte Fördermöglichkeiten für die Gebiete erreicht, die an europäische Höchstfördergebiete wie Tschechien, Sachsen oder Thüringen angrenzen, und können so das Fördergefälle reduzieren.“

Auch bei der konkreten Neuabgrenzung der künftigen Fördergebiete auf nationaler Ebene seien die erzielten Ergebnisse für Bayern äußerst positiv. In der Förderperiode 2007 bis 2013 könne Bayern deutlich mehr Fördergebiete ausweisen, so der Mi-

nister. Er versicherte: „Bayern ist der verlässliche Partner der strukturschwachen Regionen in Nord- und Ostbayern.“

Neuabgrenzung

Die Neuabgrenzung des Fördergebiets im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) beruht auf neuen Leitlinien der EU-Kommission. Der Erfolg Bayerns bei der Ausdehnung der bayerischen Regionalfördergebiete ist laut Huber umso größer, als die EU-Kommission den für Westdeutschland zur Verfügung stehenden sogenannten Fördergebietsplafond deutlich auf 11 Prozent der deutschen Bevölkerung und damit insgesamt um rund 5 Millionen Einwohner reduziert hat. Der Anteil Bayerns an den für Westdeutschland zur Verfügung stehenden GA-Bundsmitteln steigt aufgrund der Ausdehnung der Fördergebiete bei kleiner werdendem Plafonds von rund 7,7 Prozent auf rund 11,2 Prozent.

Huber forderte die Bundesregierung auf, GA-Mittel in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen. Huber: „Die Staatsregierung kämpft dafür, dass der Bund die Förderung mit GA-West-Mitteln in den Grenzregionen zu EU-Beitrittsgebieten fortführt. Das entspricht den Erwartungen, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben.“

Angemessene Spielräume

„Die strukturschwächeren Regionen Bayerns insbesondere an der Grenze zur Tschechischen Republik brauchen angemessene Spielräume für die Regionalförderung. Die neue Fördergebietskarte ist dafür eine gute Grundlage“, betonte Huber. Die bisheri-

ge Fördergebietskulisse bleibt nach den Worten des Ministers auch in der neuen Förderperiode weitestgehend erhalten: Die Kreisfreie Stadt Hof sowie die Landkreise Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth, Cham, Regen und Freyung-Grafenau werden auch künftig Fördergebiet sein. Außerdem ist es gelungen, die Landkreise Kronach und Kulmbach neu einzubeziehen.

Zusätzliche Mittel

Darüber hinaus hat der Bund Bayern zusätzliche Fördergebietsmasse zur Verfügung gestellt, um die Fördergebiete an der Grenze zu Tschechien und Thüringen zu ergänzen. Huber: „Ich freue mich, dass unsere Forderungen nach einem kompakten Fördergebiet an der Grenze zur Tschechischen Republik Erfolg hatten. Dadurch kann die bisher vorhandene Fördergebietslücke in der Oberpfalz geschlossen werden.“ Ab 2007 werden in großen Teilen die Landkreise Neustadt an der Waldnaab und

Schwandorf sowie die Kreisfreie Stadt Weiden Fördergebiet sein, ebenso Teile der Landkreise Passau und Coburg.

Höchstförderland Tschechien

Als großen Erfolg für die Menschen in den ostbayerischen Grenzregionen bezeichnete Huber die Reduzierung des Fördergefälles zum Höchstförderland Tschechien. In der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 liegen die Förderhöchstsätze bei 15 Prozent für große, 25 Prozent für mittlere sowie 35 Prozent für kleine Unternehmen. Um das Fördergefälle zu den angrenzenden Gebieten in der Tschechischen Republik auf maximal 20 Prozentpunkte zu beschränken, werden die Förderhöchstsätze in den Landkreisen Hof, Wunsiedel und Tirschenreuth auf 20 Prozent für große, 30 Prozent für mittlere sowie 40 Prozent für kleine Unternehmen angehoben. Huber: „Diese Begrenzung des Fördergefälles ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den bayerischen Grenzregionen.“

Der Planungsausschuss der GA wird die gesamtdeutsche Fördergebietskulisse am 20. Februar 2006 verabschieden und im Anschluss der EU-Kommission zur Genehmigung vorlegen. □

www.koenigreichbayern.hdbg.de:

Internetportal des Hauses der Bayerischen Geschichte

Am 1. Januar 1806 wurde Bayern zum Königreich erhoben. 112 Jahre dauerte diese Epoche. Das Haus der Bayerischen Geschichte nimmt dieses 200jährige Jubiläum zum Anlass, ein Internetprojekt mit drei Schwerpunkten aufzulegen:

- Termine, Veranstaltungen und Veröffentlichungen im Jubiläumsjahr 2006
- Hintergründe, Beteiligte Personen und Chronik der Ereignisse um den 1. Januar 1806
- Spuren des Königreichs Bayern im heutigen Erscheinungsbild des Freistaats

Im Jubiläumsjahr finden zahlreiche Veranstaltungen zum Königreich Bayern statt. Hier bietet der Jubiläumskalender (www.koenigreichbayern.hdbg.de) einen ausführlichen Überblick. Ob Ausstellung, Fernsehsendung, Hörbild, Buchveröffentlichung, Aufsatz, Vortrag oder ein sonstiges Ereignis, hier sind alle Informationen kompakt und übersichtlich vereint.

Wer selbst eine Veranstaltung zum Jubiläumsjahr plant, kann diese im Kalender eintragen. Inzwischen werden zudem umfangreiche Informationen über die Entstehung des Königreichs Bayern geboten.

Das Haus der Bayerischen Geschichte beantwortet zahlreiche Fragen anhand von Bildern, Dokumenten, zeitgenössischen Zeitungsberichten und Musikbeispielen. □

Büchergeld ist gesetzliche Abgabe

Die Staatsregierung stellt klar: Gemeinden zur Einhebung verpflichtet, aber Bürgermeister werden nicht zur Verantwortung gezogen

Die Erhebung des umstrittenen Büchergeldes ist nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz Pflichtaufgabe der Gemeinden als Schulaufwandsträger. Diese Klarstellung, durch das Innenministerium und durch das Kabinett war für den Kommunalausschuss des Landtags Anlass, einen SPD-Dringlichkeitsantrag abzulehnen. Die Opposition hatte im Zusammenhang mit einem Schreiben von Innenminister Dr. Günther Beckstein an den Bayerischen Gemeindetag vom 1. Dezember 2005 eine Rechtsunsicherheit und Klarstellungsbedarf gesehen.

Beckstein hatte, anders als das Kultusministerium, zwar die Rechtspflicht zur Büchergelderhebung bejaht, aber gemeint, die Kommune könne entscheiden, ob sie oder die Eltern die Abgabe zahlen, die „den Schulen zur Verfügung steht. 40 Gemeinden, an der Spitze die Stadt Passau, haben das Büchergeld bisher aus der eigenen Kasse bezahlt. Bei der Beratung des Dringlichkeitsantrags distanzierte sich Ministerialrat Klaus Puhr vom Innenministerium von dieser Rechtsauffassung. Das Schulfinanzierungsgesetz verpflichte in Artikel 21 die Kommunen zur Erhebung auch des Büchergeldes. Hier habe sich die Auffassung in der Tat gewandelt. Nun habe sich auch das Kabinett festgelegt, dass die Eltern die Abgabe zu zahlen haben, Allerdings werde kein Bürgermeister zur Ver-

antwortung gezogen, wenn das nicht geschehe. „Das bloße Nichterheben einer Abgabe ist keine Untreue.“

Eingespieltes Verfahren

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) war als Berichterstatterin der Meinung, Beckstein habe mit seinem Schreiben die Verwirklichung des Straftatbestands der Untreue, in den Raum gestellt. Die entstandene Unsicherheit müsse unbedingt beseitigt werden: Demgegenüber sah Mitherrichterstatte Herbert Ettengruber (CSU) durch Puhrs Erläuterungen etwaige Unsicherheiten beseitigt. Der Dringlichkeitsantrag sei damit erledigt. Untreue sei Sache der Justiz und nicht im Landtag zu diskutieren. Ettengruber räumte ein, es habe mit dem



50-Millionen-Euro-Ausgleichsfonds für das Jahr 2005:

Kommunalfreundlichste Hartz-IV-Regelung

Mindestentlastung für jede Kommune

Bayern schafft die kommunalfreundlichste Hartz-IV-Regelung in ganz Deutschland. In enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden hat das Kabinett ein bundesweit einmaliges Gesetz zum Ausgleich der unterschiedlichen Belastungen der Kommunen durch die Hartz-IV-Reform beschlossen. Mit dem neuen Zweistufen-Ausgleich soll durch eine niedrigere Bezirksumlage und einen speziell eingerichteten Ausgleichsfonds sichergestellt werden, dass keine bayerische Kommune durch Hartz IV belastet wird.

Sozialministerin Christa Stewens betonte die Bedeutung dieser Regelung für eine faire, kommunalfreundliche Umsetzung der Hartz-IV-Reform. Stewens: „Nach dem erfolgreichen Einsatz für eine Milliarden-Entlastung der Kommunen von Hartz IV in der großen Koalition geben wir mit diesem Gesetz den Kommunen ein weiteres klares Signal, dass wir Wort halten.“ Bayern sei das einzige Land, das die unterschiedlichen Be- und Entlastungen der Bezirke, Gemeinden, Städte und Landkreise auf Grundlage der tatsächlichen Ausgaben ausgleiche und darüber hinaus in jeder Kommune auch eine Mindestentlastung erreiche.

Hintergrund des neuen Gesetzes ist die Hartz IV-Reform: Die Kommunen sehen sich in Folge von Hartz IV mit neuen Aufgaben und Kostenbelastungen konfrontiert. Durch den Wegfall der

Sozialhilfe für Erwerbstätige werden die Kommunen entlastet und durch die Übernahme der Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger belastet. Vorabschätzungen gehen zwar davon aus, dass die Kommunen im Jahr 2005 durch Hartz IV in ihrer Gesamtheit entlastet sind. Stewens wies aber darauf hin, dass die Verteilung der Be- und Entlastungen allerdings höchst unterschiedlich ist.

Stewens: „Während sämtliche Bezirke und einige Landkreise und kreisfreie Gemeinden entlastet sind, gibt es andere Landkreise und kreisfreie Gemeinden, die erhebliche Mehrbelastungen schultern müssen. Deshalb haben wir zusammen mit Bayerischem Landkreistag, Bayerischen Städtetag, Bayerischen Gemeindetag sowie Verband der bayerischen Bezirke eine praktikable Lösung für die Durchführung eines Belastungsausgleichs entwickelt. Mit dem neuen Gesetz stellen wir sicher, dass es in Bayern keine Reformverlierer geben wird.“

Belastungsausgleich in zwei Schritten

Der Ausgleich der Belastungen soll in zwei Schritten erfolgen. Zunächst geben die Bezirke ihre Entlastungen über die Bezirksumlage an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden weiter. „Die Einsparungen der Landkreise und kreisfreien Gemeinden bei der Bezirksumlage können jedoch die auf die einzelnen Kommunen treffenden finanziellen Verwerfungen nicht völlig ausgleichen“, erläuterte die Ministerin. „Deshalb ist im zweiten Schritt ein zusätzlicher Ausgleich für die weiterhin belasteten Kommunen notwendig. Der Belastungsausgleich erfolgt dann aus einem Ausgleichsfonds, in den auch die Netto-Wohngeldeinsparungen fließen, die der Freistaat Bayern aufgrund der Hartz IV-Reform erzielt. Die Mittel werden so an die Kommunen verteilt, dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Gemeinde eine Mindestentlastung erreicht.“

Der Ausgleich werde auch in Zukunft im Folgejahr durchgeführt, da erst dann die notwendigen Daten zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2005 stehen für den interkommunalen Ausgleich 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit einem weiteren Gesetz hat das Kabinett auf Wunsch der kommunalen Spitzenverbände die Zuständigkeit für Leistungen der Grundsicherung an Arbeitssuchende und der Sozialhilfe an Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler von den Bezirken auf die Landkreise und kreisfreien Städte verlagert. Die aus dieser Aufgabenverlagerung entstehenden Kostenbelastungen sollen ebenfalls ab dem Jahr 2007 rückwirkend für 2006 in den staatlichen Ausgleichsfonds für die Hartz IV-Reform einbezogen werden. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erhard Bogner
87754 Kammlach
am 13.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Fischer
90579 Langenzenn
am 2.3.

Bürgermeister Peter Freytag
87480 Weitnau
am 2.3.

Landrat Karl Haberkorn
95643 Tirschenreuth
am 2.3.

Bürgermeister Ludwig Heintl
92268 Etzelwang
am 7.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Schlamming
93346 Iherstein
am 2.3.

Bürgermeister Hans Bauer
84030 Ergolding
am 6.3.

Bürgermeister Siegfried Küspert
95367 Trebgast
am 10.3.

Bürgermeister
Dr. Josef Kirchmann
87549 Rettenberg
am 13.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Thurner
83119 Obing
am 2.3.

Bürgermeister Johann Daferner
84543 Winhöring
am 4.3.

Bürgermeister Franz Neher
86672 Thierhaupten
am 12.3.

Bürgermeister Otto Siebenhaar
91359 Leutenbach
am 13.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Glogger
86483 Balzhausen
am 7.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Rainer Kugler
82396 Pähl
am 2.3.

Bürgermeister
Peter Baumeister
86424 Dinkelscherben
am 3.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frank Stumpf
95119 Naila
am 1.3.

Bertelsmann Stiftung:

Frühwarnsystem für demographischen Wandel

Daten zur Situation in 2.959 Städten und 432 Landkreisen
50 Prozent der Kommunen werden schrumpfen und alle werden altern

In rund fünfzig Prozent aller deutschen Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 zum Teil erheblich schrumpfen. Dies prognostiziert ein bislang einzigartiges Informations- und Frühwarnsystem der Bertelsmann Stiftung für den demographischen Wandel.

Die Jedermann zugängliche Datenbank zeigt eindrucksvoll, wie sich das Leben in Städten und Gemeinden durch rückläufige Geburtenzahlen und den steigenden Anteil älterer Menschen grundlegend verändern wird. So wird das Durchschnittsalter in allen untersuchten Kommunen deutlich ansteigen - in Einzelfällen bis auf über 55 Jahre.

Die Datenbank verbindet erst-

glied der Bertelsmann Stiftung, bei der Vorstellung des Frühwarnsystems. Die Kommunen würden jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten, mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität von den Auswirkungen des demographischen Wandels erfasst. Der Wegweiser Demographischer Wandel mache diese Entwicklungen nun für jede Kommune transparent.

hinzugewinnen werden. München beispielsweise gehört zu den Gewinnern der Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. Auch die großen Metropolregionen um Berlin, Hamburg, Frankfurt/Main und Stuttgart profitieren von dem Trend zum Leben in der Großstadt. Aufsteiger im Osten sind u. a. Jena, Leipzig, Erfurt und Dresden.

Ratlosigkeit

In der Studie wird deutlich, dass viele Gemeinden ihrer Zukunft ratlos gegenüberstehen und keine Konzepte haben, um auf das starke Altern der Einwohner und deren Abwanderung zu reagieren. Es ist zu klar zu erkennen, welche Städte sich im demographischen und ökonomischen Niedergang befinden und, ohne dass sie eine Chance haben, diesen Prozess überhaupt noch aufzuhalten.

15 Demographietypen

Die Aktion Demographischer Wandel der Bertelsmann Stiftung hat den Wegweiser gemeinsam mit kommunalen Experten aus Wissenschaft und Praxis entwickelt. Eine Besonderheit des Wegweisers ist die Einteilung der untersuchten Städte und Gemeinden in 15 unterschiedliche Demographietypen. Für diese Demographietypen bietet der Wegweiser konkrete Handlungskonzepte für die kommunale Praxis an.

„Das kommunale Management, aber auch jeder Bürger, hat damit die Möglichkeit, sich ein konkretes Bild über die zukünftigen Herausforderungen des unmittelbaren Umfelds zu machen“, erläuterte Meier. „Der Wegweiser stellt darum auch für den Bürger einen wichtigen Service dar, um sich aktiv in die Gestaltung des demographischen Wandels einzubringen.“ DK

Abwanderung im Osten

So sind die Städte Wolfen, Hoyerswerda und Weißwasser am stärksten von Alterung und Schrumpfung betroffen. Der Bevölkerungsverlust wird in diesen Städten bis zum Jahr 2020 laut Prognose bis zu 47 Prozent betragen. Dazu zählen auch die ostdeutschen Großstädte Chemnitz, Halle, Magdeburg, Gera und Cottbus sowie viele Städte des Ruhrgebiets. Dies ist in erster Linie auf eine besonders starke Abwanderung der 18 bis 24-Jährigen zurückzuführen.

München wächst

Demgegenüber stehen Kommunen, die bis zum Jahr 2020 über 40 Prozent an Bevölkerung

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

mals flächendeckende Prognosen zur demographischen Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland mit aktuellen Daten zur sozialen und ökonomischen Situation in den Städten und Gemeinden. Mit dem „Wegweiser Demographischer Wandel“ werden im Internet erstmals belastbare Daten zur lokalen Situation in 2.959 untersuchten Kommunen und 432 Landkreisen bereitgestellt. Erfasst wird das Lebensumfeld von 85 Prozent der Einwohner Deutschlands. Der Wegweiser gliedert sich in die drei Rubriken: Daten, Prognosen und Konzepte.

„Die Kommunen sind der Ort, wo der demographische Wandel unmittelbar und unausweichlich erlebt wird“, erklärte hierzu Dr. Johannes Meier, Vorstandsmit-

Handwerkskammer für München und Oberbayern

Verhaltene Aufbruchstimmung

Die Handwerker in München und Oberbayern bewerten ihre wirtschaftliche Situation überwiegend positiv, für das erste Quartal 2006 erwarten 63 Prozent gute bzw. zufriedenstellende Geschäfte. Das ergab die jüngste Konjunkturumfrage der Handwerkskammer für München und Oberbayern. Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL: „Wir freuen uns über dieses Ergebnis, denn seit 2001 ist das Handwerk nicht mehr mit so viel Zuversicht in ein neues Jahr gestartet. Vergleicht man die Geschäftserwartungen mit denen des Vorjahres, so hoffen unsere Handwerker sowohl auf mehr Aufträge als auch auf eine bessere Umsatzentwicklung.“ Etwa zwei Prozent Umsatzwachstum seien in diesem Jahr erreichbar.

Die rund 65.000 Handwerksbetriebe in München und Oberbayern erzielten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 28,3 Milliarden Euro, das waren nominal um zwei Prozent weniger als 2004. Andererseits löste sich der lang anhaltende Investitionstau im Handwerk allmählich auf.

Modernisierung

Die Handwerksbetriebe gaben wieder spürbar mehr für neue und modernisierte Anlagen aus. Insgesamt investierten sie im vergangenen Jahr rund 730 Millionen Euro, das waren 3,5 Prozent mehr als noch 2004. Traublinger: „Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich diese positive Tendenz durch die Verbesserung bei den Abschreibungsbedingungen in diesem Jahr fortsetzen wird.“

Das Münchner und oberbayerische Handwerk beschäftigte im vergangenen Jahr rund

286.000 Menschen. Gegenüber dem Vorjahr sank damit die Beschäftigung um gut vier Prozent. Der Handwerkskammerpräsident hierzu: „Wir hoffen natürlich, dass wir diesen Trend stoppen können. Um ihn allerdings umkehren zu können, bedürfte es eines wesentlich stärkeren Anspringens der Binnenkonjunktur und hier vor allem des privaten Konsums, als für dieses Jahr prognostiziert wird.“

Mehr Betriebe

Eine Sonderentwicklung verzeichnete die Handwerkskammer bei der Zahl der Betriebe: zum 31. Dezember 2005 waren exakt 65.006 Betriebe bei der Kammer eingetragen. Das waren um fünf Prozent mehr als zu Jahresbeginn. Die bereits 2004 ausgelöste Eintragungswelle rollte also unvermindert weiter. Seit Mai 2004, der Erweiterung der

EU, wurden bis heute durchschnittlich 700 Betriebe pro Monat neu eingetragen, fast die Hälfte in den nunmehr zulassungsfreien B1-Berufen des Handwerks. Traublinger: „Ein Großteil dieser Betriebe sind Ein-Mann-Betriebe und/oder (Schein-)Selbstständige aus den östlichen Beitrittsländern, die oftmals mit Dumpingpreisen einen ruinösen Wettbewerb anzetteln.“

Mehrwertsteuererhöhung kontraproduktiv

Traublinger macht deutlich, dass sich das Handwerk ein Anspringen des privaten Konsums nicht zuletzt von der neu eingeführten steuerlichen Abzugsfähigkeit bestimmter Handwerkerleistungen erhofft. Wichtig sei auch, dass das Sonderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung baldmöglichst in Kraft tritt, um weitere Investitionen im Privatbereich anzuregen. Der Handwerkskammerpräsident: „Dieses zarte konjunkturelle Pflänzchen sollte gehegt und gepflegt werden.“ Aber darüber schwebt leider das Damoklesschwert der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zum Beginn des nächsten Jahres. Traublinger: „Unsere Befürchtung ist, dass

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner

Liebe Leser

Das Ritual ist jedes Jahr das gleiche, das Ergebnis aber beileibe nicht. Gemeint ist das Spitzengespräch des bayerischen Finanzministers mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände. Gespannt harrt die kommunale Familie denn auch immer der Verhandlungsergebnisse, und am Ende dieses zähen Ringens steht bekanntlich ein Kompromiss und nicht das Erreichen etwaiger Maximalforderungen. Zu diesem Erfolg beigetragen hat letztlich das am



Lob für den Finanzausgleich 2006

Ende doch geschlossene Auftreten der Spitzenverbände und hier insbesondere der überzeugende Einsatz des Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, Landrat Theo Zellner.

So ist es zunächst auch nicht ungewöhnlich, dass die Verhandlungspartner einen Konsens gefunden und sich auf einen neuen Finanzausgleich geeinigt haben, der es dem Finanzminister ermöglicht den Nachtragshaushalt 2006 unter Dach und Fach zu bringen. Und doch sind die Ergebnisse dieses Jahr etwas anders zu bewerten, ja sie verdienen durchaus nicht nur die Note „Befriedigend“; ein „Gut“ ist ehrlicher Weise sehr wohl angebracht. Zu dieser Einschätzung muss man in Anbetracht der Ausgangslage kommen, die gegenüber den Vorjahren unter ungleich schwierigeren Vorzeichen stand. Stagnierende Steuereinnahmen und zu erwartende Einnahmeausfälle auf der einen Seite und die Selbstverpflichtung der Staatsregierung erstmals einen ausgeglichenen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung vorlegen zu können, ja zu müssen, auf der anderen Seite, machten die diesjährige Verhandlungsrunde zu einer finanzpolitischen Gratwanderung.

Gerade auch die Kommunen waren es, die in

der jüngeren Vergangenheit mit dieser harten Linie des „Sparen-müssens“ enorme Probleme hatten, waren sie doch vielfach jene Leidtragenden, denen durch eine kompromisslose Haushaltsanierung des Freistaates kaum noch Luft für so manche dringend notwendige Investition der Daseinsvorsorge blieb.

Gerade hier setzt nunmehr aber auch das Lob für den Finanzausgleich 2006 ein, weil man diesmal dem aus-

drücklichen Wunsch nach einer deutlichen Finanzspritze zur Verbesserung der kommunalen Investitionstätigkeit nachgekommen ist. Die Stärkung der kommunalen Investitionen, vor allem in den wichtigen Bereichen Bildung, ländlicher Raum und freie Finanzmittel in Form höherer Investitionspauschalen um insgesamt 120 Mio. gegenüber dem Jahr 2005 ist ohne Zweifel ein großer Erfolg und sollte für einen Investitionsschub sorgen. Insbesondere im Schulbaubereich, wohin mit 40 Mio. der größte Anteil der Stärkungsbetrages fließt, können wiederum dringend notwendige Investitionen angegangen werden. In gleicher Weise erfreulich ist die Aufstockung der Mittel für den Straßenbau und -unterhalt sowie der geforderte Ausgleichsfonds als Belastungsausgleich zu Hartz IV, mit dem den Kommunen ein Schutz vor finanziellen Belastungsverschiebungen des Bundes gewährt wird.

Es ist daher zu hoffen, dass die nach wie vor großen freien Kapazitäten der Bauwirtschaft und günstige Kommunalkreditbedingungen ein Übriges dazu beitragen werden, Handwerk, Mittelstand und Industrie mit den so dringend erwarteten Aufträgen von der öffentlichen Hand zu jenem Auftrieb zu verhelfen, der zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt.

Hanns Dorfner

Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt:

Armut hat ein Kindergesicht

Chancengerechtigkeit für benachteiligte Kinder forderten die Vertreter der Arbeiterwohlfahrt (AWO) anlässlich der Präsentation einer Langzeitstudie zur Kinderarmut in Nürnberg. Der Wohlfahrtsverband hatte das Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit (ISS) beauftragt, die „Zukunftschancen für Kinder - Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit“ zu untersuchen.

„Die Existenz von Kinderarmut in Deutschland und in Bayern wird leider immer noch in der öffentlichen Meinung, in TV-Talkshows und in politischen Gremien geleugnet“, so Thomas Beyer, der AWO-Landesvorsitzende. „Die AWO möchte hier in die Debatte eingreifen, informieren und Verantwortliche als Bündnispartner gewinnen“. Basis der Studien sind Daten von 893 Kindern, die 2004 bei 6-jährigen am Ende der Kindergartenzeit und bei 10-jährigen am Ende der Grundschulzeit erhoben wurden. Hier einige Ergebnisse:

Armut bestimmt die Schullaufbahn

Jeder zweite Hauptschüler ist arm; im Gymnasium jeder elfte. Armut ist der ursächliche Grund für schlechte Bildung. Armut bestimmt die Schullaufbahn. Von 100 Kindern die bereits während ihrer Kindergartenzeit arm waren, schaffen gerade einmal vier den Sprung auf das Gymnasium. Bei nichtarmen Kindern sind es 30. Das Risiko arm zu bleiben ist 11,5 mal höher, als das Risiko arm zu werden.

die Bundesregierung dieses zarte Pflänzchen Konjunktur erst mühsam aufpäppelt und es dann ein Jahr später mit dieser saftigen Mehrwertsteuererhöhung wieder zertritt. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer sei wachstums- und beschäftigungsfeindlich und gehöre daher auf jeden Fall noch einmal auf den Prüfstand. □

Hartz IV die Zahlen deutlich angestiegen sind.

Die Schere öffnet sich

„Es ist eine gesellschaftliche Realität“, so der Vorsitzende des Landesjugendwerkes Gerald Möhrlein, „dass Armut und Reichtum immer weiter auseinander klaffen. Das ist nicht hinnehmbar.“ In Bayern fehlen aktuelle Daten zum Thema Arme/Reiche, da der erste und bisher einzige Sozialbericht von 1998 von der Bayerischen Staatsregierung nicht fortgeschrieben wurde.

„Um die materielle, gesundheitliche, soziale und kulturelle Lage der benachteiligten Kinder und Jugendlichen zu verbessern, müssen die Rahmenbedingungen nachhaltig verändert werden“, so Beyer. Er forderte daher den quantitativen Ausbau der Kindertageseinrichtungen, die für Eltern beitragsfrei sein müssten; die konsequente Weiterentwicklung der Qualität der Bildungseinrichtungen (Bildung beginnt bereits in der Krippe); und die Bündelung aller gesell-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Privater Investor sucht Krankenhaus, Hotel o. ä. (auch aufgelassen)

für erfolgreiches Klinikkonzept (Kapazität ab 100 Apartments), vorzugsweise zwischen Garmisch und Salzburg, verkehrsgünstig angebunden, in landschaftlich reizvoller Umgebung.

Angebote an die Bayerische Gemeindezeitung unter Chiffre GZ4-06-Wa

Vertrauen ist gut ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Langzeiterfahrungen gibt. Schaidinger: „Es stellt sich offenbar heraus, dass Simulationen über das Langzeitverhalten ausgereizter Konstruktionen nicht ausreichend sind. Deshalb sind Kontrollen notwendig, um nicht durch leidvolle Unglücke Erfahrungen sammeln zu müssen.“

Wer bezahlt den Mehraufwand?

Der Vorsitzende verwies auch auf den kritischen Zustand vieler Bauwerke, die nach dem Krieg gebaut worden sind. Dort müssten die Kontrollen deutlich zunehmen. Unklar ist bislang, ob die staatliche Bauaufsicht auf diesem Gebiet künftig ausgebaut wird - und wenn, wer den Mehraufwand bezahlen soll. Derzeit wird darüber in einem Arbeitskreis bei der Obersten Baubehörde mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände diskutiert.

Schaidinger machte bereits jetzt deutlich: Sollten den Städten und Gemeinden mehr Kontrollaufgaben übertragen werden, müsste im Sinne des Konnexitätsprinzips auch der Staat die Finanzierung übernehmen.

Zufrieden mit Spitzengespräch

Zufrieden zeigte sich der Städtetagschef mit dem Ergebnis des Spitzengesprächs über den kommunalen Finanzausgleich 2006 insoweit, als die Investitionskraft der Städte und Gemeinden gestärkt werde. Damit sei die zentrale Forderung des Städtetags für den kommunalen Finanzausgleich 2006 erfüllt. Für den Bau von Schulen, Kindergärten, Straßen bekommen die Kommunen zusätzlich 120 Millionen Euro. Mit Bedauern wurde allerdings festgestellt, dass der Freistaat seinen eigenen Anteil am kommunalen Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht hat.

Der Städtetagsvorstand hat auch dem vereinbarten finanziellen Ausgleichsmechanismus bei der Verlagerung der Zuständigkeit für die Sozialhilfe an Ausländer von den Bezirken auf die kreisfreien Städte und Landkreise zugestimmt. Durch diese Aufgabenverlagerung werden, so Schaidinger, die Bezirke künftig jährlich um rund 300 Millionen Euro entlastet. Der Vorstand erwartet, dass die Bezirke diesen Betrag durch Senkung ihrer Umlagesätze vollständig an die Städte und Landkreise weitergeben. Diese brauchen das bei den

Armut hat ein ...

(Fortsetzung von Seite 3) schaftlichen Kräfte zur Bekämpfung der Armut, da jeder Einzelfall ein Fall zu viel sei. Möhrlein ergänzte: „Wir können auch als Jugendverband etwas tun. Wir machen nicht nur auf das Thema aufmerksam, sondern wir wollen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen, dem Armutskreislauf zu entgehen.“

Die AWO-Jugendwerke in Bayern stärken Kinder und Jugendliche durch Gemeinschaft und Partizipation. Ferien- und Nachmittagsbetreuung müssen daher weiter ausgebaut werden. „Mit unserer Lobbyarbeit im Bayerischen Jugendring machen wir das Thema transparent für die Öffentlichkeit und für andere Jugendverbände“, so Möhrlein.

Thomas Beyer betonte: „Prävention von Kinderarmut ist teuer, richtig teuer, aber spätere „Reparaturen“ übersteigen diese Kosten um ein Vielfaches. Ein gemeinsames Gegensteuern aller gesellschaftlichen Kräfte ist dringend erforderlich.“ □

Bezirken eingesparte Geld in voller Höhe, um die neuen Aufgaben erledigen zu können.

In der Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit des kommunalen Finanzausgleichs hat der Vorstand Oberbürgermeister Schaidinger den Rücken gestärkt. Der Vorstand fordert, dass im Finanzausgleich auch künftig die besonderen Ausgabebelastungen der zentralen Orte berücksichtigt werden. Ein Finanzausgleich, der die besondere Aufgabenstellung der Kommunen mit Zentralfunktion außer Acht ließe, würde das System zu Lasten der Städte und großen Gemeinden massiv gefährden.

Gemeinsame Arbeitsgruppe

Der Vorstand begrüßt daher die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Finanzministeriums und des Innenministeriums, die die Verteilungsstrukturen im kommunalen Finanzausgleich prüfen soll. Der Städtetag als Verband der zentralen Orte verspricht sich davon künftig eine zutreffende Berücksichtigung der Leistungen der Städte und zentralörtlichen Gemeinden, auch im ländlichen Raum.

Kleinliche Dienstanweisungen

Von der Bundesagentur für Arbeit erwarten die Städte schließlich, dass sie das gemeinsam vereinbarte Konzept zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Arbeitsgemeinschaften nicht länger mit kleinlichen Dienstanweisungen durchlöchert. Andernfalls fehle den Kommunen das notwendige Vertrauen in den Gesinnungswandel der Bundesagentur für Arbeit. Schaidinger forderte Bund und Bundesagentur auf, gemeinsam mit den Kommunen den Arbeitsgemeinschaften nur den Rahmen und Ziele vorzugeben und sie damit selbständig arbeiten zu lassen. Auf diese Weise könne auf die örtlichen Besonderheiten besser reagiert werden. Damit würde die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften zum Nutzen der AlgII-Empfänger erfolgreicher.

Regelungsdichte

Eine neue Flut von Dienstanweisungen und Berichtsanforderungen der Bundesagentur für

Arbeit behindern laut Schaidinger die von Kommunen und Bundesagentur gebildeten Arbeitsgemeinschaften. Die Regelungsdichte gehe beispielsweise so weit, dass die Bundesagentur zentrale Regelungen zum Umgang mit Briefen trifft, die mangels Zustellbarkeit vom Empfänger zurückkommen.

Steigende Fallzahlen

Die Städte kritisieren auch, dass die meisten Arbeitsgemeinschaften personell nicht ausreichend ausgestattet sind. Der Bund verweigert ihnen Schaidinger zufolge das Geld, das sie benötigen, um genügend Mitarbeiter einstellen zu können. Trotz weiter steigender Fallzahlen klappte seit vergangem Jahr in den meisten Arbeitsgemeinschaften eine Personallücke von einem Drittel. Die Folge sei, dass es die Arbeitsgemeinschaften im vergangenen Jahr nicht geschafft haben, die Mittel auszugeben, die für die Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, z. B. für Fortbildungen, Reha-Maßnahmen, Ein-Euro-Jobs und Trainingsprogramme zur Verfügung stehen. Um diese Steuergelder sinnvoll einsetzen zu können, müsse auch entsprechend qualifiziertes Personal vorhanden sein.

EDV-System A2LL der Bundesagentur für Arbeit funktioniert noch nicht

Geradezu unhaltbar sei die Tatsache, dass das EDV-System A2LL der Bundesagentur für Arbeit noch immer nicht richtig funktioniert, betonte Schaidinger. Der Städtetag habe deshalb den Bund und die Bundesagentur für Arbeit aufgefordert, den Weg für dezentrale Software vor Ort frei zu machen.

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (AKDB) verfüge über eine eigene Software, die sofort eingesetzt werden könne. Sie müsste nur noch mit der Software von A2LL durch entsprechende Schnittstellen verknüpft werden. Damit bekämen die Arbeitsgemeinschaften die für die Steuerung vor Ort erforderliche Herrschaft über die Daten zurück. Bislang aber lebe man noch im Land „Absurdistan“: Die von den Arbeitsgemeinschaften erfassten Daten würden an die Bundesagentur übermittelt und die Arbeitsgemeinschaften könnten darüber nicht verfügen, weil nur die Bundesagentur auf sie zugreifen kann. **DK**

Licht am Ende ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Brandl: „Mittel- und langfristig müssen Bayerns Kommunen aus dem Tal der Finanznot herauskommen. Ich fordere den Bund auf, die Föderalismusreform konsequent umzusetzen. Bei der Unternehmenssteuerreform erwarten wir Fairness; ohne unsere Zustimmung darf es nicht zu einer Abschaffung der Gewerbesteuer kommen.“

Sicherheit hat oberste Priorität

Was die Sicherheit öffentlich zugänglicher Gebäude anbelangt, so machte Brandl unmissverständlich deutlich, „dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität hat“. Der Gemeindetag beteilige sich deshalb aktiv an der Arbeitsgruppe des Bayerischen Innenministeriums, die Hilfestellungen bei der Überprüfung der Standsicherheit entwickeln soll. Die Bürger müssten darauf vertrauen dürfen, „dass von öffentlich zugänglichen Gebäuden keine Gefahren ausgehen und sie den Sicherheitsstandards entsprechen“. **DK**

Sozialministerin Stewens: Vorhandene Angebote in der Altenpflege optimieren

Kooperation und Vernetzung

Schlüssel für effiziente pflegerische Versorgung - Grundsatz ambulant vor stationär

„Kooperation und Vernetzung ist der Schlüssel für eine effektive und effiziente pflegerische Versorgung der Zukunft. Gerade im Bereich der Altenhilfe, in medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Bereichen gewinnt das Thema zunehmend an Bedeutung. Die Zunahme der Multimorbidität, chronischer Erkrankungen und insbesondere auch Demenzerkrankungen erfordern insbesondere bei älteren Menschen eine immer komplexere Versorgung. Gleichzeitig entstehen immer neue Angebote, wie beispielsweise ambulante und stationäre Hospizarbeit, stationäre Hausgemeinschaften, ambulante Wohngemeinschaften oder neue Betreuungsangebote für Demenzkranke nach dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bei der Abschlussveranstaltung des erfolgreichen Modellvorhabens „Sektorenübergreifende Kooperation und Vernetzung“ in Augsburg.

Allein die stationäre Pflegeinfrastruktur bestehe aus einem engmaschigen Netz voll- und teils- und Kurzzeitpflege seien

unverzichtbare Elemente der pflegerischen Grundversorgung älterer Menschen und trügen zur Entlastung der pflegenden Angehörigen und zur Stärkung der

Bayerische Sozialgerichtsbarkeit - Bilanz 2005:

Klagen wegen Arbeitslosengeld II

„Die Zuständigkeit der Sozialgerichte für das Arbeitslosengeld II hat die Zahl der Klagen im vergangenen Jahr nach vier Jahren des Rückgangs wieder deutlich steigen lassen.“ Mit diesen Worten bilanzierte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens die Situation an den bayerischen Sozialgerichten.

So hatten die sieben bayerischen Sozialgerichte in Augsburg, Bayreuth, Landschut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg im Geschäftsjahr 2005 mit 41.605 neu eingereichten Klagen den zweithöchste Klageeingang seit 45 Jahren. Es wurden 2.686 oder 6,9 Prozent mehr Klagen als 2004 eingereicht.

„Allein im Bereich von Hartz IV gab es 4.295 Neueingänge wegen des Arbeitslosengelds II. Hier rollt eine Klagewelle auf uns zu“, befürchtet die Ministerin. Da die Zahl der Erledigungen mit 43.336 die Zahl der Neueingänge in diesem Jahr noch überstieg, konnte dennoch die Zahl der am Jahresende anhängigen Klagen auf 48.100 reduziert werden. Stewens: „Die hohe Erledigungsquote ist Folge des außergewöhnlichen Engagements der Richterinnen und Richter sowie aller Mitarbeiter der Gerichte.“

„Für die Sicherung eines effektiven Rechtsschutzes in der Sozialgerichtsbarkeit ist jedoch ein Rückgang der Klagen unabdingbar. Die Einführung einer Kostenpauschale, die bei Unterliegen einbehalten wird, sehe ich

hier als zielführende Maßnahme.“ Mit diesen Worten unterstützte Stewens den dahingehenden Bundesratsantrag von Baden-Württemberg. Im Bereich der Verfahren für Ärzte seien damit gute Erfahrungen gemacht worden. Die Zahl der Berufungen sind nach den Worten der Ministerin um 260 oder 7,53 Prozent auf 3.193 zurückgegangen. „Mit 3.313 Fällen wurde die höchste Erledigungszahl seit 35 Jahren erreicht.“ □

Bayerische Bauernhöfe laden zum Urlaub ein

Es muss nicht immer Spanien oder Italien sein: Immer mehr Deutsche ziehen den Urlaub in der Heimat vor. Besonders gefragt: der Urlaub auf dem Bauernhof. Knapp elf Millionen Übernachtungen wurden im vergangenen Jahr allein in Bayern gezählt. „Die Tendenz ist steigend“, teilte Landwirtschaftsminister Josef Miller auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin mit.

Seinen Angaben zufolge ist das Urlaubsland Bayern vor allem bei norddeutschen Feriengästen gefragt. Deshalb präsentiert sich der Freistaat auch mit 17 Ausstellern, schwerpunktmäßig

mit „Urlaub auf dem Bauernhof“, aus den vier großen Tourismusregionen Oberbayern, Ostbayern, Allgäu/Bayerisch Schwaben und Franken auf der IGW. Für die Landwirte in strukturschwachen Gebieten ist Urlaub auf dem Bauernhof laut Miller ein wichtiges zweites Standbein: Rund 15 Prozent der Betriebe im Alpenvorland und in den Mittelgebirgsregionen sichern so ihre landwirtschaftliche Existenz. In klassischen Tourismusgebieten wie dem Berchtesgadener Land sind es sogar über 33 Prozent.

Qualitätsausrichtung

Der Trend zu Urlaub auf dem Bauernhof ist nach Überzeugung des Ministers aber auch auf die konsequente Qualitätsausrichtung zurückzuführen: „Unsere Gäste wissen, worauf sie sich verlassen können und was sie erwartet.“ Das Qualitätsangebot „Urlaub auf dem Bauernhof“ sei inzwischen ein bundesweit anerkanntes und beliebtes Markenzeichen. Es garantiert in Bayern den Aufenthalt auf einem aktiven landwirtschaftlichen Betrieb, der den Besuchern den Kontakt zu Tieren, Natur und Bauernfamilien vermittelt. Eine Klassifizierung nach Sternen macht das Angebot für die Urlauber transparenter.

Nach Überzeugung des Ministers liegt die Zukunft in der Spezialisierung. Inzwischen gibt es neben speziellen Baby- und Kinderbauernhöfen vielfältige attraktive Angebote für Wanderer, Radler, Wintersportler oder gesundheitsorientierte Urlauber. □

Ein starkes Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bezirkstagspräsident Richard Bartsch dankte Joachim Herrmann und der CSU-Landtagsfraktion für „den klaren Kurs und mutige Entscheidungen“, wobei er ausdrücklich auch den Sparwillen als unabdingbar notwendig bezeichnete.

Mehr Eigenverantwortung für die Kommunen

Joachim Herrmann, auch Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, plädierte dafür, den Kommunen mehr Eigenverantwortung zuzutragen: „Das Übermaß an Regulierungen muss abgebaut und gleichzeitig müssen die Ermessensspielräume für die Kommunen erhöht werden“. Er zeigte sich zuversichtlich, dass dies dann gelingt, „wenn alle politischen Ebenen miteinander an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen“.

Politik für die Kommunen Kernkompetenz der CSU

Unter seiner Federführung wurden einstimmig auch kommunale Grundsätze mit dem Titel „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen“ verabschiedet. Darin wird die Politik in den und für die Kommunen als

„Kernkompetenz der CSU“ bezeichnet. Es wird festgehalten, dass es zum Erhalt der Bezirke keine sinnvolle Alternative gibt und dass bei den Auswirkungen durch veränderte Rahmenbedingungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft auch die ländlichen Räume berücksichtigt werden müssen: „Wir möchten, dass die Menschen in allen Regionen Bayerns und damit auch in allen Teilen Mittelfrankens echte Zukunftschancen haben“.

In weiteren Punkten geht es um gerechte Finanzausstattung, die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas, die Neugestaltung des Verhältnisses und der Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommunen und letztlich um die Modernisierung von Staats- und Kommunalverwaltung. Die CSU in Mittelfranken will, dass Städte und Gemeinden mehr Entscheidungsfreiheit bekommen: „Subsidiarität und Eigenverantwortung sind Grundvoraussetzungen für starke Kommunen“. Und starke Kommunen sind ein Garant für ein starkes Bayern, meinte Joachim Herrmann.

Der gesamte Text ist auf der Homepage der CSU-Mittelfranken (www.csu-mittelfranken.de) abrufbar. **pm**

Rückblick auf Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung in Nürnberg:

„Die virtuelle Behörde - Update 2005“

Zum 9. Mal lud die Bayerische Gemeindezeitung zu ihrer zweitägigen Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung ein. Mit einem umfangreichen Ausstellungs- und Vortragsprogramm lieferte die GZ in Nürnberg im Rahmen der Kommunale erneut einen ebenso umfassenden wie detaillierten Überblick über aktuelle Trends. Für konkrete Sachfragen standen Aussteller und Referenten zur Verfügung. Unter den zahlreichen Besuchern wurden wertvolle Preise verlost. Unter www.gemeindezeitung.de finden sich die Partner der wie immer zahlreich frequentierten Veranstaltung.

Das Vortragsprogramm startete mit Jürgen Mayer vom Landesamt für Finanzen in Regensburg, der das gemeinsame Behörden-Bildungsportal BayLearn vorstellte. BayLearn ist ein Modellprojekt (Start 1. Mai 2004) zur Vorbereitung der flächendeckenden Einführung von E-Learning bei den Behörden des Freistaats Bayern. Erfolgsentscheidend wird es laut Mayer sein, inwieweit E-Learning in den Organisationen strategisch erfolgreich umgesetzt werden kann.

Behörden-Bildungsportal BayLearn

Verzahnt mit den eigentlichen Arbeitsprozessen zu einem ganzheitlichen Wissensmanagement kann es der methodische Schlüssel dazu sein, das Wissenskapital einer Organisation zu aktivieren, zu managen und zur Entfaltung kommen zu lassen. Hierbei sind insbesondere die Vorgesetzten in Ihrer Führungsrolle gefragt, die die neue Lernform akzeptieren und die Möglichkeit, selbstorganisiert zu lernen, unterstützen müssen.

Wie Thomas Holz (T-Systems-Deutsche Telekom AG) erklärte, bietet T-Systems zwei voneinander unabhängige Ausschreibungs- und Vergabeplattformen an: eine Lösung für die Privatwirtschaft und eine für öffentlichen Auftraggeber, die nach VOB/A (Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A), VOL/A (Verdingungsordnung für Leistungen Teil A) und VOF (Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen) ausschreiben.

T-Systems-Lösung Public Tender

Um den individuellen Anforderungen der ausschreibenden Stellen gerecht zu werden, verfolgt die T-Systems-Lösung Public Tender ein Zwei-Stufen-Konzept: In der ersten Stufe unterstützt das System die Veröffentlichung der Ausschreibung und die digitale Bereitstellung der Vergabeunterlagen. In der zweiten Stufe realisiert Public Tender die rechtsverbindliche

Abgabe von digitalen Angeboten und die Online-Submission.

Holz' Kollege Dr. Wolf Heine erläuterte den Aufbau des von T-Systems für den Öffentlichen Personenverkehr entwickelten modularen Lösungsbaukasten e-Traffic. Seine Komponenten lassen sich individuell für die Bedürfnisse unterschiedlicher Verkehrsunternehmen zusammenstellen und anpassen. e-Traffic umfasst verschiedene bran-

Trost verwies darauf, dass der Nürnberger IT-Dienstleister für Steuerberater und deren Mandanten mit den Software-Lösungen seines Angebots DATEV-kommunal den Bedarf der Kommunen bei der Umstellung auf ein kaufmännisches Rechnungswesen vollständig abdeckt. DATEVkommunal classic ermöglicht kleinen Kommunen die komplette Abwicklung ihres Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens.

DATEV-Softwarepaket

Das Softwarepaket beinhaltet folgende Lösungen, mit denen unterschiedliche Aufgaben erledigt werden können: Kommunale Abgaben (Veranlagungssoft-

Prof. Klaus Jamin / Fachhochschule München:

Sicherheit der Bürgerdaten

Datenerfassung - manuell oder automatisch - ist ein zeitaufwändiger Prozess, bei dem eine Fülle von Fehlern auftreten kann. Die Beispiele hierfür sind vielfältig: Eingabe verschiedener Belegsorten und Texte, Pflege, Ergänzungen, Prüfungen Dublettenabgleich, Umzugsabgleich, Bonitäts-Check, und viele andere Daten mehr, die in den Behörden oder vom Bürger erfasst bzw. eingegeben werden. Dabei entsteht das Problem der Datensicherheit und des Datenschutzes.

Unter Datensicherheit versteht man die Bewahrung aller Daten vor Beeinträchtigungen und Manipulation. Dabei zielt die Datensicherheit besonders auf die Sicherstellung der Verfügbarkeit, der Integrität und der Verbindlichkeit der Daten ab. Neben den personenbezogenen Daten müssen auch andere vertrauliche Daten (z.B. Konstruktionen, Forschungsergebnisse, Preise usw.) vor Verfälschung und Verlust geschützt werden. Die Vertraulichkeit personenbezogener Daten wird durch den gesetzlichen Datenschutz gewährleistet.

Maßnahmen zur Datensicherheit umfassen unter anderem die physische bzw. räumliche Sicherung von Daten, Zugriffskontrollen, das Aufstellen fehlertoleranter Systeme und Maßnahmen der Datensicherung. Wichtige Voraussetzung ist die Sicherheit der Einzelsysteme, also vor allem Betriebssystemsicherheit und Netzwerksicherheit. Nur wenn geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden, kann man davon ausgehen, dass vertrauliche bzw. personenbezogene Daten nicht in die Hände Unbefugter gelangen. **DK**

chenspezifische IT-Lösungen wie Fahrgastinformationssysteme, Verkehrsleitsysteme, Electronic- und Mobile-Ticketing sowie rechnergesteuerte Betriebsleitsysteme. Hinzu kommen mehrere Infrastrukturkomponenten. Sie sorgen u. a. dafür, dass Standorte vernetzt, Wireless LANs aufgebaut und professionelle Mobilfunksysteme errichtet werden können. Auch kann der sichere Betrieb von Servern und Desktop-PCs gewährleistet werden.

DATEV-Repräsentant Rainer

ware), Rechnungswesen kommunal, Kostenrechnung, DATEV-ProFIS (kleine Haushaltssteuerung), ANLAG und Zahlungsverkehr.

CADdy EnerGIS - CaDdy Kommunale

Johannes Gloßner vom Ingenieurbüro Wenninger, das sich seit 30 Jahren ausschließlich dem Thema Geoinformatik widmet, stellte die innovative Technologie CADdy EnerGIS - CaDdy Kommunale vor.

Für Caddy sprechen:

- Große Verbreitung, ca. 18.000 installierte Module bei ca. 2.500 Anwendern, ca. 200 Kommunen, ca. 100 Stadtwerken, 2200 Ingenieurbüros
- Komplette Produktpalette für alle Aufgaben des technischen Rathauses (Verwaltung und Planung)
- Modernste Softwaretechnologie
- Umfangreiche Datenkonverter für GIS, CAD- und technische Systeme
- Verteilte Datenhaltung (Anzapfen amtlicher Datenbestände, tagesaktuelle Daten möglich)
- Daten- und Softwarewerkzeuge aus einer Hand
- Langjährige Dienstleistungserfahrung für individuelle Aufgaben.

ALLRIS®

Leistungsportfolio

ALLRIS® bietet laut Andreas Dyck (CC e-gov GmbH) ein umfassendes Leistungsportfolio mit einem modularen Aufbau. Preislich attraktive Lizenzpakete für den verwaltungsweiten Einsatz im Intranet und Internet sowie fair kalkulierte Dienstleistungen garantieren eine äußerst wirtschaftliche Projektgestaltung. Beim ALLRIS® Sitzungsdienst (SD) werden die notwendigen Stammdaten und die zur Anpassung auf die individuellen Abläufe beim jeweiligen Kunden notwendigen Systemdaten erfasst, der ALLRIS® Sitzungsdienst ist insofern die Basis des Verfahrens.

Komplette Information

ALLRIS® Ratsinfo ist zunächst ein umfassendes Informationssystem für jeden Kommunalpolitiker. Im Rahmen der jeweiligen Zugriffsrechte werden sämtliche Informationen aus aktuell anstehenden Beratungen und aus vergangenen Sitzungen über den Webbrowser verfügbar. Der Mandatsträger kann sich somit zu jeder Tages- und Nachtzeit komplett informieren - und das nicht nur über die aktuellen anstehenden Sitzungen.

arf-Managementberatung

Die arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH, Nürnberg, versteht sich als Managementberatung, die ihren Wirkungskreis bewusst auf öffentliche Einrichtungen beschränkt. Sie entwickelt Matthias Heinrich zufolge unter der Marke doppik.com eine Serie von e-Learning-Modulen zur Unterstützung der Einführung der kommunalen Doppik. Ziel ist es, Kommunen, die sich auf dem Weg in die kommunale Doppik befinden bzw. diesen planen, die Möglichkeit zu eröff-

Ulf Brümmel / Bundesdruckerei GmbH:

ePass - Elektronische Reisepässe für Deutschland

Seit Herbst 2005 produziert die Bundesdruckerei mit Sitz in Berlin die neuen elektronischen Reisepässe für Deutschland. Das Unternehmen rechnet damit, künftig jährlich etwa 2 Millionen ePässe herzustellen.

Mit der Einführung des ePasses hat Deutschland eine entsprechende EG-Verordnung umgesetzt. Deutschland gehört zu den ersten europäischen Ländern, die den elektronischen Reisepass eingeführt haben. Die Bundesdruckerei als Generalunternehmer produziert seit Jahren Personalausweise und Reisepässe für Deutschland. Elektronische Reisepässe fertigt die Bundesdruckerei nicht nur für Deutschland, sondern auch für weitere Staaten.

Für die Herstellung der neuen ePässe hat die Bundesdruckerei ihre Produktion erweitert. Die Pässe werden auch künftig mit den einzigartigen und bewährten Sicherheitsmerkmalen ausgestattet sein. Hinzu kommt der Produktionsschritt zur elektrischen Personalisierung des Chips im Pass. Auf dem Chip werden das Lichtbild des Passinhabers sowie die auf der Passkarte enthaltenen Daten, wie Name, Geburtsdatum und Gültigkeitsdauer des Dokuments, und eine digitale Signatur gespeichert. Bevor der fertig erstellte ePass die Bundesdruckerei verlässt, wird der Chip auf seine Funktionsfähigkeit geprüft.

Für den Bürger ändert sich in der ersten Phase der Einführung des ePasses nicht viel. Wer einen Pass in der Passbehörde beantragt, muss weiterhin ein Lichtbild mitbringen. Geändert haben sich die Anforderungen an das Passbild. Die Bildkriterien müssen den Standards der internationalen zivilen Luftfahrtorganisation entsprechen. Diese umfassen unter anderem das Bildformat, die Kopfposition - künftig muss der Passinhaber frontal abgebildet sein und nicht mehr im Halbprofil - und den Gesichtsausdruck, Augen und Blickrichtung, Schärfe, Kontrast, Ausleuchtung und Hintergrund sowie die Fotoqualität und besondere Hinweise für Brillenträger.

Ziel ist es, mit diesem neuen Dokument einen Höchststand in punkto Fälschungssicherheit zu erreichen. Auch der Schutz vor eventuellem Missbrauch echter Pässe durch andere Personen wird auf diese Weise erhöht. Denn der Chip macht eine elektronische Überprüfung möglich, mit deren Hilfe rasch festgestellt werden kann, ob der Nutzer des Dokuments tatsächlich auch der Passinhaber ist. **DK**

nen, den hieraus resultierenden enormen Schulungsbedarf als Alternative zu herkömmlichen Schulungsangeboten auch über die moderne Variante des e-Learning zu decken.

i-SYS Unternehmensberatung

Die i-SYS Unternehmensberatung mbH, zuständig für Vertrieb und Service, sichert nachhaltige Erfolge für die Unternehmen. Entwickelt werden nach den Ausführungen von Heiko Altman und Hermann Schurz zukunftsorientierte Konzepte, die genau auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmt sind. Zudem wird den Kunden geholfen, diese Konzepte auch in die betriebliche Praxis umzusetzen.

Dass die i-SYS-Kunden mit den entwickelten Lösungen gewinnen, belegt die Tatsache, dass das Landratsamt Starnberg im November 2005 im Rahmen des Wettbewerbs „Innovative Verwaltung“ eine Anerkennung für die Schaffung einer Bürgerservice-Einrichtung, die hierzu-

lande Maßstäbe setzt, erhielt.

Lämmerzahl-Anwendungssoftware

LÄMMERZAHL entwickelt mit dem LÄMMkom-Verfahren eine leistungsstarke und verfahrenssichere Anwendungssoftware für die Sachbearbeitung im gesamten Sozialwesen in Städten, Kreisen und Gemeinden. Jürgen Lämmerzahl zufolge greifen im Application Hosting-Betrieb die Mitarbeiter in den Gemeinden auf einen gemeinsamen, zentral eingerichteten Datenbestand zu, wobei individuelle Zugriffsrechte die Datensicherheit und den Datenschutz gewährleisten. Das Application Hosting aktiviert so das volle Potenzial von LÄMMkom, reduziert Zeit und Kosten und sorgt für Investitionssicherheit bei den Kommunen.

GIS-Systemlösungen von SynerGIS

Die öffentliche Hand in Bayern kann sich freuen. Wieder ein- (Fortsetzung auf Seite 6)



Mehr Zeit für das Wesentliche!

Mit der praktischen Rechtsrecherche für die Verwaltung

Für Ihre tägliche Arbeit sind Sie auf aktuelle Rechtsinformationen angewiesen. Egal ob Gesetze, Urteile, Kommentare, Fachbücher oder Arbeitshilfen, ein Großteil Ihrer Arbeit besteht aus Recherche in diversen Büchern und Loseblattsammlungen mit mehr oder weniger aktuellen Inhalten.

Das „Wissensmanagement für Städte und Gemeinden“ ...

... vereint alle diese Quellen in einem elektronischen System. So können Sie mit einem Mausklick schneller und vor allem mehr relevante Informationen zum gesuchten Themengebiet finden!

Exakt auf die Bedürfnisse der Kommunalverwaltung zugeschnitten!

Aufgeteilt in Fachmodule finden Sie alle Rechtsinformationen für die einzelnen Arbeitsbereiche einer Verwaltung: Bau, Vergaberecht, Personal, Ordnung, Umwelt, Soziales und vieles mehr. Durch regelmäßige Aktualisierungen sind Sie jederzeit auf dem neuesten Rechtsstand – ohne Einsortieren!

Testen Sie das „Wissensmanagement für Städte und Gemeinden“ jetzt 4 Wochen gratis und unverbindlich!



Ihren persönlichen Testzugang erhalten Sie unter: www.lexisnexis.de/wissensmanagement

LexisNexis - Medienhaus für Kommunen, Recht und Wirtschaft:

Online-Innovationen aus Leidenschaft

Als Servicepartner für alle, die täglich auf aktuelle, qualitativ hochwertige und umfassende Informationen angewiesen sind, hat sich die LexisNexis Deutschland GmbH, das Medienhaus für Kommunen, Recht und Wirtschaft, einen hervorragenden Ruf verschafft. Wie Michael Freter, Geschäftsführer Vertrieb und Marketing, und die bayerische Behörden-Repräsentantin Christa Kuhn in einem Gespräch mit der GZ erläuterten, bietet LexisNexis Deutschland mit dem LexisNexis(r) Wissensmanagement für Städte, Gemeinden, Landkreise, Kommunalverbände, kommunale Rechenzentren und weitere Behörden eine kommunale Datenbank an, mit der Sachbearbeiter aus allen Fachbereichen der Verwaltung sowie Juristen (z. B. aus dem Rechtsamt) einfach und schnell auf umfangreiche Rechtsinformationen für die tägliche Arbeit von ihren Arbeitsplätzen aus zugreifen können - über Netzwerk, Intranet oder Internet.

Einfach deshalb, weil aktuelle Rechts- und Fachinformationen mittels eines Systems abgerufen werden können. Verschiedenste Dokumententypen wie Rechtsnormen, Urteile und Kommentierungen werden innerhalb einer Oberfläche verknüpft. Das zentral vorgehaltene Rechtsinformationssystem spart Kosten und Zeit. Dafür sprechen eine intuitive Bedienbarkeit, die einfache Installation sowie geringe Wartungskosten.

Datenbank „Rechtsvorschriften“

Mit der Datenbank „Rechtsvorschriften“ stehen alle entscheidungserheblichen Vorschriften zur Verfügung. Insgesamt handelt es sich dabei um über 14.500 Vorschriften aus dem EU-Recht, Bundesrecht, Landesrecht, allgemein verbindliche Tarifverträge sowie Verwaltungsvorschriften Steuerrecht und Technische Regeln mit aktualisiertem Rechtsstand. Im Kern geht es um wichtige juristische Hintergrundinformationen, auf die politische Entscheidungsträger jederzeit zugreifen können sollten.

Kommunen sparen Geld

Das EU-Recht beinhaltet über

3.900 originale Rechtsakte - Vorschriften, die für die tägliche Arbeit in den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken immer wichtiger werden. „Hier können die Kommunen richtig Geld sparen“ betont Christa Kuhn. Während das Kapitel Bundesrecht mit insgesamt über 4.900 Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien aus allen Bereichen des Bundesrechts aufwartet - jeweils mit top-aktuellem Rechtsstand -, kann aus 16 Landesrechten das spezifische Recht des entsprechenden Bundeslandes gewählt werden. Diesen besonderen Service bietet LexisNexis als einziger Fachverlag an.

Praxisnutzen

Zu den weiteren Angeboten gehören mehr als 350 Tarifverträge - speziell für den Öffentlichen Dienst sowie über 2.200 speziell für die Kommunen zusammengestellte und übersichtlich strukturierte Verwaltungs-anweisungen des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesamtes für Finanzen und der Landesfinanzministerien. Diese geben nützliche Einblicke in die Auslegung des Steuerrechts durch die Finanzverwaltung. Über 470 Technische Regeln bie-

ten Praxisnutzen für den Umweltfachbereich. Sie geben den Stand der sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen, hygienischen sowie arbeitswissenschaftlichen Anforderungen wieder.

Aktualisierungen auf einen Blick

„Mit LexisNexis erhalten Sie auf einen Blick Aktualisierungen und Neuaufnahmen des gesamten Bundesrechts, des je-

LexisNexis ist ein Pionier auf dem Gebiet der Online-Recherche: Bereits 1973 wurde Lexis(r), der erste kommerzielle Online-Volltextdienst für Rechtsinformationen, aufgenommen. Die Medien- und Wirtschaftsinformationen Nexis(r) vervollständigen das Angebot seit 1980. 1991 eröffnete die erste deutsche Niederlassung in Frankfurt am Main. Heute umfasst das Unternehmen LexisNexis, seit 1994 Tochter der Reed Elsevier Gruppe, des fünftgrößten Medienkonzerns der Welt und des weltweit umsatzstärksten Fachverlags, traditionsreiche Verlagshäuser aus der ganzen Welt und erzielt mit weltweit 13.000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von rund 2 Mrd. Euro.

Damit ist das Unternehmen nicht nur einer der international führenden Anbieter von Wirtschafts- und Rechtsinformationen, sondern auch der einzige Online-Dienstleister, der Wirtschafts-, Presse- und Rechtsinformationen im Volltext und aus einer Hand zur Verfügung stellt. Mehr als vier Millionen Kunden in über 100 Ländern vertrauen bereits der Qualität der insgesamt rund 5 Mrd. Dokumente aus 32.000 Datenquellen und profitieren von den individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Informationslösungen.

Die Verfügbarkeit zu umfassenden Rechts- und Wirtschaftsinformationen liegt bei 99,996 Prozent. LexisNexis erreichen mehr als 2 Mio. Suchanfragen pro Tag; pro Monat werden 55 Mio. Dokumente bereitgestellt. **DK**

weiligen Landesrechts, der Tarifverträge und der Technischen Regeln - inklusive Angabe der amtlichen Quelle sowie dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens“, erläutert Michael Freter. „Sie erhalten den neuesten Rechtsstand ohne zeitaufwändiges Einsortieren von hunderten Seiten herkömmlicher Ergänzungslieferungen. Damit wissen Sie schon heute, was morgen

Recht ist.“ Die Tatsache, dass mehr als 500 zum Teil amtliche Formulare für die interne Bearbeitung (z. B. Gewerbeanmeldung, Beihilfeantrag) hinterlegt sind und diese auch mit eigenen Dokumenten angereichert werden könnten, zeigt, dass das Angebot von LexisNexis weit über eine reine Rechtsbibliothek hinausgeht und den Behördenalltag stark vereinfachen kann.

Über 280.000 Gerichtsentscheidungen

In die Datenbank „Rechtsprechung“ wiederum werden monatlich mehr als 8.000 Urteile aufgenommen, so dass derzeit über 280.000 Gerichtsentscheidungen aller Gerichtsbarkeiten für umfassende Rechtssicher-



scheiden werden, sieht sich LexisNexis in einer guten Lage.

Bayernweite Positionierung

Nach den herausragenden Erfolgen in anderen Bundesländern gelte es, sich nunmehr auch in Bayern zu positionieren, sprich dafür zu sorgen, dass potenzielle Kunden die Vorzüge des LexisNexis Wissensmanagements kennen lernen und nutzen können.

Die virtuelle Behörde ...

(Fortsetzung von Seite 5)

mal beweist der Freistaat Weiblick, ermöglicht er doch über den Rahmenvertrag mit der Firma SynerGIS (Wiesloch, Landshut, Freiburg) seinen öffentlichen Verwaltungen den Zugriff auf eine der leistungsfähigsten GIS-Systemlösungen zu kleinen Preisen, wie Angelika Pöschl betonte.

Attraktive Vorzugskonditionen

Nicht nur die äußerst attraktiven Vorzugskonditionen auf SynerGIS-Produkte oder SynerGIS-Internetdienste (Hosting) zeichnen diesen Rahmenvertrag aus; auch die Verbreitung und Nutzung von innovativen und kostensenkenden Geoinformationssystemen mit hohem Nutzwert sollen maßgeblich vorangetrieben werden. Hierzu wurde vom Freistaat Bayern und SynerGIS eine kostenfreie GIS-Einstiegslösung - die Sonderedition „easy4bayern“ - im Rahmenvertrag verankert. Damit kann jede öffentliche Verwaltung umgehen ohne Softwarekosten, einfach über den Beitritt zum Rahmenvertrag, in die GIS-Technologie einsteigen und die Modernisierung der Verwaltung auf Basis exzellenter Werkzeuge weiter vorantreiben.

SynerGIS WebCity

Die Stadtverwaltung Ingolstadt hat mit SynerGIS WebCity ein umfassendes, geodatenbasiertes Bürgerserviceportal geschaffen. Aktuell umfasst das Portal die Themen interaktiver Stadtplan, Baustellen, Bauplätze, Parkmöglichkeiten, Museen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Luftbilder, Mobilfunk, Natura2000, Wasserschutzgebiete, Biotopkartierung, Biotoperlebnispark, Schutz- und Hochwassergebiete. Zudem ist der gesamte Bereich der Abfallwirtschaft mit interaktiven Karten abfragbar. Weitere Themen sind in Planung.

Widemann Systeme

Widemann Systeme ist seit 1985 erfolgreich im CAD- und GIS-Markt tätig und ein AutoCAD-Systemhaus der ersten Stunde. Für alle Bereiche des Bauwesens bietet es laut Britta Hermes grafische Komplettlösungen und unterstützt bei der Integration neuer Medien. Das Unternehmen wartet mit folgenden Produktbereichen auf:

- Landschaftsplanung, Stadtplanung, Objektplanung

Kostenloser Testzugang

So konnten unter anderem mit der Stadt Altötting und der Stadt Freystadt sowie dem Landratsamt München Verträge unterzeichnet werden. Um bayerischen Kommunen einen Einblick in die Funktionalität zu geben, bietet LexisNexis Interessenten einen kostenlosen vier- bis achtwöchigen Testzugang an. **DK**

- Geo Engineering - Verkehrswegeplanung, Kanalprojektierung, Wasserleitungsnetze, Gewässerplanung
- Geographische Informationssysteme
- Architektur, Visualisierung, Facility Management
- Vermessung
- Autodesk-Produkte
- CAD-Hardware/Netzwerke
- Weitere nützliche Programme wie EasyFolder für Windows-Anwender.

InfraForms Formularserver

InfraForms Formularserver ist eine Entwicklung der InfraServ Gendorf und wird permanent an die Erfordernisse im behördlichen Einsatz angepasst, bemerkte Jürgen Ammon. Die technische Basis ist die Benutzung von Formularen nach PDF/X-Spezifikation, dem ISO-Standard-Format von Adobe entsprechend. Bei jedem Zugriff auf Formulardaten erfolgt eine Online-Verschlüsselung über 128 Bit-SSL. Seit dem Jahr 2005 besonders wichtig ist die Vorbereitung der Formulare für barrierefreie Nutzung. Auf Wunsch kann die Useability mit dem entsprechenden Personenkreis getestet werden.

Fachportal öffentliche Verwaltung

Jochen Glaser, Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, stellte das von Juris und Hühlig Jehle Rehm gemeinsam entwickelte Fachportal öffentliche Verwaltung (www.fpoev.de) vor. Dieses bietet ausgewählte Werke zum Tarifrecht, Öffentlichen Personalrecht, Bauplanungs- und Bauordnungsrecht sowie zum Umweltrecht, verknüpft mit dem umfassenden Datenbestand von Juris. Das Angebot wird kontinuierlich ausgebaut.

Zielorientierte Recherche

Der Vorteil besteht darin, dass bewährte Inhalte der gedruckten Werke mit der Aktualität von Online-Infos kombiniert werden. Die Darstellung ist äußerst übersichtlich: Suchbegriffe sind farblich hervorgehoben, wichtige Schlagworte sind fett gedruckt, über das Inhaltsverzeichnis lassen sich die gesuchten Informationen direkt ansteuern. Weiterführende Links bieten die Informationen, die der Kunde benötigt. Normen gibt es in allen Fassungen, zudem Beispiele aus der Praxis. So sieht einfache und zielorientierte Recherche aus. **DK**

Anzeige

Raum für die Moderne und Platz für die Tradition

Vergabeverfahren mit der BSZ und dem SOL-System

Die Bayerische Staatszeitung festigt ihre Kompetenz im öffentlichen Vergabeverfahren. Der Internetauftritt, www.baysol.de, der Bayerischen Staatszeitung / Bayerischer Staatsanzeiger, wurde erstmalig (zum Jahresanfang) einem Relaunch unterzogen. Nach dem Relaunch des Printmediums und der Einführung des e-Papers wurden auch im Staatsanzeiger Online Logistik (SOL) System Anwenderwünsche realisiert und Änderungen vorgenommen. Die Grenzen der Moderne werden da überschritten, wo die Wurzeln nicht mehr sichtbar sind.

Die Modernisierung der BSZ / SOL ist am sichtbarsten im Facelift des Printmediums und der Internetauftritte des Unternehmens. Die konsequente Fortführung mit der ASP-Ausschreibungsdatenbank (Application Service Provider)-Philosophie, keine Software, keine Updates, im elektronischen Vergabeverfahren des SOL-System, setzt sich erfolgreich durch. Wir hören zu und stellen uns auf unsere Kunden ein.

Vergaben im Internet

Ausschreibungen sind Vertrauenssache. Das Original wird im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht - sowohl im Print als auch im Online-Auftritt: www.baysol.de. Hier stellen die teilnehmenden Auftraggeber den Bewerbern, auch noch Vergabeunterlagen für Ansicht und Download zur Verfügung.

Vergaben mit dem Original

Anschaffungen schwindelerregend teurer Hard- und Softwareprodukte müssen sich erst einmal amortisieren; Aufwand

und Ertrag in einem vernünftigen Gleichgewicht stehen. Finanzielle Einschnitte in den öffentlichen Haushalten erfordern ein verantwortungsvolles Handeln und den weitsichtigen Einsatz monetärer Ressourcen. Diesen wird von der SOL GmbH Rechnung getragen. Sie erhalten keine Software und daraus resultierende kostenpflichtige Updates! Für die Nutzung der SOL-Ausschreibungsdatenbank bedarf es lediglich der einmalig zu entrichtenden Anmeldegebühr in Höhe von 155,00 Euro.

Einmalige Anmeldegebühr

Die verantwortungsvolle Betreuung der Kunden wird keinem Call-Center übertragen. Kundenbetreuung ist Vertrauenssache. Die kompetente Hotline steht den Anwendern werktäglich telefonisch, nach Absprache auch vor Ort, zur Verfügung. Service ist der Garant für eine wachsende und zufriedene Teilnehmerzahl.

„Sie stehen nicht im Regen“

Annähernd 1.000 Einrichtung-

gen der öffentlichen Hand, mit den beteiligten Arch.- und Ing.-Büros, haben sich für das SOL-System entschieden. Mit dem einzigartigen Dualen System für die Übermittlung der Vergabeunterlagen bedarf es im SOL-System „nur eines Mausklicks“ sowohl für die digitale Übermittlung als auch für die herkömmliche Form (Papier) an die Bewerber. Damit wird der reibungslose Ablauf Ihrer Ausschreibungen kostengünstiger. Beschränkte und freihändige Vergaben gewinnen mit dem SOL-System immer mehr an Bedeutung. Ihre Position als Ausschreiber ist in jeder Phase der Vergabe gewahrt. Sie sind „Herr der Daten“.

Herr der Ausschreibung

Die Ausschreibungsdatenbank ist selbstverständlich vergabe-rechtskonform und wurde als EINZIGE Ausschreibungsdatenbank / Vergabeplattform mit dem TÜV-Siegel „geprüftes Fachprogramm“ zertifiziert. Fortschritt und Zukunft liegen eng beieinander. Die BSZ/SOL hat diesen Weg konsequent fortgesetzt.

Mehr Informationen erhalten Sie bei: Staatsanzeiger Online Logistik GmbH; Prager Str. 1; 82008 Unterhaching; Herr Peter Schöller; Herr Manfred Jahr; Tel.: 089-693907-0; Fax: 089-693907-55; eMail an vertrieb@staatsanzeigeronline.de oder unter www.baysol.de. **□**

IT-Verwaltung:

Linux entlastet Kommunen

Attraktive Alternativen zu etablierten Angeboten

Kommunen und Verwaltungen stehen im ständigen Zwiespalt. Einerseits besteht der Wunsch nach mehr serviceorientierten Angeboten für Bürger und Mitarbeiter, andererseits gibt es Kostenbeschränkungen angesichts unausgeglichener Haushalte. Rationalisierungen und Optimierungen, wie in der Industrie, sind auf den ersten Blick oft nicht möglich. Doch gerade im IT-Bereich der Verwaltungen liegt meist noch ein ungehobener Schatz.

Seit etwa 15 Jahren revolutioniert die OpenSource-Bewegung das IT-Umfeld. Linux mit seinem umfangreichen Portfolio an Dienstleistungen und Anwendungen ist längst den Kinderschuhen entwachsen. Mit den unterschiedlichsten Softwareprodukten bieten sie für alle Bereiche der Verwaltung attraktive Alternativen zu den etablierten Angeboten.

Eine Initiative in diesem Bereich ist das Projekt „Linux-Kommunale“. Diese Kooperation unter Federführung von Novell und Hewlett-Packard bietet erstmals ein durchgängiges Linux-basierendes Lösungsportfolio für Kommunalverwaltungen. Das Besondere an diesem Projekt: neben der IT-Industrie bringen auch Behörden und freie Softwareunternehmen ihr Know-how für eine optimale Lösung ein.

Offensichtliche Vorteile

Die Linux Information Systems AG (LIS AG) engagiert sich innerhalb der „Linux-Kommunale“ als Spezialist für Migration und Systemintegration. Mit mehr als zehn Jahren Erfahrung in der Umstellung auf Linux, der Entwicklung eigener Produkte und einem professionellen Projektmanagement gehört die LIS AG zu den erfahrensten Linux-Unternehmen in Deutschland. Der Dienstleister aus München mit Zweitniederlassung in Berlin hat bisher

mehr als 200 Umstellungsprojekte erfolgreich abgewickelt. Rudolf Strobl, Vorstand der LIS AG, betont, dass der Vorteil beim Wechsel auf Linux für Kommunen und Behörden nicht nur bei den Kosten liegt. Auch Themen wie Sicherheit und die Unabhängigkeit von Monopolisten spielen bei Behörden eine zunehmend wichtigere Rolle.

Kritische Prüfung

„Weder für den Bundestag noch für Polizeibehörden war die Entscheidung für Linux von reinen Kostenfaktoren geprägt. Dies zeigt, dass die Software- und Dienstleistungsangebote von OpenSource-Anbietern wettbewerbsfähig sind. „Bei genauer Betrachtung bieten OpenSource-Lösungen meist sogar ein ‚Mehr‘ an Leistung,“ meint Strobl. „Unsere Angebote werden kritischer geprüft. Von der Analyse über den Projektverlauf bis hin zu den Kosten muss die OpenSource-Gemeinde eher mehr bieten als die lizenzkostenpflichtigen Anbieter.“

Modulare Produktpalette

Nicht nur Bundes- oder Landesbehörden setzen auf die Erfahrung der LIS AG, sondern auch kleinere Gemeinden und Städte wie das bayerische Geretsried. Gerade im Bereich der Kommunen gibt es mittlerweile für viele Anwendungen erprob-

te und bewährte OpenSource-Alternativen. Für ihre Kunden bietet die LIS AG unter den Namen CoreBiz eine modulare Produktpalette für die gesamte IT-Infrastruktur, die auf OpenSource-Projekten basiert. So kann die IT-Umgebung schrittweise auf OpenSource umgestellt werden, obwohl Teile da-

Dienstleistungsgruppe bayern GIS	
GIS-Systeme-Hosting-Service	Systembetreuung
Beratung	Datenmanagement
Schulung	
GIS- u. Ingenieur-Dienstleistungen	
Bauleitplanung	Infrastruktur
Umwelt, NKF	Tourismus u.a.
• Bruckmühl • Ingolstadt • Landshut	
www.bayerngis.de	
BAUMANN	G D Z
bayern GIS	GIS-Dienstleistungszentrum Bruckmühl

von - und auch die kommunalen Anwendungen - noch auf Lizenzsoftware laufen.

„Unsere Kunden sind immer wieder erstaunt, wie OpenSource-Produkte ohne Probleme in bestehende Systeme einge-

Private IT-Dienstleister:

Gründung von Databund

Gegen Wettbewerbsverzerrung durch die öffentliche Hand - komuna unterstützt Zielsetzung

Zahlreiche mittelständische Unternehmen wie die HSH, naviga, kolibri, H+H, AB-Data, Hans Held, Archikart und viele mehr haben Anfang Januar den Verband Databund gegründet. Auch das EDV-Unternehmen komuna mit Sitz in Altdorf bei Landshut zählt zum Kreis der Gründungsmitglieder und unterstützt mit Nachdruck das Verbandsziel, sich für einen freien Wettbewerb mit öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleistern einzusetzen.

Es ist im Wesentlichen das Verdienst kleiner und mittelständischer Unternehmen, dass es heute für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung wie Gewerbeämter, Liegenschaftsämter usw. leistungsstarke Software-Anwendungen gibt. Diese Anwendungen haben die Prozesse in der Verwaltung maßgeblich verbessert und sind optimal auf die Anforderungen der einzelnen Ämter eingestellt.

Unternehmerischer Mut

Mit Innovationskraft und unternehmerischem Mut wurden Anwendungen entwickelt, die in Rathäusern und kommunalen Behörden Maßstäbe in der Effizienz und beim Preis-Leistungsverhältnis gesetzt haben. Auch die Nutzung neuester Technologien (eGovernment) wurde von diesen Unternehmen entscheidend vorangetrieben.

Untergrabung des freien Wettbewerbs

Das Marktpotential bei der Entwicklung der elektronischen Verwaltung hat auch der Staat für sich entdeckt. Dessen öffentlich-rechtliche IT-Dienstleister verfügen über einen besseren Marktzugang, kontrollieren die kommunalen Netzwerke, haben andere Regeln bei der Preisgestaltung und unterliegen keinem Insolvenzrisiko. Software, die unter solchen Rahmenbedingungen entwickelt und an die Gemeinden verteilt wird, untergräbt nach Ansicht des Verbandes den freien Wettbewerb, verhindert Innovationen im IT-Sektor und verursacht unkontrollierbare Kosten im eGovernment.

Auf diese prekäre Situation und die mit ihr verbundenen

passt werden und so schon bei Teillösungen spürbare finanzielle und arbeitsorganisatorische Entlastungen erzielt werden“, erklärt Rudolf Strobl. Die modularen Bausteine von CoreBiz bilden die Infrastruktur für Office und Backoffice (Serverbereich) von Kommunen und Unternehmen.

Beispiel Geretsried

Die Stadt Geretsried stellte vor drei Jahren von einer Netware-Umgebung auf einen zentralen, ausfallgesicherten Linux Server um. Seit 2004 erfolgt auch die tägliche Datensicherung automatisiert auf einen CoreBiz Backup Server. Die Umstellung wurde im Rahmen einer notwendigen Nachrüstung vorgenommen.

Keine Lizenzkosten

Heute plant die Stadt ihre Umstellung ihrer Arbeitsplatzrechner auf Linux. Entscheidend für die Linux-Orientierung war am Schluss die Kostenersparnis durch das Wegfallen der Lizenzkosten. Die Datensicherung erfolgt nun auf Festplatte und Band und erleichtert so die tägliche Arbeit. „Die Zusammenarbeit mit der LIS AG war für uns eine gute Entscheidung. Erstaunt sind wir immer wieder

über die kurzen Reaktionszeiten, wenn wir tatsächlich einmal Hilfe benötigen,“ betont Roland Bürk, IT-Verantwortlicher der Stadt Geretsried. Auf diesen Service vertrauen im übrigen auch einige in der Hauptstadt ansässige Bundesbehörden, die von der Berliner Niederlassung aus betreut werden.

Dynamische Entwicklung

Aus dem Business- und Verwaltungsbereich ist der Einsatz von OpenSource-Software nicht mehr wegzudenken. In den letzten Jahren war die Entwicklung sehr dynamisch und die Lösungen laufen extrem stabil. Immer mehr Anwender und Unterstützer entscheiden sich für dieses freie und sichere Betriebssystem.

Deutliche Einsparung

Allein durch die Einsparungen der Lizenzgebühren finanzieren sich die Umstellungen je nach Situation sofort, spätestens aber innerhalb von drei Jahren. Dies ist gerade im Hinblick auf die zukünftigen Kostenentwicklungen im Bereich der Lizenzsoftware von Bedeutung.

Entlastung des Haushalts

In den letzten 15 Jahren sind die EDV-Kosten gestiegen, obwohl die Anschaffung und Wartung der Hardware bis zu 50 % gesunken ist. Für kostenorientierte Behörden gibt es hier somit Möglichkeiten zur Entlastung ihres Haushalts.

Sicher und zuverlässig

Die Vorteile einer Linux Lösung für Behörden umfassen aber nicht nur den Preis, sondern insbesondere die Themen Sicherheit, Systemstabilität und Zuverlässigkeit. Überzeugen und informieren können sich Verantwortliche auch dieses Jahr wieder auf der CeBIT in Hannover. Zum Thema „Linux in der öffentlichen Verwaltung“ finden am 14. März im LinuxPark-Forum zahlreiche Vorträge statt. Im LinuxPark stellen sich OpenSource-Unternehmen während der gesamten Messe allen, die Alternativen zu ihren bisherigen Lösungen suchen. Das Team der LIS AG beantwortet Fragen und Anforderungen auf der CeBIT am Stand F67/4 Halle 5 im LinuxPark.

Stefan Kaus

Hier kommt Pep in Ihr Business 2006

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	23.05.–24.05.
Asia Styles	04.07.–06.07.
BioFach°	16.02.–19.02.
BRAU Bevale	15.11.–17.11.
ConSozial	08.11.–09.11.
CRM-expo	08.11.–09.11.
Deutsche Ausbaumesse	
Essen - Nürnberg	27.04.–29.04.
e_procure & supply	16.05.–18.05.
embedded world	14.02.–16.02.
ENKON dezentral	18.10.–20.10.
EUROGUSS	07.03.–09.03.
FachPack	26.09.–28.09.
fensterbau/frontale	22.03.–25.03.
GaLaBau	13.09.–16.09.
HOLZ-HANDWERK	22.03.–25.03.
IENA	02.11.–05.11.
IFH/Intherm	05.04.–08.04.
IKK	18.10.–20.10.
Interzoo°	11.05.–14.05.
IWA & OutdoorClassics°	10.03.–13.03.
Kongress der Deutschen	
Ophthalmochirurgen	25.05.–28.05.
LogIntern	26.09.–28.09.
mailingtage	12.07.–13.07.
PCIM	30.05.–01.06.
PrintPack	26.09.–28.09.
SENSOR + TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	30.05.–01.06.
SMT/HYBRID/PACKAGING	30.05.–01.06.
Spielwaremesse	
International Toy Fair	
Nürnberg°	02.02.–07.02.
SPS/IPC/DRIVES	28.11.–30.11.
Werkstätten:Messe	23.02.–26.02.

Auszug: alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
° Nur für Facheinkäufer mit Legitimation

Kolbermoor:

Innovative Einsatzplanung des Räumdienstes

Der Räumdienst der komplexen Straßen- und Wegenetze stellt für die Kommunen Jahr für Jahr vor neuen Herausforderungen, insbesondere bei schneereichen Wintern wie diesen. Als einer der ersten kommunalen Betriebe in Bayern setzt der Bauhof der Stadt Kolbermoor bei der Organisation des Räumdienstes auf die innovative Technologie eines Geographischen Informations-Systems (GIS).

Im GIS sind alle derzeit verfügbaren digitalen Infrastrukturdaten der Stadt .Kolbermoor zusammengefasst. Grundlage hierzu bilden die Amtliche Digitale Flurkarte, hochauflösende Luftbilder sowie weitere Daten. Ergänzt wurden diese mit einem digitalen Straßenkataster, in dem alle relevanten Straßen und Wege enthalten sind. Mit diesem System kann der Räumdienst effizient, auch in Bezug auf Wirtschaftlichkeit optimal geplant, jederzeit angepasst und ausgewertet werden.

Flexibles Reagieren

Ob Priorität. Streuart, Räumfahrzeuge und Räumtrupps mitsamt den jeweiligen Einsatzgebieten, Streukisten oder Sonstiges - alle notwendigen Daten, Karten und Luftbilder stehen dem Bauhofleiter Franz Glas nun für das gesamte Stadtgebiet sowie für die entsprechenden Teilabschnitte jederzeit und überschaubar zur Verfügung.

Bei der Einsatzkoordination ist somit sofort ersichtlich, welche Straßenabschnitte beispielsweise wann und wie geräumt und gestreut werden. Per Mausklick können sekundenschnell Kartenausschnitt mitsamt Luftbild vergrößert und Detailinformationen zu Straßen und We-

gen, Räumdienst, Gebäuden, Flurstücken, Ver- und Entsorgung abgefragt werden. Somit kann auch sehr schnell und flexibel auf geänderte Gegebenheiten und Bürgerwünsche reagiert werden.

Optimierung der Aufgaben

Auch während des übrigen Jahres können damit vielseitige Aufgaben optimiert werden wie z. B. Straßenreinigung, Instandhaltung, Schulwegsicherung. Die gesamten Daten stehen auch allen anderen Mitarbeitern der Stadtverwaltung zur Verfügung, so dass eine fachübergreifende Nutzung und Bildung von Synergien möglich ist. Das System und der Datenbestand wird mit Unterstützung des Dienstleistungszentrums Baumann bayernGIS aus Bruckmühl weiter ausgebaut. In naher Zukunft können so die gesamten infrastrukturellen Geodaten der Stadt Kolbermoor effizient genutzt und auch den Bürgern über Internet zur Verfügung gestellt werden.

Infos Ansprechpartner:

Bauhof Kolbermoor: Herr Glas, Tel.: 08031/2968-0
Baumann-bayernGIS: Herr Johann Baumann, Tel.: 08062/72897-0

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11.86 06-89 98

Softwarelösung Quadriga-IT:

User HelpDesk für kommunale IT-Abteilungen

Der Alltag in den kommunalen IT-Abteilungen wird von den Problemen der PC-Anwender mit ihren PCs, Druckern und Softwareanwendungen bestimmt. Die von der Firma Quadriga Informatik entwickelte Software Quadriga-IT umfasst einen leistungsfähigen User HelpDesk, der die IT-Abteilung bei der Lösung von Anwenderproblemen mit einer ganzen Reihe von praxisnahen und gut durchdachten Funktionen unterstützt.

Mit Quadriga-IT bekommt die IT-Abteilung den nötigen Überblick über die oft zahlreichen und sich unregelmäßig häufenden Problemfälle, kann sie komfortabel nach Priorität ordnen, auf die richtigen Spezialisten verteilen oder umverteilen und sicherstellen, dass vorgegebene Reaktionszeiten eingehalten und eine Lösung der Problemfälle in der vorgesehenen Frist erreicht wird.

Als besonders nützlich haben sich dabei die so genannten „Standardvorfälle“ erwiesen, die mit ihren Aktions- und Lösungsvorschlägen eine standardisierte Vorgehensweise bei der Problemlösung ermöglichen.

Automatisches Auslesen

Benötigt der HelpDesk-Mitarbeiter technische Informationen zu PCs, Druckern und anderen Geräten mit Netzanschluss, kann er diese Angaben jederzeit über das Netzwerk abrufen. Die Option „PCScan“ von Quadriga-IT bietet dabei die Möglichkeit, gezielt einzelne PCs auszulesen oder auch ganze Windows-Domänen zu „scannen“.

Telefonsupport entlasten

Können PC-Anwender ihre Problemfälle nur per Telefon übermitteln, sind in Stoßzeiten häufig mehrere Anrufe erforderlich, bis der zuständige Bearbeiter frei ist. Die IT-Abteilung erfährt also möglicherweise erst viel zu spät von einem drängenden Problemfall. Die Option „Web-IT“ macht den HelpDesk für PC-Anwender via Intranet erreichbar und entlastet so den Telefonsupport.

Web-IT für PC-Anwender

Für jeden PC-Anwender stellt „Web-IT“ eine spezielle Intranetseite zur Verfügung, auf der sich Problemfälle beschreiben und an die IT-Abteilung übermitteln lassen. Im weiteren Verlauf kann sich der PC-Anwender auf seiner Intranetseite jederzeit über den Fortgang der Problembearbeitung informieren und ergänzende Bemerkungen oder Fragen an die IT-Abteilung richten.

Hat der zuständige Mitarbeiter der IT-Abteilung eine Maßnahme getroffen oder das Pro-

blem behoben, kann er den PC-Anwender davon mit einer automatisch angelegten E-Mail benachrichtigen.

IT-Ressourcen verwalten

Ein User HelpDesk ist ohne eine umfassende und aktuelle Bestandsverwaltung der PCs und sonstigen IT-Komponenten nicht denkbar. Denn Informationen über den Lieferanten einer Komponente, die Seriennummer, den zugehörigen Wartungsvertrag, die genauen Ausstattungsmerkmale eines PC sind meistens für die Problemlösung erforderlich und müssen schnell zur Hand sein.

In Quadriga-IT lassen sich Daten zu den IT-Komponenten schnell eingeben, leicht wieder auffinden und aus verschiedenen Blickwinkeln darstellen und auswerten.

Allgemeine Inventarverwaltung

Als „offenes System“, das sich durch frei definierbare Zusatzfelder an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen lässt, eignet sich Quadriga-IT auch zur Verwaltung von Gegenständen, die nicht zu den IT-Ressourcen gehören. So kann die Software als allgemeine Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät genutzt werden.

Unterstützung von Pocket PCs

Eine weitere Option „Quadriga-Mobile“ macht Informationen zu IT-Ressourcen sowie den erledigten und unerledigten Problemfällen auf einem Pocket PC verfügbar. Damit hat ein Mitarbeiter der IT-Abteilung die benötigten Angaben auch dann zur Hand, wenn er vor Ort bei einem PC-Anwender einen Problemfall beheben muss.

Informationen: Quadriga Informatik GmbH, Tel.069/850030-0, <http://www.quadriga.de>

KOMCOM Nord 2006, Hannover 21.-23.02.2006, Halle 2, Stand G04. CeBIT 2006, Hannover 09.-15.03.2006 Halle 6, Stand A47



Bei Problemfällen können PC-Anwender über eine eigene Intranetseite Kontakt zur IT-Abteilung aufnehmen.

Alles geht schneller im digitalen Rathaus

Fachkonferenz „Wege zur integrierten Kommunalverwaltung“ in Würzburg

Würzburg. „eGovernment“ gilt als Kernelement einer modernen Verwaltung. Online-Dienste sollen für mehr Bürgernähe und besseren Service für Unternehmen sorgen. Würzburg als unterfränkisches Oberzentrum habe gute Chancen, eine technologisch führende Verwaltung in der Region zu werden, erklärte der Würzburger Professor Dr. Rainer Thome bei der Fachkonferenz „Wege zur integrierten Kommunalverwaltung“ im Würzburger Rathaus.

Eine Umfrage unter den Mitarbeitern der Würzburger Stadtverwaltung ergab, dass 42 Prozent der Beschäftigten mehr Informationstechnologie wünschen. Damit sprach sich zwar die Hälfte gegen eine weitere Automatisierung ihrer Arbeitsabläufe aus. Die Quote von 42 Prozent IT-Befürwortern reicht nach Thome jedoch aus, sich auf den Weg zum „Rathaus in digitaler Form“ mit elektronischem Finanzwesen und Einwohnerverfahren, elektronischer Haushaltsführung, elektronischem Personalwesen und Sozialhilfverfahren zu begeben.

Veränderte Arbeitsplätze

„eGovernment“, so das Beiratsmitglied der Aschaffenburg Fachhochschule, wird die Arbeitsplätze in unterfränkischen Verwaltungen gehörig verändern. Derzeit seien noch zahlreiche Verwaltungsmitarbeiter auf eine bestimmte Funktion spezialisiert. Künftig müsse jeder Beschäftigte einer Verwaltung fähig sein, den Antrag eines Bürgers oder eines Unternehmens an seinem IT-Arbeitsplatz komplett abzuwickeln.

Enorme Veränderungen

Thome machte kein Hehl daraus, dass dies weit reichende Veränderungen in Rathäusern und Behörden mit sich bringt. Die einzelnen Arbeitsplätze würden durch eGovernment anspruchsvoller, aber auch interessanter. Einfachere Arbeitsplätze bei den Kommunen, beim Land und beim Bund werden in Zukunft wegfallen.

Jeder Monat mehr kostet

Der Wirtschaftsinformatiker, der den Freistaat in Sachen eGovernment berät, plädierte für eine zügige Einführung von öffentlicher Verwaltungssoftware. Jeder Monat, der weiter abgewartet werde, koste der öffentlichen Hand viel Geld. Denn während Personalkosten kontinuierlich stiegen, sinken Thome zufolge die Preise für IT-Dienstleistungen.

Durch einen unkomplizierten Datenaustausch mit Hilfe von eGovernment könne auch die Fehlerquote bei Behörden beträchtlich gesenkt werden. Derzeit werden nach Aussage des Wissenschaftlers von der Universität Würzburg zahlreiche Daten mehrfach eingegeben. Laut einer Würzburger Untersuchung beträgt die Fehlerquote

mehrere Tage beanspruchen, könnten durch die elektronische Verbesserung von Arbeitsabläufen in wenigen Stunden erledigt werden. Das spare Gemeinden, Städten und Landkreisen erhebliche Kosten.

Kosten sparen

Auch der Freistaat könne durch intelligente Software-Lösungen viel Geld sparen, unterstrich Mayer. Derzeit gebe es in den verschiedenen Ministerien des Freistaats zum Beispiel noch 16 verschiedene Systeme zur Verwaltung des staatlichen Personals. eGovernment solle zu einer „echten Personalwirtschaft“ führen, wie sie bei Wirtschaftsunternehmen längst üblich sei.

Pat Christ

bei der Dateneingabe durchschnittlich 20 Prozent, was zu einem insgesamt hohen Fehleraufkommen führe.

Beschleunigte Prozesse

Nach Angaben von Dr. Mayer, Leiter des Referats eGovernment in der Bayerischen Staatskanzlei, können die Prozesse einer Kommunalverwaltung durch eGovernment deutlich beschleunigt werden. Verwaltungsaufgaben, die derzeit noch

Domains:

Nützliche Adressen, gefährliche Werkzeuge

Jede Gemeinde, die bürgernahe Informationen bereit stellen möchte, benötigt eine eigene Internetadresse. Dies trifft aber nicht nur für den direkten Gemeindenamen, sondern auch auf Bereiche zu, die eine Gemeinde als Aufgaben wahrnimmt wie z.B. die Feuerwehr.

In einem aktuellen Fall hatte eine Gemeinde zwar ursprünglich unter dem Namen der Gemeinde, aber in Verbindung mit dem Begriff einer Institution, deren Aufgaben durch die Gemeinde wahrgenommen wurde, eine Domain reservieren lassen. Im Zuge des Providerwechsels wurde aber die Domain versehentlich gelöscht. Innerhalb von Minuten wurde diese Domain durch einen professionellen „Domain-Grabber“, ein Unternehmen, welches pornographische Inhalte im Internet verbreitet, übernommen und die entsprechenden Inhalte unter dieser Domain verbreitet.

„Partnerprogramm“

Auf die entsprechende Abmahnung reagierte das Unternehmen mit dem Hinweis, es handle sich um ein sogenanntes Partnerprogramm, für dessen Verbreitung es nicht verantwortlich sei. Dies sah das Landgericht München I anders und erließ eine entsprechende einstweilige Verfügung. Es entschied damit wie auch das Landgericht Köln, welches für entsprechende Unternehmen eine Prüfungspflicht für zumutbar hielt.

Neben einem sorgfältigen Umgang mit Domains lässt sich aus diesem Fall der Schluss ziehen, dass Verlinkungen nicht in jedem Fall von der Pflicht zur Überprüfung entbinden. Daher sollte auch gerade dann, wenn eine zulässige Verlinkung mit anderen Websites von einer kommunalen Site erfolgt, zumindest stichprobenartig eine

entsprechende Kontrolle durchgeführt werden.

Weitere Informationen: RA Jan Froehlich, Kanzlei Buse Heberer Fromm, froehlich@buse.de

Lexware reisekosten 2006

Langwierige Reisekostenabrechnungen sollten einem nicht länger den Tag vermiesen. Denn es gibt Lexware reisekosten - das clevere Programm für alle Reise- und Bewirtungskosten. Sämtliche In- und Auslandsreisen können unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und steuerlichen Vorteile per Mausklick abgerechnet werden. Und weil diese Software so einfach zu bedienen ist, spart man 75 Prozent Zeit gegenüber einer manuellen Abrechnung.

Die einfache Installation, der optimale Bedienungskomfort und die Übersichtlichkeit machen die Abrechnung einfach und unkompliziert. Zur Not führen Schritt-für-Schritt-Assistenten von der Einrichtung des Programms bis zum Ausdruck der fertigen Reisekostenabrechnung. Mit dem Routenplaner können die schnellsten Wege gefunden und diese Reisedaten in die Abrechnung genommen werden. Mit dem integrierten Fahrtenbuch wird die Pflicht zur Kür - bares Geld wird gespart und einfach und bequem das Fahrtenbuch geführt.

Lexware reisekosten - der sichere Partner für alle, die geschäftlich auf Reisen sind.

Verwaltung von PCs und anderen (IT-)Ressourcen

Quadriga-IT

- **Mehr Überblick** über die IT-Ressourcen durch systematische Verwaltung von Hardware, Softwarelizenzen, Anwendern, Lieferanten, Verträgen und Räumen.

- **Kostenreduzierung** durch das gezielte Aufdecken von Einsparpotenzialen, bessere Nutzung vorhandener Ressourcen und Vermeidung unnötiger Neuanschaffungen.

- **User HelpDesk** zur Aufnahme, Bearbeitung und schneller Lösung von Problemfällen. Die Option „Web-IT“ macht den User HelpDesk für PC-Anwender via Internet erreichbar.



- **Automatisches Auslesen von PCs:** Die Option „PCScan“ erlaubt es, Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen automatisch zu ermitteln.

- **Vertragsverwaltung:** Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen.

- **Intuitive Benutzeroberfläche:** In Quadriga-IT lassen sich viele Aufgaben mit einem Minimum an Arbeitsschritten erledigen.

- **Bewährte Lösung,** die bereits bei über 800 Organisationen im Einsatz ist, darunter bei zahlreichen kommunalen Behörden. Zukunftssicherheit ist gewährt durch intensive und praxisnahe Weiterentwicklung.

- **Gutes Preis-/Leistungsverhältnis:** Funktionsreichtum und Funktionstiefe von Quadriga-IT sind im Verhältnis zum Preis außergewöhnlich.



Quadriga-Mobile

Der Pocket PC macht viele Informationen über die IT-Ressourcen vor Ort verfügbar, unterstützt den User HelpDesk und erleichtert Bestandskontrollen mit einem Barcode-Scanner.



Halle 6, Stand A47

Weitere Informationen:

Bitte fordern Sie eine kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns vom 09.-15.03.2006 in Hannover auf der CeBIT 2006.

Quadriga Informatik GmbH

Herrnstr. 57
D-63065 Offenbach
Tel. 069.850030-0, Fax -99
info@quadriga.de

www.quadriga.de

Future Parc im Rahmen der CeBIT 2006:

Zukunftsszenarien zum Greifen nah

Wer wissen möchte, welche zentralen Themen die Arbeits- und Lebenswelten von morgen bestimmen werden, dem bietet der 'future parc' auf der CeBIT vom 09. bis 15. März 2006 in Halle 9 einen umfassenden Überblick über die Vorläufer der neuen Generation von ICT-Produkten, die schon in wenigen Jahren unseren Alltag verändern werden. Hochschulen, Großforschungseinrichtungen wie beispielsweise die Fraunhofer Gesellschaft, Universitäten, Fachhochschulen sowie Spin-Off- und Start-Up-Unternehmen geben hier den Besuchern mit ihren Forschungsergebnissen Einblicke in die Herausforderungen von morgen. Der 'future parc' steht unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan.

Im Kommunikationsforum 'future talk' informieren eindrucksvolle Vorträge und Podiumsdiskussionen über Zukunftsszenarien aus unterschiedlichen Lebensbereichen, die die Durchdringung digitaler Technologien rund um unseren Alltag anhand von Beispielen aus Wohnen (e-home), Kleiden (smart-wear), Medizin (e-health) und Lernen (e-learning) illustrieren.

Themenschwerpunkt „smart wear“

Einen besonderen Themenschwerpunkt in diesem Jahr bildet die 'smart wear'. Dazu gehören 'e-clothes' und Beispiele aus den digitalen Kollektionen von Pierre Cardin, Cinque, Mephisto, Milestone, rosner und Loden Frey mit textilen Bedienungsfeldern für integrierte mp3-Player und andere Bluetooth-Module. Diese Kleidungsstücke werden im Herbst 2006 erstmals in den Kaufhäusern erhältlich sein und bis zum Jahr 2010 für den Verbraucher zur Selbstverständlichkeit werden. Der Fachbereich Design der Fachhochschule Hannover prä-

sentierte in einer täglichen Modenschau auf der CeBIT in Halle 9 die Outfit-Visionen für 2020.

Des Weiteren werden vollkommen neue Materialien vorgestellt, wie beispielsweise der sogenannte 'e-blocker', dem neuen Abschirmgewebe gegen Handstrahlung. Dieser besteht aus mit Silber ummantelten Garnen. Aufgrund des hohen Silberanteils und durch ein patentiertes Herstellungsverfahren wird die elektromagnetische Direktstrahlung eines Mobiltelefons durch den Einsatz von 'e-blocker' in Innentaschen weitgehend reflektiert. Er ist waschbar und reinigungsbeständig. Die Wirksamkeit verringert sich dadurch nicht.

Angebote zum Anfassen

Zu sehen ist außerdem ein Vorwerk-Teppich, der seinen Reinigungs-Roboter über RFID-Technologie steuert. An der Schwelle zur Marktreife werden diese Spitzentechnologien praxisnah im 'future market' dargestellt. Angebote zum Anfassen und Ausprobieren - Zukunftsszenarien zum Greifen nah.

Tag des Supercomputing

Besucher der CeBIT haben am 11. März 2006 die Möglichkeit, Anwendungen der sechs größten Höchstleistungsrechner in Deutschland kennen zu lernen. Hierzu halten Vertreter dieser Zentren allgemeinverständliche halbstündige Vorträge mit Demonstrationen zu verschiedenen aktuellen Forschungsthemen. Livestreamungen erlauben einen Einblick in ausgewählte Rechenzentren und ermöglichen es, den Supercomputern bei der Arbeit zuzusehen. Supercomputing hat

www.der-flexible-raum.de

Container Raummodule Hallensysteme

für die Forschung in vielen Natur- und Ingenieurwissenschaften eine überragende Bedeutung gewonnen.

Supercomputer

Für die tägliche Wettervorhersage werden Supercomputer benötigt. Ohne sie wäre auch die Entschlüsselung des menschlichen Genoms nicht möglich gewesen. Außerdem dienen sie dazu, Faltungen von Proteinen zu simulieren.

Die CeBIT ist Partner des Informatikjahres - Wissenschaftsjahr 2006. Das bereits siebte Wissenschaftsjahr wird vom

Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit der Initiative Wissenschaft im Dialog und der Gesellschaft für Informatik sowie zahlreichen Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur durchgeführt. Das Informatikjahr auf der CeBIT findet sich darüber hinaus im Programm des 'future talk' und auf großen Ausstellungsflächen in Halle 9 wieder. Zum Auftakt begrüßen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Präsident des Bundesverbands Informationswirtschaft Telekomunikation und neue Medien (BITKOM), Willi Berchtold, die Gäste der CeBIT und die Partner des Informatikjahres. Weitere Informationen unter www.informatikjahr.de.

Kontaktvermittlung

Die Partnerbörse 'IRC future match' bietet während der gesamten CeBIT die gezielte Vermittlung individueller Kontakte zu Partnern und Kunden der größten europäischen Technologietransfer-Organisation - dem Netzwerk der Innovation Relay Centres (IRC).

Um geeignete Partner für die internationale Zusammenarbeit zu finden, können innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Vorfeld der CeBIT ihre Technologieprofile unter www.futurematch.cebit.de in einen Online-Katalog ins Internet stellen und aus diesem ihre Wunsch-Gesprächspartner auswählen. Die IRCs koordinieren alle Terminwünsche und erstellen individuelle Zeitpläne für die Teilnehmer. Das Projekt wird unterstützt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. □

Adobe-Partner LivingData:

Deutschlandweiter Anbieter von eGov-Lösungen

LivingData hat als Partner von Adobe Systems seinen Service für eGovernment-Lösungen auf Basis der Adobe Intelligent Document Plattform auf ganz Deutschland ausgeweitet. Von der Entwicklung elektronischer Formulare über deren Implementierung bis hin zur Einbindung der Daten in Back-End-Systeme können Verwaltungen mit der Lösung von LivingData komplette Formular-Workflows elektronisch abbilden. Dies erleichtert Behörden und Kommunen den Bearbeitungsaufwand und senkt dadurch Kosten.

Fehleranfällige papierbasierte Vorgänge wie das Ausfüllen von Formularen können schnell und einfach auf elektronische Prozesse umgestellt werden. Für die Bürger lassen sich auf diesem Weg viele Behördengänge reduzieren.

Ein Beispiel ist der digitale Bauantrag, der es dem Antragsteller ohne Online-Verbindung zum Behördenrechner ermöglicht, einen Bauantrag digital komplett zu bearbeiten, auf dem eigenen Computer abzuspeichern, Anlagen hinzuzufügen und per E-Mail an das Bauamt zurück zu schicken. Dort werden die Daten automatisiert nach dem X.Bau-Standard an die Baugenehmigungssoftware übergeben und weiterverarbeitet. Auch in den Behörden selbst kommen PDF-Formulare wie Reisekostenabrechnungen oder Urlaubsanträge zum regelmäßigen Einsatz.

Effiziente Workflows

Basis der LivingData-Lösung sind die Adobe-Technologien zur Erstellung, Bearbeitung und Verwaltung von intelligenten Dokumenten, die mit dem systemübergreifenden Dateiformat Standard PDF arbeiten: Die Adobe Reader Extensions erwei-

tern dokumentenbasierte Prozesse über die Organisation hinaus, so dass wichtige Daten von Kunden oder Bürgern schnell erfasst werden können.

Adobe Reader Extensions Server

Kernstück der Lösung ist der Adobe Reader Extensions Server der LivingData, der jetzt bundesweit zur Verfügung steht. Zudem wird der Adobe Designer bei der Erstellung von hochwertigen Formularen und deren Verwaltung eingesetzt. Ergänzend erhalten die Kunden von LivingData Zugriff auf einen so erstellten Formularpool, der mit seinen individualisierbaren Vorlagen den Kommunalverwaltungen die Arbeit noch weiter erleichtert. „Das anspruchsvollste Vorhaben ist die Integration in die Backend-Verfahren“, ergänzt Rudolf Obenhuber, Geschäftsführer der LivingData GmbH. „Nachdem umfassende Formulareangebote geschaffen wurden, sind wir jetzt mit unseren Kunden mitten in der Umsetzung der Workflows. Durch die offene Architektur der Adobe-Lösung sind Anpassungen an weitere Verfahren einfach zu realisieren.“ □

Beckstein steht hinter der AKDB und ihren Produkten

Präsenz vor Ort sichert Kundennähe und damit die Marktführerschaft

Als sehr erfolgreiches und leistungsfähiges Unternehmen und größte Einrichtung ihrer Art in Deutschland bezeichnete Bayerns Innenminister Dr. Günter Beckstein die AKDB anlässlich des Festakts „25 Jahre KDZ Nürnberg“ in der Frankenmetropole. „Klein, aber effektiv“ wirke die Außenstelle als Mitglied der großen AKDB-Familie, deren Produkte könne er den Kommunen nur nahe legen, lobte der Minister.

Die örtlichen Niederlassungen der AKDB, die inzwischen zusätzlich auch vier spezialisierte Tochterunternehmen hat, garantieren ihre Kundennähe und tragen damit wesentlich zur deutschlandweiten Marktführerschaft der AKDB trotz des harten Wettbewerbs bei, so Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Dieter Mronz, Vorsitzender des AKDB-Verwaltungsrats. Das Alleinstellungsmerkmal der AKDB, nämlich eine umfassende Entwicklungskompetenz mit Blick auf das gesamte Aufgabengebiet der Kommunen, überzeugt offenbar auch außerhalb Bayerns. Das belegt manch eine spektakuläre Erfolgsmeldung aus diesem Jahr: So führt zum Beispiel die Freie Hansestadt Hamburg das Einwohnermeldewesen der AKDB OK.EWO ein, und dreizehn nordrhein-westfälische Kfz-Zulassungsstellen übernehmen - reibungslos - OK.VORFAHRT, darunter Düsseldorf, Bochum, Neuss und Krefeld.

Als vorausschauend und aktueller denn je erwies sich die Initiative zur gemeinsamen IT für Bayerns Kommunen in Gestalt der AKDB, sagte Nürnbergs Bürgermeister Horst Förther. Er skizzierte die gemeinsamen IT-Projekte von AKDB, Curivant Internet GmbH und der Stadt Nürnberg in den letzten Jahren und wünscht sich auch für die Zukunft Plattformen für die Zusammenarbeit.

Bei der Gründung der AKDB als herausragendem Beispiel der heute wieder stark diskutierten kommunalen Kooperation war das Innenministerium kräftiger Amtshelfer, erinnerte Beckstein: Es ging damals die Bestrebungen des Bundes zugunsten einer bundesweit einheitlichen Personenkennziffer, die AKDB sollte „automationsfähige Aufgaben“ für Bayerns Kommunen entweder koordinieren oder selber übernehmen. Sie entschied sich mit großem Erfolg dafür, selber Rechenzentren zu gründen und Fachanwendungen zu entwickeln.

Heute versteht sich das Innenministerium weniger als Aufseher denn als Förderer der AKDB, betonte Beckstein, zumal die IT für eine effiziente Verwaltung unverzichtbar geworden ist. Zudem trage die längst über Bayern hinaus aktive AKDB auch zur bundesweiten Vernetzung der kommunalen und staatlichen Ebenen untereinander sowie mit Wirtschaft und Bürgern bei. Eine wichtige Rolle werde sie zudem spielen, wenn es künftig um die Schnittstellen zur kommunalen Ebene gehen werde, nachdem am 15. November die Staatsregierung erstmals eine ressortübergreifende strategische Ausrichtung der staatlichen Informations- und Kommunikationstechnologie beschlossen hat, stellte Beckstein fest. Schon der E-Government-

Pakt zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden habe die Notwendigkeit der IT-Partnerschaft von Land und Kommunen hervorgehoben, das Behördennetz sei ein praktizierter Ansatz.

Die AKDB habe eine solide Finanzsituation, lobte Beckstein, bevor er die anstehenden Herausforderungen im Meldewesen skizzierte. Er bedankte sich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit bei der AKDB, die auf diesem Feld seit Jahren mit Erfolg engagiert sei. Äußerst erfolgreich halte sie im Freistaat einen zentralen Einwohnerbestand mit über 10 Mio. Einwohnern vor. Fünf Mio. Abfragen erfolgten jedes Jahr allein durch die Polizei. Die Gemeinden werden dafür sogar finanziell entschädigt. Beckstein will die wenigen noch zögernden Gemeinden zur Datenbereitstellung verpflichten. Es gehe nicht länger an, dass die Polizei einen Bürgermeister aus dem Bett holen müsse, um zeitnah an bestimmte Daten zu kommen.

Was die kommunale Doppik anbetrifft, begleite die AKDB die Entwicklung. Das Innenministerium habe eine Verordnung zum Thema in Arbeit, werde aber noch bis zum Frühjahr brauchen. Zwang solle nicht ausgeübt werden, für viele Gemeinden sei die Doppik aber - wegen des Ressourcenverbrauchskonzeptes - der sinnvollere, transparentere Weg.

Kooperation schreibt die AKDB generell groß. Das gilt sowohl für einzelne Entwicklungsvorhaben als auch gegenüber den Kommunalen Rechenzentren in ganz Deutschland. □



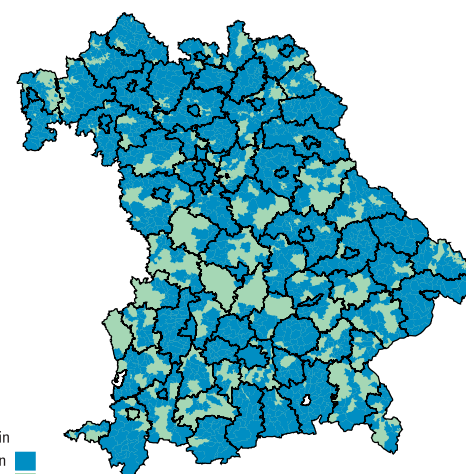
ANSTALT FÜR KOMMUNALE DATENVERARBEITUNG IN BAYERN

Partner der Kommunen

Mehr als 30 Jahren Erfahrung mit kommunaler Branchensoftware stehen für Kompetenz und Qualität der AKDB. Entwicklung, Pflege und Vertrieb hochqualifizierter und effizienter Softwarelösungen gehören zu den primären Aufgaben. Als marktführendes Softwarehaus bietet die AKDB Lösungen für alle Aufgaben der Städte, Kreise und Gemeinden.

Die AKDB ist ein moderner Dienstleister und zugleich Service-Rechenzentrum und Datendrehscheibe zwischen Verwaltungen, Bürgern und Wirtschaft. Sie ist Know-how-Zentrum für spezialisierte Beratung, Betreuung und Schulung.

Die AKDB stellt sich aktuellen Themen: Neues Kommunales Finanzwesen – NKFW, eGovernment, elektronisches Meldewesen und kommunales Flächenmanagement/GIS. Als Tochter der kommunalen Spitzenverbände stellt sie Ihre Lösungen allen Kommunen Bayerns zur Verfügung.



Anwender von AKDB-Lösungen in Städten, Gemeinden und Märkten und in Landkreisen

Kartenmaterial ATKIS® VG1000, © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2003



Wir sind da:

Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern
Herzogspitalstraße 24
80331 München
Tel: 089/5903-0
Fax: 089/5903-1845
mailbox@akdb.de
www.akdb.de

Kommunen auf dem Weg zur modernen Verwaltung

Aktuelle Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) und der KGSt untersucht Strategien der öffentlichen Verwaltung

Kommunen haben eine klare Vorstellung davon, in welchen Handlungsfeldern sie Kosten optimieren wollen und in welchen sie die Qualität verbessern möchten. Outsourcing- und E-Government-Strategien werden zur Erreichung dieser Ziele bereits erfolgreich eingesetzt. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer repräsentativen Studie, die die Deutsche Post auf der Messe Moderner Staat 2005 präsentiert.

Für die Studie wurden von August bis Oktober 2005 insgesamt 297 Städte und Landkreise befragt. Die grundlegende Fragestellung an die Kommunen lautete: Mit welchen Optimierungsstrategien reagieren Kommunen auf die derzeitigen Rahmenbedingungen und welche Handlungsfelder werden dabei vorrangig berücksichtigt? Gleichzeitig stehen die Themen Prozessoptimierung, Outsourcing und E-Government im Fokus der Untersuchung.

Fehlendes Instrumentarium

Bei einer Rücklaufquote von 35 Prozent geben die Ergebnisse einen guten Überblick über die derzeitige Situation in den befragten Verwaltungen. Die Deutsche Post als Spezialist für Geschäftsprozess-Outsourcing im Öffentlichen Sektor unterstützte diese Untersuchung.

Im weiteren zeigt die Studie: Trotz des Einsatzes von Outsourcing- und E-Government-Strategien findet eine standardi-

sierte Aufnahme, Analyse und Optimierung der Leistungsprozesse nur sehr selten statt, hier fehlt es am geeigneten Instrumentarium. Kaum eine Kommune kennt die wahren Kosten ihrer Leistungserstellungsprozesse. Ähnlich das Ergebnis beim E-Government: Das Potenzial zur Innovationsbeschleunigung wird erkannt, aber kaum eine Kommune untersucht ihre E-Government-Projekte auf deren wirtschaftlichen und strategischen Beitrag..

Wichtige Handlungsfelder

Das größte Potenzial zur Kostensenkung oder Wirtschaftlichkeitssteigerung sehen Kommunen in internen, also die Verwaltung selbst betreffenden Handlungsfeldern. Im Bereich Druckerei streben beispielsweise 87,3 Prozent der befragten Kommunen eine Kostensenkung an. Ein weiteres wichtiges Feld ist die Immobilienbewirtschaftung. Leistungsredu-

zierungen werden zurückhaltend gesehen, hier ist bei Kulturangeboten mit 34,7 Prozent die Bereitschaft zu Einschränkungen am höchsten. Im Handlungsfeld Statistik und Wahlanglegenheiten sehen immerhin noch 12,4 Prozent die Möglichkeit der Leistungsreduzierung.

Qualitätssteigerung

Bei der Leistungssteigerung ist die Schwerpunktbildung nicht eindeutig feststellbar - im Bereich Wirtschaftsförderung und Tourismus liegt die Bereitschaft allerdings bei 44 Prozent, das Feld Organisations- und IT-Services möchten immerhin noch 30 Prozent leistungsfähiger gestalten. Qualitätssteigerung der vorhandenen Leistungen ist ein Hauptanliegen der Kommunen, vor allem im Personalservice mit 77 Prozent und im Handlungsfeld Organisations- und IT-Services mit 73 Prozent.

Prozessoptimierung

Fast drei Viertel (72 Prozent) der Kommunen haben in den letzten fünf Jahren bei Restrukturierungsprojekten Prozesse optimiert. Mit dem Thema Prozessoptimierung verbinden die Kommunen Einsparungen im Bereich der Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten, was zu einer Serviceverbesserung aus Sicht der Kunden führen soll. Am häufigsten wurden von den Kommunen die Prozesse im Bereich Bürgerservices verbessert, hier wird jedoch nach wie vor noch Handlungspotenzial gesehen. Auch bei Organisations- und IT-Services, Beschaffung und Immobilienverwaltung wird ein hohes Optimierungspotenzial vermutet.

Konkrete Zahlen

Eine wichtige Voraussetzung zur Prozessoptimierung, die Kenntnis der tatsächlichen Leistungserstellungskosten, ist nur bei 12 Prozent der befragten

Regeln für die eigene Sicherheit müsse ihnen auch klar sein, dass sie Blogs nicht missbrauchen dürfen, um andere zu verleugnen oder zu beleidigen.

Globale Maßnahme

Blogs sind auch auf internationaler Ebene das zentrale Thema am Safer Internet Day. Die EU-Initiative „klicksafe.de“ feiert deutschlandweit den Safer Internet Tag 2006 mit unterschiedlichen Akteuren, um das Thema „Sicherheit im Internet“ ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Erstmals findet ein so genannter „Blogathon“ (zusammengesetzt aus Blog + Marathon) als weltverbindende Maßnahme statt. Startend in Neuseeland reist der globale Blog zur Internetsicherheit durch die verschiedenen Zeitzone von Kontinent zu Kontinent.

Anregung zum Austausch

„Der Blogathon soll dazu beitragen, auf ethische, rechtliche und sicherheitsrelevante Aspekte beim Veröffentlichen in Blogs aufmerksam zu machen und Eltern, Lehrer und Jugendlichen dazu anzuregen, sich über ihre Gewohnheiten und Erfahrungen bei der Nutzung neuer Mediendienste auszutauschen“, informierte klicksafe-Sprecher Dr. Joachim Kind. Einträge

Verwaltungen gegeben. Fast ebenso viele (10 Prozent) geben an, keine oder fast keine Kenntnisse über die eigenen Prozesskosten zu besitzen, dieses Defizit aber zukünftig beheben zu wollen. Zur Erhebung dieser Daten setzen 58 Prozent Arbeitsgruppen und Task Forces ein, nur in 39 Prozent der Fälle werden Software-Tools zur Prozessdarstellung genutzt. Ein Viertel der Kommunen glaubt, auch ohne standardisierte Werkzeuge auszukommen. Prozesskostenrechnung findet in 22 Prozent Anwendung, weitere 30 Prozent der Kommunen planen zumindest die Einführung. Allerdings möchten 30 Prozent auch in Zukunft keine Prozesskostenrechnung einführen. Bei den Themen Zertifizierung, Prozesshandbuch und -landkarte liegt die Zahl der Kommunen, die sich mit diesen Fragestellungen noch nicht beschäftigt haben, sogar bei 37 Prozent.

Thema Outsourcing

Ähnlich uneinheitlich präsentieren sich auch die Zahlen zum Thema Outsourcing. Zwar haben insgesamt 87 Prozent der Kommunen bereits Outsourcing-Projekte umgesetzt und nur eine Minderheit von 3 Prozent ist dem Thema gegenüber negativ eingestellt. Aber: Die Handlungsfelder, auf die sich die Aktivitäten der Kommunen konzentrieren, sind sehr eingeschränkt. Immobilienreinigung, Abfallentsorgung und Wirtschafts- und Tourismusförderung sind die einzigen Felder, bei denen 50 Prozent der Kommunen oder mehr angaben, bereits Outsourcing-Projekte durchgeführt zu haben.

Preis ist nicht entscheidend

Selbst im Handlungsfeld Organisations- und IT-Services, der häufig mit dem Thema Outsourcing verbunden wird, haben lediglich 28 Prozent Outsourcing-Projekte umgesetzt. Wenn ein Outsourcing-Partner gewählt wird, zählen die Branchenexpertise, Projekterfahrung und Flexibilität am meisten. Der Preis der Leistung ist ebenfalls wichtig, aber nicht entscheidend.

Das Thema Outsourcing als Innovationstreiber wird nach Meinung der Studienautoren noch unterbewertet. Gerade in

zum Thema „Internetsicherheit“ werden an diesem Tag in Deutschland im Rahmen des Blogathon von Schülern der Goethe-Hauptschule in Koblenz, Jugendlichen des Jugendportals „netzcheckers.de“, Charles Fränkl (Geschäftsführer von AOL Deutschland) sowie Silvana Koch-Mehrin (Abgeordnete im Europäischen Parlament) ab 11:15 Uhr MEZ gebloggt. □

Wohngeld online

Steht mir Wohngeld zu oder nicht? Diese Frage klärt sich schnell an Hand einer Probeberechnung via Internet. Über die eGovernment-Anwendung eKOL-WG bieten Kommunen ihren Bürgern diesen Service bereits an. Das spart nicht nur dem Bürger Wartezeit und Wege sondern entlastet auch die Mitarbeiter der Wohngeldstelle von den zahlreich auftretenden Wohngeldanfragen.

Auf der KOMCOM in Hannover wird Telecomputer neben dem Schwerpunkt eGovernment selbstverständlich mit der gesamten IKOL-Produktpalette vertreten sein - vom Kfz-Zulassungswesen über Ordnungswidrigkeiten bis hin zur Archivierung. Näheres unter www.telecomputer.de □

den Haupthandlungsfeldern, in denen sowohl Leistungsausbau als auch Kostensenkung gleichermaßen betrieben werden sollen, könne die Zusammenarbeit mit einem Outsourcing-Partner der Schlüssel zum Erfolg sein.

E-Government

Bei allen Bestrebungen zur Verwaltungsmodernisierung spielt E-Government nach Angaben der befragten Kommunen eine große Rolle. Mit Hilfe von Verwaltungs- und Kommunikationstechniken sollen Verwaltungs- und Regierungsprozesse effizienter und effektiver gestaltet werden. Im Fokus sind dabei interne Prozesse (G2G) genauso wie die Beziehungen zur Wirtschaft (G2B) und zur Bevölkerung (G2C).

Ungeklärte Zuständigkeiten

Wer ist für die Umsetzung von E-Government-Strategien zuständig? Dieses Thema wird innerhalb der Kommunen sehr uneinheitlich gehandhabt. In 30 Prozent der Verwaltungen gibt es einen internen E-Government-Beauftragten, bei weiteren 37 Prozent hat der Dezernent für Organisation/IT die Verantwortung. Es zeigt sich aber auch, dass bei einem Viertel der Kommunen die Zuständigkeiten nicht explizit geklärt sind.

Service optimieren

Am weitesten verbreitet sind E-Government-Lösungen zur Zeit im Handlungsfeld Bürgerservices, denkbar sind solche Lösungen für die Kommunen aber in allen Bereichen. Das erklärte Ziel: Kostensenkungspotenziale auszuschöpfen sowie Qualität und Service zu optimieren.

Im Gegensatz zum Outsourcing wird E-Government auch als Instrument zur Entwicklung innovativer Verwaltungsprozesse gesehen, auch neue Einnahmequellen sollen durch E-Go-

vernment erschlossen werden.

Trotz der hohen Erwartungen, die mit dem Thema E-Government verknüpft werden, ermitteln 39 Prozent der Kommunen die Wirtschaftlichkeit ihrer Projekte nicht, weitere 48 Prozent verwenden zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit keine standardisierten Instrumente. Für alle Befragten steht fest, dass interkommunale Kooperationen im Bereich E-Government immer wichtiger werden. Besonders bei Querschnittfunktionalitäten gibt es bereits erfolgreiche Kooperationsmuster, bereits 46 Prozent der Kommunen kooperieren innerhalb ihrer E-Government-Vorhaben.

Potenziale nutzen

Kommunen haben eine klare Vorstellung davon, in welchen Handlungsfeldern sie Kosten optimieren und in welchen sie Qualität verbessern wollen - diese Linie gilt es nach Meinung der Autoren fortzuführen. Gleiches gilt für den Bereich Outsourcing, der verstärkt für innovative Projekte genutzt werden könnte. Auch klassische Handlungsfelder können auf ihr Outsourcing-Potenzial hin überprüft werden. Die Autoren der Studie nennen als Beispiel die Stadt München, die seit 1997 erfolgreich die Poststelle von der Deutschen Post betreiben lässt.

Die Richtung muss stimmen

Bei allen Projekten, ob Outsourcing oder E-Government gilt, dass der strategische Erfolgsbeitrag unter Berücksichtigung von quantitativen und qualitativen Faktoren gut geprüft sein muss - und zwar von qualifizierten Mitarbeitern mit einem geeigneten Instrumentarium. Wenn die strategische Richtung stimmt, können zukünftig in Kommunen noch größere Erfolge in Bezug auf Kostenreduzierung und Qualitätsverbesserung geschaffen werden. □

Initiative „Deutschland sicher im Netz“

Die Initiative „Deutschland sicher im Netz“ ist mit dem Bereithalten einer Internet-Beschwerdestelle um ein weiteres Handlungsversprechen ergänzt worden. Dies verkündete der Sprecher der Initiative, Joachim von Gottberg, im Rahmen eines Pressefrühstücks, das anlässlich des Safer Internet Day in Berlin stattfand.

Unter www.internet-beschwerdestelle.de haben Internetnutzer die Möglichkeit, schnell und unbürokratisch illegale und jugendgefährdende Angebote zu melden, auf die sie im Internet gestoßen sind. Auf diese Weise wird jedem Nutzer die Gelegenheit gegeben, selbst einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit im Internet zu leisten. Die Internet-Beschwerdestelle wird gemeinsam von den Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) und dem Verband der Deutschen Internetwirtschaft eco betrieben. Mit eco hat „Deutschland sicher im Netz“ somit auch einen neuen Partner gewinnen können.

Illegale Inhalte bekämpfen

„Die Initiative „Deutschland sicher im Netz“ ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie mit praktischem Nutzen für jedermann konkrete Maßnahmen durch die Wirtschaft ergriffen werden. Die Beschwerdestelle sorgt dafür, dass illegale Inhalte dort bekämpft werden, wo sie ins Netz gestellt werden und Täter überführt werden können. Schließlich stehen hinter vielen Inhalten reale Straftaten und Opfer!“, sagt Harald Summa, Geschäftsführer des eco.

www.internauten.de

Die FSM war neben dem Betreiben der Internet-Beschwerdestelle bereits an der Umsetzung eines weiteren Handlungsversprechens der Initiative beteiligt: Im Mai 2005 ging die medienpädagogische Kinderwebsite www.internauten.de online, die von der FSM in Kooperation mit dem Deutschen

Kinderhilfswerk und MSN Deutschland entwickelt wurde. Nachdem im Dezember vergangenen Jahres begleitend zur Website ein Medienkoffer mit Unterrichtsmaterialien für Grund- und weiterführende Schulen herausgegeben wurde, ist die Website nun um einen Community-Bereich erweitert worden. In der Internauten-Community haben Kinder die Möglichkeit, selbst zu Internauten zu werden, indem sie u. a. Quizfragen rund um das Thema „Sicher im Internet“ lösen, anderen Kindern ihre Lieblings-Websites vorstellen und in kniffligen Spielen Punkte sammeln. Die erfolgreichsten Internauten des Monats werden mit Preisen ausgezeichnet.

„Mission Blog“

Neben der Vorstellung der Community wurde anlässlich des zum Safer Internet Day stattfindenden Blogathon 2006 auch die neue „Mission Blog“ gelauncht, in der Kindern auf spielerische Art vermittelt wird, worauf sie bei der Gestaltung eigener Web-Logs sowohl zu ihrer eigenen Sicherheit als auch aus Rücksicht auf andere achten sollten. „Blogs bieten Kindern eine gute Möglichkeit, sich selbst darzustellen und sich anderen mitzuteilen. Häufig sind sich Kinder jedoch nicht ausreichend bewusst, dass sie in Blogs sehr persönliche Daten über sich und oft auch ihre Mitmenschen ganz öffentlich preisgeben“, erklärt Joachim von Gottberg. Daher sei es unerlässlich, Kinder darüber aufzuklären, welche ungeahnten Folgen unbedachte Äußerungen nach sich ziehen können. Neben der Beachtung einiger wichtiger

BITKOM:

BIT muss einheitliche IT-Standards in Behörden fördern

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) begrüßt die Einrichtung einer zentralen Bundesstelle für Informationstechnik (BIT), warnt aber davor, den Wettbewerb durch Eigenentwicklungen der öffentlichen Hand zu behindern.

Zum Jahresanfang 2006 hat das Bundesministerium des Innern (BMI) die IT-Bundesstelle im Bundesverwaltungsamt eingerichtet. Die BIT soll für Behörden des Bundes vor allem die im Rahmen der E-Government-Initiative „BundOnline 2005“ entwickelten IT-Systeme betreiben und weiterentwickeln. Die BIT soll die Standardisierung fördern sowie den Behörden herstellerunabhängige IT-Beratung anbieten. Ferner plant das BMI, die BIT mit Aufgaben der Software-Entwicklung zu beauftragen.

Aus Sicht der ITK-Wirtschaft ist eine Standardisierung des bestehenden Flickenteppichs von Anwendungen für die elektronische Verwaltung in der Bundesverwaltung dringend erforderlich. „Nicht jede Bundesbehörde muss jede Anwendung völlig neu entwickeln“, sagt BITKOM-Vizepräsident Jörg Menno Harms. Die Bundesstelle könne einen wichtigen Beitrag zur Vereinheitlichung der IT-Strukturen leisten, weil hier Kompetenzen gebündelt werden. Richtschnur für die Harmonisierung der IT-Infrastrukturen müssen aus Sicht der IT-Industrie internationale Standards und die bestehenden Vorarbeiten von Bundes- und Landesbehörden bilden. „Bund und Länder müssen endlich gemeinsame Standards entwickeln“, sagte Harms. „Elektronische Insellösungen kann sich Deutschland nicht leisten.“

Kritisch bewertet der BITKOM, dass die Bundesstelle auch eigenständig Software entwickeln soll und damit in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten kann. Harms: „Eigenentwicklungen der öffentlichen Hand sind fast immer teurer als der Einkauf von Produkten und Leistungen auf dem freien Markt.“

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt 1.300 Unternehmen, davon mehr als 700 Direktmitglieder mit etwa 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen insbesondere Geräte-Hersteller, Anbieter von Software, IT-Services, Telekommunikationsdiensten und Content. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein. □

Müllheizkraftwerk Bamberg:

Kesselerneuerung im Visier

Vertragsunterzeichnung im Landratsamt - In den Jahren 2007 bis 2009 soll jeweils eine Kesselanlage ersetzt werden

„Was gut gehen soll, muss zu seiner Zeit geändert werden“: Unter dieses Motto stellte Landrat Dr. Günther Denzler die Unterzeichnung des Vertrages über die Erneuerung aller drei Kessel des Müllheizkraftwerkes Bamberg. Als derzeitiger Vorsitzender des Zweckverbandes Müllheizkraftwerk schloss er im Landratsamt den Vertrag mit den Geschäftsführern Franz Josef Mengede und Andreas Kronenberg von der Firma Von Roll aus Zürich. In den Jahren 2007 bis 2009 soll nun jeweils eine Kesselanlage ersetzt werden.

Nach einer europaweiten Ausschreibung, die in einen Teilnehmer-Wettbewerb und ein Verhandlungsverfahren gegliedert war, hat der Zweckverband die Firma Von Roll aus Zürich ausgewählt, das Projekt Kesselerneuerung bauseitig und technisch zu verwirklichen. Das Unternehmen hat in den letzten Jahren deutschlandweit mehrere Müllheizkraftwerke neu errichtet und kann auf Erfahrung bei der technisch besonders anspruchsvollen Leistung des Umbaus im Bestand während des laufenden Betriebs verweisen.

Im März 2007 wird dann die erste Kessellinie demontiert und neu installiert werden. Für die Bauarbeiten sind jeweils die Monate März bis September vorgesehen, weil dann nicht soviel Fernwärme gebraucht wird wie in den Wintermonaten und der Ausfall eines Kessels in dieser Hin-

sicht keine Schwierigkeiten bereitet. Allerdings hat das Kraftwerk dann auch ein Drittel weniger Verbrennungskapazität.

Natürlich hat der Zweckverband hier Vorsorge getroffen: Durch Verträge mit den Müllverbrennungsanlagen in Coburg und Schwandorf ist sichergestellt, dass alle Abfälle einen Abnehmer finden. Immerhin werden in Bamberg nicht nur die „Abfälle zur Beseitigung“ aus den Haushalten und Gewerbebetrieben der Stadt und des Landkreises Bamberg, sondern auch der Landkreise Forchheim und Wunsiedel sowie die Hälfte des Mülls aus Stadt und Landkreis Erlangen verbrannt.

Für den Zweckverband hält mit dem Neubau der Fortschritt in der Kesseltechnik Einzug. Durch verbesserte Betriebsbedingungen wird ein Schritt in eine höhere Energienutzung möglich. Die un-

gleich längeren Laufzeiten zwischen den geplanten Wartungen bedeuten einen Zuwachs an Entsorgungssicherheit. Ersparte Reparatur- und Wartungskosten wirken sich günstig auf die Betriebskosten aus. Zu diesen Vorteilen kommt der aktualisierte Anlagenbestand, der eine hoffentlich lange Nutzung der neuen Kessel zulässt.

Bei der Vertragsunterzeichnung zugegen waren OB Herbert Lauer, der Geschäftsführer des Müllheizkraftwerkes, Heinrich Hirschinger, Projektleiter Martin Surber (Fa. Von Roll), sowie

Hanns-Arno Riemann und Horst Ledebur vom Ingenieurbüro RSP, Herne. Das Ingenieurbüro hat die Ausschreibung und die vorangegangene Ingenieur- und Genehmigungsplanung erstellt; es wird das Bauprojekt weiter begleiten.

Am 27. Juli 1976 wurde auf dem Gelände in der Rheinstraße der Grundstein für das Müllheizkraftwerk Bamberg gelegt. Am 28. Dezember 1977 hat der Probetrieb der Kessellinien 1 und 2 begonnen; im November 1981 wurde die Linie 3 in Betrieb genommen. 3,125 Mio. Tonnen an Abfällen wurden seither verbrannt. Aufgrund dieser langen Betriebsdauer zeigen sich Abnutzungserscheinungen: Statt wie früher alle zwölf Wochen muss inzwischen alle acht Wochen gewartet werden, die Reparaturen dauern länger und werden spürbar teurer. □



Vertragsunterzeichnung mit Bambergs OB Herbert Lauer (sitzend links) und Landrat Dr. Günther Denzler (daneben). □

50 Jahre Naturparke

Staatsregierung betont Bedeutung für regionale Wirtschaft

Seit einem halben Jahrhundert zählen Bayerns Naturparke zu den Kerngebieten des Naturschutzes. Sie bewahren und entwickeln Natur und Landschaft mit den Menschen und für die Menschen. Dies betonte Bayerns Umwelt-Staatssekretär Otmар Bernhard bei der bayerischen Auftaktveranstaltung zum Jahr der Naturparke im Kloster Plankstetten.

Nach den Worten des Staatssekretärs streben Naturparke eine Balance zwischen intakter Natur, wirtschaftlichem Wohlergehen und guter Lebensqualität an. Deshalb hat der Freistaat seit Beginn der Naturpark-Förderung im Jahr 1967 insgesamt über 68,3 Mio. Euro ausbezahlt. In den letzten beiden Jahren standen aus dem Landschaftspflege- und Naturparkprogramm jeweils rund 8 Mio. Euro zur Verfügung.

Wichtige Impulse

Von den 16 bayerischen Naturparken gehen nach Bernhards Darstellung wichtige Impulse für regionale Wirtschaftskreisläufe aus. Erfolgreiche regionale Markenprodukte, wie das Altmühltaler Lamm, Bayerwald-Premium oder Frankenwald-Holz entstanden aus den Naturparks. Die Fortführung traditioneller Nutzungsformen wie der Wanderschafbeweidung im Altmühltal eröffnet neue Einkommensquellen, schafft Markenprodukte wie das „Altmühltaler Lamm“ und hilft mit, die reizvolle Landschaft zu erhalten. „Ökologisch produzierte Lebensmittel aus der Region haben Zukunft“, so Bernhard.

Naturparke seien Vorbildlandschaften für die Entwicklung ländlicher Regionen insgesamt und böten die Chance, auf knapp 30 Prozent der Fläche Bayerns nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Zudem seien die bayerischen Naturparke wie das Alt-

mühltal, der Bayerische Wald oder der Frankenwald für die Menschen weit über Bayerns Grenzen hinaus zu Magneten für einen sanften Tourismus geworden. „Das schafft Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen und bietet jungen Menschen Arbeitsperspektiven vor Ort“, sagte Bernhard. Diese großen Potentiale gelte es gemeinsam zu bewahren und auszubauen.

Motto: „Natürlich Naturparke“

Im Jahr der Naturparke 2006 stehen die Schutzgebiete unter dem Motto „Natürlich Naturparke“ im Mittelpunkt. Bundespräsident Horst Köhler hat die Schirmherrschaft übernommen. In Bayern gibt es 16 Naturparke mit einer Gesamtfläche von 2,064 Mio. Hektar, nämlich den Naturpark Altmühltal (290 800 ha), Augsburg - Westliche Wälder (117 500 ha), Bayerische Rhön (124 000 ha), Bayerischer Spessart (171 000 ha), Bayerischer Wald (206 800 ha), Bergstraße-Odenwald (39 950 ha), Fichtelgebirge (102 800 ha), Frankenhöhe (110 450 ha), Frankenwald (97 100 ha), Fränkische Schweiz - Veldensteiner Forst (234 600 ha), Haßberge (80 400 ha), Nördlicher Oberpfälzer Wald (91 380 ha), Oberer Bayerischer Wald (173 800 ha), Oberpfälzer Wald (72 385 ha), Steigerwald (128 000 ha) und Steinwald (3 330 ha). **dhg.**

Landkreis Freyung-Grafenau:

„Farbe zum Naturpark bekennen“

Jede Menge Gesprächsbedarf bei Sitzung des Kommunalen Nationalparkausschusses

Auf seiner jüngsten Sitzung diskutierte der Kommunale Nationalpark-Ausschuss im Landkreis Freyung-Grafenau über die Ausweisung und Erweiterung der Naturzonen. Vorsitzender und Landrat Alexander Muthmann forderte dabei alle elf Anrainer-Gemeinden auf, „endlich ohne Wenn und Aber Farbe zum Naturpark zu bekennen“.

Damit zielte Muthmann besonders auf die Haltung der Gemeinde Lindberg ab, die gegen eine Ausweisung bestehender Naturzonen ist. Bürgermeisterin Gerti Menigat bekräftigte ihrerseits diese Haltung mit Nachdruck.

Zunächst stellte Nationalparkchef Karl Friedrich Sinner die Hochlageninventur 2005 vor. Demnach sei die Pflanzenverjüngung um über 70 Prozent nachzuweisen, auch die natürliche Waldentwicklung übertreffe alle Erwartungen. Als er zum Thema „Petitionen im Zusammenhang mit Naturzonenerweiterungen“ überleitete, begann die hitzige Diskussion im Nationalparkausschuss.

Neue Veto-Regelung

Mit ein Hauptauslöser war das vom Umweltausschuss des Bayerischen Landtags den elf Anrainergemeinden eingeräumte Vetorecht gegen die Ausweisung neuer Schutzzone. Die Nationalparkverwaltung kann Naturzonen nur ausweisen bzw. erweitern, wenn die Kommunen einstimmig dafür sind. Bislang traf der Kommunale Nationalparkausschuss mit einer Zweidrittelmehrheit seine Beschlüsse. Die Entscheidung des Umweltausschusses überträgt den Kommunen damit nunmehr eine große Verantwortung.

Vorsitzender Landrat Alexander Muthmann sah durch diese neue Veto-Regelung „Spannungen und Schwierigkeiten, wenn es um die gesamte Entwicklung des Nationalparks geht, vorprogrammiert“. Er gab zu bedenken, dass es um die Qualität des Nationalparks gehe und 75 Prozent davon von Eingriffen frei bleiben müssten. „Wir müssen uns auch unbedingt die internationale Anerkennung er-

halten“, betonte der Landrat. Die neue Veto-Regelung stehe dem aber im Weg, dies habe er bereits Umweltstaatsminister Werner Schnappauf als auch dem Vorsitzenden des Umweltausschusses, Henning Kaul, schriftlich mitgeteilt.

Bürgermeisterin Gerti Menigat von der Gemeinde Lindberg betonte, dass ihre Gemeinde nicht auf eine „totale Blockade“ aus sei. Zu ihrer Ansicht, die bestehenden Naturzonen nicht zu erweitern, stehe sie aber nach wie vor. Regens Landrat Heinz Wölfl versuchte die Wogen etwas zu glätten und stellte heraus, dass nun ein neuer, gesunder Wald heranwache. „Das kann keiner, der sich von dieser Entwicklung mit offenen Augen davon überzeugen will, bestreiten“, so Wölfl. Der Landrat zeigte Verständnis für die Sorge seines Kollegen Muthmann und unterstrich, dass die Frage „Wie entwickelt sich der Nationalpark in die Zukunft?“ berechtigt sei und ein gemeinsames Anliegen sein müsse.

Auf die erheblichen Investitionen des Freistaates in den Nationalpark verwies Josef Wanninger von der Nationalparkverwaltung. Dabei sprach er unter anderem das „Haus der Wildnis“ oder das „Glasmuseum Frauenau“ an. „Die Nagelprobe wird deshalb für uns alle sicher kommen.“

Bürgermeister Josef Meininger von St. Oswald-Riedlhütte unterstützte die Position von Muthmann, indem er ganz allgemein fragte: „Wollen wir den Nationalpark oder wollen wir ihn nicht?“. Landrat Muthmann bat abschließend um konkrete und besonders fachliche Vorschläge, wie man die Problematik Naturzonen doch noch lösen könne. **DK**

Auf der Suche nach tickenden Zeitbomben

Staat hilft Gemeinden bei Sanierung alter Hausmülldeponien

Die finanzielle Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden bei Erkundung und Sanierung ehemaliger Hausmülldeponien ist das Ziel eines Gesetzentwurfes der Staatsregierung, der dem Landtag jetzt vorliegt. Vorgesehen ist ein Unterstützungsfonds, in den der Staat und die Gemeinden jährlich fünf Millionen Euro einbringen, vorerst auf fünf Jahre befristet, zusammen also 50 Mio. Euro. Das Gesetz begründet keine kostenwirksamen Aufgaben für die Kommunen, also auch keine Ausgleichsfordernungen nach dem Konnexitätsprinzip.

In diesem Sinne unterrichtete Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die gemeinsam tagenden Landtagsausschüsse für Umwelt und Kommunales. Es sei ein intelligentes Modell, das die jährlich 5 Mio. Euro aus den Zinsen des 1996 errichteten Fonds von 51 Mio. Euro nimmt, also den Haushalt nicht weiter belastet. Damit werde den Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Rechtspflichten geholfen.

Schnappauf sieht dies als Einstiegsmodell, das fünf Jahre erprobt wird. Naturgemäß könnten die in vielen Jahren aufgelaufenen Altlasten in diesem Zeitraum nicht gänzlich beseitigt werden. Bekannt sind derzeit rund 1600 Deponien mit berechtigtem Regelungsbedarf im Hinblick auf Gefährdung von Boden und Grundwasser. Der Gesetzentwurf sei im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden, insbesondere dem Gemeindetag, entstanden, betonte der Minister.

Henning Kaul (CSU), der Vorsitzende des Umweltausschusses

verwies darauf, dass die drei beteiligten Spitzenverbände vor der für Ende März geplanten Verabschiedung des Gesetzes nochmals gehört werden. Ruth Paulig (Grüne), die stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses, stimmte dem Fünf-Jahres-Modell grundsätzlich zu, verwies aber auf die fundamentalen Probleme der Gemeinden bei der Altlastenbeseitigung. Zu sanieren seien über 16.000 Deponien. SPD-Umweltexperte Ludwig Wörner sah Streit bei diesem Popanz vorprogrammiert. Er hielt es für sinnvoller, einen neuen Fonds zu gründen und verwies auf das Modell Österreich.

Christian Meißner (CSU) bewertete das Gesetz demgegenüber als kreativ und positiv, zumal die Spitzenverbände zugestimmt hätten. Helga Weinberger (CSU) sprach aus ihrer Erfahrung als Bürgermeisterin von Schöfweg/Ndb. von tickenden Zeitbomben. Die Finanzkraft der Gemeinden werde voll berücksichtigt. **rm**

Ideen muss man haben. Oder sich holen.

„Wo?“ werden Sie jetzt fragen. Auf der INTERNATIONALEN HANDWERKSMESSE natürlich! Hier finden Sie die ganze Welt des Handwerks für PROFI und PRIVAT. Kunsthandwerk, Schmuck, Design, Gartengestaltung einerseits, aber auch Maschinen, Werkzeug, Büro und Fuhrpark andererseits. Für jeden ist etwas dabei! Freuen Sie sich auf die INTERNATIONALE HANDWERKSMESSE. **Wir freuen uns auf Sie.**

Mit Garten München vom 16.–22. März 2006



Info-Hotline:

Telefon +49 (089) 9 49 55-338
Telefax +49 (089) 9 49 55-339

16.–22. März 2006
Neue Messe München



**INTERNATIONALE
HANDWERKSMESSE**

Neue Öffnungszeiten:

täglich 10.00 bis 18.00 Uhr
Freitag und Samstag 10.00 bis 20.00 Uhr
www.ihm.de



Vertragsunterzeichnung: Landrat Herbert Mirbeth (4.v.r.) mit den Bürgermeistern bei der Unterzeichnung der Vereinssatzung. Foto: Bauer

Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit:

Gemeindliche Jugendarbeit auf gemeinsamen Schultern

Ein wichtiger Tag für die Jugendarbeit und das Projekt „Interkommunale Zusammenarbeit“ im Landkreis Regensburg: Acht Bürgermeister und Landrat Herbert Mirbeth unterzeichneten vor einigen Tagen im Landratsamt die Gründungsurkunde für den Verein „Jugendarbeit im Landkreis Regensburg“.

Die Unterschriften der Bürgermeister Franz Lindinger (Brennberg), Willi Scheck (Mintraching), Josef Heuschneider (Pfatter), Otto Gascher (Schierling), Franz Xaver Wiesner (Sinzg) - der neben Landrat Herbert Mirbeth das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden übernommen hat - Karl Hofer (Tegernheim), Hans Rösch (Wiesent) und Anton Rothfischer (Wörth), besiegelten einen langen Weg von der Idee bis zur Verwirklichung.

Gemeinsame Jugendpfleger

Die Idee: Präventive Jugendarbeit ist in einer veränderten Gesellschaft zwischenzeitlich auch in ländlichen Gemeinden notwendig und sinnvoll, weshalb eine Reihe von Gemeinden des Landkreises inzwischen haupt-

amtliche Jugendpfleger angestellt haben. Das kostet und bindet Haushaltsmittel, die derzeit knapp sind. In Zeiten schmaler Haushaltsbudgets muss dieser Personalaufwand aber nicht zwangsläufig zu einem Verzicht auf diese kommunale Begleitung in der Jugendhilfe bedeuten. Dann nämlich nicht, wenn sich mehrere Gemeinden gemeinsam derartige Fachkräfte teilen. Damit ist die Idee bei der Verwirklichung angelangt. Landrat Herbert Mirbeth hat schon vor über zwei Jahren das Projekt „Interkommunale Zusammenarbeit“ in Gang gesetzt, das nun nach und nach Früchte trägt.

Eine dieser Früchte ist nun der Verein, der für die acht erwähnten Gemeinden zwei Jugendpfleger anstellen wird und dann auch vom Landratsamt aus den Einsatz dieser Kräfte in den Gemeinden nach der jeweiligen Anweisung der Bürgermeister koordiniert. Landrat Mirbeth dankte im Rahmen der Unterzeichnung der Gründungsurkunde daher besonders den einzelnen Bürgermeistern, welche durch ihre Bereitschaft mit Weitsicht und finanzieller Verantwortung das Projekt in den jeweiligen Gemeinderäten vertreten und unterstützten.

Aufgabe des Vereins ist es, in den Gemeinden Jugendarbeit aufzubauen bzw. fortzuentwickeln. Dies kann erfolgen in der Unterstützung bei der Konzepterstellung für einen Jugendtreff, im Aufbau von Kontakten

zu einzelnen Jugendlichen oder zu Jugendcliquen, in der Förderung der Kommunikation zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, im Erstellen von Präventionsangeboten zu jugendrelevanten Themen wie Drogen, Gewalt, Sexualität bis hin zur Einzelfallhilfe.

Finanziert wird diese Jugendarbeit durch die beteiligten Gemeinden. Die Geschäftsführung und fachliche Betreuung liegt beim Kreisjugendamt des Landkreises, das, unter der Leitung des Kreisjugendamtsleiters Karl Mooser und des Kreisjugendpflegers Reinhold Stubenrauch, das Konzept für diese Art der Jugendarbeit ausgearbeitet hat. Die Vereinsgründung mit der Ausarbeitung der Satzung und der Finanzierungsregelung wurde vom Leiter des Projektes Interkommunale Zusammenarbeit, Klaus Zeiser, vorbereitet. **Markus Bauer**



Fritz Rach, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, Gerda Kloske-Schindlbeck und Edeltraud Nuhn, Pressesprecherin des Bezirks (v. l.)

Bezirk Niederbayern tritt im Internet barrierefrei auf

Viele denken im Zusammenhang mit behinderten Menschen und dem Begriff „barrierefrei“ spontan eher an einen rollstuhlgerechten Eingang als an das Internet. Dass auch ein im Internet stehendes Bild, eine animierte Grafik beispielsweise für einen blinden oder sehbehinderten Menschen eine „Barriere“ darstellt, wissen wohl die wenigsten.

Für „normal“ Sehende optisch nicht zu erkennen, ist die Homepage des Bezirks Niederbayern nun für sehbehinderte und blinde Internetnutzer optimiert worden.

Den somit barrierefreien Web-Auftritt bestätigte dem Bezirk auch Werner Krauß aus Metten, Hilfsmittelreferent im Auftrag des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes sowie stellvertretender Vorsitzender des gemeinsamen Fachauschusses für Informations- und Telekommunikationssysteme im Auftrag des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes. Krauß, seit 1964 selbst voll-

blind, fungiert außerdem als Fachberater und Trainer für Informationssysteme und Telekommunikationssysteme für Blinde und stark Sehbehinderte. Er wurde dem Bezirk von Gerda Kloske-Schindlbeck, die ebenfalls blind ist und sich im Deutschen Komitee zur Verhütung von Blindheit engagiert, als kompetenter Ansprechpartner empfohlen.

Ein Besuch von Webdesigner Fritz Rach und der Schwester des Bezirks, Christine Knott, bei Werner Krauß an dessen speziell ausgestatteten PC-Arbeitsplatz, brachte nicht nur Aufschluss über die er-

forderlichen Änderungen im Hinblick auf den barrierefreien Auftritt der Bezirkshomepage; es zeigte sich auch, dass die Umgestaltung weit weniger aufwändig sein würde als angenommen.

Ansprüche

Behinderte haben Rechtsansprüche auf Barrierefreiheit in möglichst vielen Lebensbereichen.

Die seit 1998 bestehende Internetseite des Bezirks ging nach grundlegender Überarbeitung 2002 im neuen Layout online. Schon damals war die künftige Barrierefreiheit der Internetseiten in Betracht gezogen worden.

Dabei deckten sich die Anforderungen an einen barrierefreien Web-Auftritt bei der Neugestaltung in wesentlichen Bereichen mit den Vorstellungen der Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit



Die Braillezeile macht den Computer für Sehbehinderte barrierefrei.

wichtiger Punkt: Da das Redaktionssystem viele Vorgänge „automatisiert“, ist eine zusätzliche Pflege der „barrierefreien Homepage“ nicht erforderlich.

Nun ist auch ein „ALT(Alternativ)-Text“ bei den für blinde Menschen im Internet nicht „les-

Unterschleißheim pflegt Kontakt mit Südostasien

Tagung des GMA-Arbeitskreises Standortmarketing / Wirtschaftsförderung

Unterschleißheim. Der Arbeitskreis „Standortmarketing Wirtschaftsförderung von Greater Munich Area“ veranstaltete in Unterschleißheim eine Tagung zum Thema „Auslandsaktivitäten der Wirtschaftsförderer - Urlaub oder Pflichtprogramm?“. Anwesend waren Vertreter aus Kommunen, Wirtschaft, Unternehmen und der IHK für München und Oberbayern. Um es vorweg zu nehmen, das Wort „Urlaub“ wurde gestrichen, infolge der Bemühungen, vor allem im südostasiatischen Raum Fuß zu fassen und wirtschaftliche Verbindungen aufzunehmen.

Unterschleißheims Bürgermeister Rolf Zeitler sagte in seiner Begrüßungsrede, es gelte für die Kommunen die Kirchturnpolitik zu verlassen und den Fragen der Zukunft nicht auszuweichen, sondern sich den Herausforderungen der Globalisierung, der neuen Technologien sowie den sich abzeichnenden Veränderungen in der Region zu stellen. Denn die Globalisierung setze nicht nur die mittelständischen Betriebe und die weltweit agierenden Unternehmen, sondern auch die Kommunen einem bisher noch nie da gewesenem Wettbewerb aus.

Pflichtprogramm

Mit ihren rund 600 Unternehmen und circa 13.000 Beschäftigten gehöre die Stadt Unterschleißheim mit zu den Top-Standorten im Norden des Landkreises München. Bei der Vermarktung des Wirtschaftsstandorts Unterschleißheim gehe es um die Neuansiedlung ausländischer Unternehmen und die Kontaktaufnahme zu Auslandsvertretungen. Auslandsaktivitäten seien ein Pflichtprogramm. Praktiziert werde das durch Delegationsreisen nach Moskau, Zelenograd und die Präsenz

Moskauer Firmen bei regionalen Messen sowie die wirtschaftliche Verbindung mit der chinesischen Stadt Jinkua, 250 Kilometer südlich von Shanghai. Um die Jahresmitte werde in Unterschleißheim ein chinesisches Kontaktbüro aufgemacht wozu man Gäste aus Jinkua erwarte.

Erschließung neuer Märkte

Der Vertreter des bayerischen Wirtschaftsministeriums, Markus Wittmann, bejahte die Frage, ob Auslandskontakte bayerischer Firmen sinnvoll sind. Ziel entsprechender Initiativen sei es, Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte zu helfen und zwar durch Informationsveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, durch Kooperationsbörsen im In- und Ausland, Markterschließungspakete sowie Hilfestellung bei internationalen Aktivitäten durch „Go International“.

Multiplikator-Effekt

Manfred Gössl von der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern betonte, es gelte vor allem, im vorhandenen Netzwerk für Auslandskontakte mitzuspielen. Von der IHK würden pro Jahr 75 Auslandsprojekte abgewickelt, dabei spiele der Multiplikator-Effekt eine große Rolle. Wichtig seien regelmäßige Kontakte zur Volksrepublik China.

Der Vertreter der Augsburg AG, einer hundertprozentigen

Tochter der Stadt Augsburg, Gerhard Leypoldt sagte, seine Gesellschaft unterhalte ein Fördernetzwerk mit 300 Unternehmen. Dabei gehe es um die Schwerpunkte Umwelttechnik, Maschinenbau, Elektronik und den Wasserbereich. Als drittgrößter Messestandort in Bayern gelte es die Augsburger Messe auszubauen, zumal die Kostenstruktur günstiger als in München sei. Als Zielmärkte gelten vor allem China und Südostasien, mit Thailand bestehe bereits ein Partnerschaftsvertrag. Auch bestünden Kontakte zum persischen Golf, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Emiraten würden weiter aktiviert. 2006 würde dort ein Auslandsbüro eröffnet. Nicht zu vergessen sei das Nachbarland Österreich, mit dem in den letzten sechs Jahren die meisten Abschlüsse erreicht worden seien.

40 Mitarbeiter im Auslandsgeschäft

Felix Krause von der Sparkasse München berichtete, dass in seinem Institut 40 Mitarbeiter im Auslandsgeschäft tätig sind. Das von den deutschen Großsparkassen aufgebaute Netzwerk Country Desk stehe durch die Kooperationsvereinbarung mit der BayernLB nun auch allen bayerischen Sparkassen und ihren Kunden zur Verfügung. Das Leistungsangebot umfasse unter anderem direkte Kontoeröffnung im Ausland, Kundenbegleitung durch ausländische Partner, Terminvereinbarungen, Klärung von Finanzierungsfragen oder Immobilienfinanzierungen und Vermittlungen durch deutschsprechende Partner. Auch Verbindungen zu anderen Banken würden ermöglicht. **E. Scholl**

baren“ Bildern hinterlegt, der eine entsprechende Textinformation enthält. Erfreulichster Aspekt angesichts der seit Jahren andauernden prekären Finanzlage des Bezirks Niederbayern: Die Umsetzung der Barrierefreiheit auf der Bezirkshomepage konnte ohne zusätzliche Kosten realisiert werden; für ein Spezialprogramm zur Umgestaltung der bestehenden Internetseiten wären etwa 8.000 - 20.000 Euro angefallen.

Beindruckter Präsident

Durch die Einbindung einer blinden Bezirksbürgerin als User und eines blinden Fachmannes wird es künftig für Sehbehinderte kein Problem mehr sein, sich auf den Seiten des Bezirks Niederbayern - eine entsprechende, blindengerechte Ausstattung vorausgesetzt - zurechtzufinden.

Um ein Bild von der Barrierefreiheit zu bekommen, besuchte Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein Gerda Kloske-Schindlbeck zu Hause. In Begleitung der Verantwortlichen des Projektes verfolgte er interessiert, wie sie an ihrem EDV-Arbeitsplatz u. a. mit Hilfe der Braille-Zeile im Internet surfte. Hölzlein zeigte sich sehr beeindruckt und lobte dieses praktische Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Bezirks-Mitarbeitern und Menschen mit Behinderung als vorbildlichen Beitrag zur Gleichstellung behinderter Menschen.

Angesichts von bayernweit rund 18.000 Blinden und 55.000 stark Sehbehinderten brachte Hölzlein seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sich durch die Verbesserungen auf dem IT-Sektor neue Perspektiven für diesen Personenkreis entwickeln. - en -

Hannes Burger - 22 Jahre Salvatorreden

17. März 2006, 17.15 Uhr

Fast ein Vierteljahrhundert hat der Autor und Redakteur Hannes Burger die Redetexte für das „Politiker-Derbleckn“ auf dem Münchner Nockherberg geschrieben. Walter Sedlmayr, Max Grießer, Erich Hallhuber und Gert Fischer - Sie alle trugen Texte aus der Feder von Hannes Burger vor. Wobei die große Kunst immer die war, dass keiner der im Saal anwesenden Politiker merken durfte, dass es sich um von einem Autor vorformulierte Pointen und Anekdoten handelte. Vielmehr sollte alles so wirken, als ob es dem jeweiligen Bruder Barnabas spontan eingefallen wäre.

Im Film erzählt Hannes Burger von der damaligen Zeit. Von seiner ersten Salvatorrede im Jahr 1982, bei der es gleich zu einem Eklat rund um den SPD-Politiker Helmut Rothmund kam. Von seiner jahrelangen Hassliebe zum nicht immer ganz einfachen Walter Sedlmayr, die dann letztlich doch in eine Freundschaft über den Tod hinaus mündete. Und davon, wie man es schafft, einen Franz-Josef Strauß so zu derblecken, dass es die anderen lustig finden, und Strauß selber trotzdem nicht beleidigt ist.

Nicht zuletzt versucht der Film die Frage zu beantworten, was die Salvatorreden von einem ganz normalen Kabarett unterscheiden. Und warum die „Derbleckten“ trotz mancher „Kampfwunden“ jedes nächste Jahr wieder gern zurückgekommen sind. □

GZ Kommentar Dr. Georg Simnacher

Auf ihren Kreuther Klausurtagungen hat sich die CSU zu ihrem Profil als soziales Gewissen bekannt. Ein erfreuliches Bekenntnis und ein herausragendes Zukunftsziel! Das wieder entdeckte soziale Gewissen fällt in eine Gegenwart, die eine grundlegende Reform des Sozialstaates aufgrund der demographischen Entwicklung und anderer Ursachen als entscheidendes Thema lösen muss. Der Inhalt des Sozialstaates wird zwar im Wesentlichen vom Bund bestimmt. Den eigenen bayerischen Anspruch, unter anderem Sozialstaat zu sein (Art. 3 BV), erfüllen das Land Bayern und seine drei kommunalen Ebenen als Gemeinschaftsaufgabe für die Bürger. Eine nicht unerhebliche Gefährdung des bayerischen Sozialstaates ist durch die

Das wieder entdeckte soziale Gewissen

Übertragung von immer mehr sozialen Aufgaben - vor allem aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben - auf Bezirke, Kreise und Gemeinden zu befürchten, wenn nicht gleichzeitig ausreichend finanzielle Mittel erschlossen werden können. Meist sind die Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger das Einfallstor für neue kommunale Umlagebelastungen, überwiegend durch die human durchaus zu begrüßende Behindertenhilfe. Die Bayerische Verfassung verbietet aber durch die neue Bestimmung des Art. 118 a die Benachteiligung Behindertener, die damit ein eigenes Grundrecht erhalten haben. Nach dieser Bestimmung hat der Staat gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen.

Bei der Verwirklichung des neuen bayerischen sozialen Gewissens muss der bayerische Staat auch seine Instrumentarien für einen gelebten und zugleich lebendigen Sozialstaat stärken. Das gilt auch für den Fragenkreis der kommunalen Aufgabenverteilung der Hilfen für Behinderte,



psychisch Kranke und Pflegebedürftige, wobei neben der horizontalen Zuständigkeitsverteilung zwischen Bezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten das vertikale Erfahrungsprinzip, nämlich alle Hilfen, die stationären und ambulanten, aus Effizienzgründen aus einer Hand zu gewähren, gelten muss.

Die Bezirke in Bayern mit ihrer langen Tradition sind ein unverzichtbarer Partner von besonderer Qualität bei Bayerns Bemühungen um das soziale Bayern, wie der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber vor dem Verband der bayerischen Bezirke am 2. Juli 1998 in Günzburg ausgeführt hat. Die Bezirke hätten sich gerade in der Behindertenpolitik Kompetenzen erworben, die man nicht mehr wegdenken könne. Sie seien zu einem Kreativzentrum in sozialen Fragen geworden. Diese bedeutsame Aussage unseres Ministerpräsidenten gilt heute mehr denn je.

Auch wenn manche heutigen Aufgaben der Bezirke nach dem Prinzip der Subsidiarität nach unten verlagerungsfähig sind, darf die neueste Warnung der Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg nicht überhört werden. In unserem Nachbarland hat man jüngst die Eingliederungs- und Pflegehilfe für Behinderte und Pflegebedürftige auf die Land- und Stadtkreise übertragen, wobei es zu völlig unterschiedlichen Standards gekommen ist, was in Einrichtungen, in denen Behinderte aus verschiedenen Kreisen leben, zu Unfrieden und zu hohem bürokratischen Aufwand führt. Die baden-württembergischen Wohlfahrtsverbände fordern deshalb die Einheit der Lebensverhältnisse für die Behinderten ein. Aus diesen Erfahrungen im Nachbarland kann man für anstehende Zuständigkeitsverlagerungen zwischen örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern nur rechtzeitig für Bayern die Forderung erheben, die Behinderten dürfen nicht das Reformopfer werden.

Dr. Georg Simnacher
Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Festveranstaltung der Stadt Dillingen:

Kommunen und Gesellschaft profitieren durch das Ehrenamt

Kränzle: Freiwilliger Einsatz unverzichtbar / Oberbürgermeister Weigl würdigt Schloss-Renovierung und Belebung der Städtepartnerschaften

Dillingen (jdt). Die besondere Bedeutung des Ehrenamtes in Kommune, Staat und Gesellschaft hob bei der Festveranstaltung der Stadt Dillingen zum Beginn des Jahres 2006 der Augsburger Landtagsabgeordnete Bernd Kränzle hervor. Vor zahlreichen Ehrengästen würdigte der Staatssekretär a.D. und Vizepräsident des rund 640.000 Mitglieder zählenden Bayerischen Landessportverbandes den unverzichtbaren Beitrag engagierter Mitbürgerinnen und Mitbürger gerade in finanziell schwieriger werdenden Zeiten.

Der Dillinger Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl betonte in seiner Ansprache im Stadtsaal u. a. wie bedeutungsvoll für die einstige zweite Residenz der Bischöfe von Augsburg die seit Jahren laufende Rettung des früheren Fürstbischöflichen Schlosses vor dem teilweisen Ruin sei. Positiv registrierte Weigl die vom Staat mit 1,4 Millionen Euro geförderte Renovierung des

ältesten Dillinger Gebäudes, des Angerer-Hauses neben dem Rathaus. Es wird für die Erweiterung des Stadt- und Hochstiftmuseums genutzt werden.

„Gold“ für Stadtrat Boehm

Erfreut zeigte sich Weigl über die „neue Bewegung“ der Dillinger Städtepartnerschaften mit Naas (Irland), Bondeno (Italien)

und Brand-Erbisdorf (Sachsen). Aufmerksam gemacht wurde auf das im Herbst bevorstehende 325. Jubiläum der Dillinger Garnison, die zu den ältesten in Bayern gehört.

Zwei Frauen und sechs Männer wurden für besondere Verdienste im Ehrenamt ausgezeichnet. Die „Goldene Bürgermedaille“ wurde dem neben 2. Bürgermeister Anton Stehle dienstältesten Dillinger Stadtrat Stephan Boehm überreicht. Er gehört dem Stadtparlament seit 1. Mai 1978 an.

Zum ungewöhnlich vielseitigen Engagement von Boehm zählen verantwortliche Aktivitäten im Sport, im DGB, bei der SPD, im Kulturring, als ehrenamtlicher Schöffe beim Landgericht Augsburg, 16 Jahre als Landesarbeitsrichter am Landesarbeitsgericht München und u. a. als Betriebsratsvorsitzender der Firma Röhm Tool GmbH.

Mit dem „Bürgerbrief“ geehrt wurden Dekan Geistlicher Rat Paul, seit 1981 Pfarrer im Dillinger Stadtteil Steinheim, der u. a. im Lions-Club und im Schachclub aktive Manfred Forscht, der Kreisvorsitzende des Bayerischen Landessportverbandes, Alfons Strasser und die mit großen sportlichen Erfolgen ihrer Turnerinnen immer wieder imponierende Kreisjugendleiterin des BLSV, Elisabeth Schneider. Die „Verdienstplakette“ bekamen Franz Karg (Museumsarbeitskreis), für langjährigen verantwortlichen Einsatz bei der Feuerwehr im Stadtteil Kicklingen Josef Jall und Maria Richter (Ukraine-Hilfe). □



Der Einsatz im Ehrenamt ist auch für die Kommunen unverzichtbar, dies betonte der Augsburger Landtagsabgeordnete und Vizepräsident des BLSV, Bernd Kränzle, bei einer Festveranstaltung in Dillingen. Im Bild (von links): stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Stadtrat Stephan Boehm, Dekan Paul Sinz, Josef Jall und Landtagsabgeordneter Bernd Kränzle. Bild: -jdt-

Festakt zum Jubiläum 1200 Jahre Ingolstadt:

Bayerisches Aushängeschild

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat der Stadt Ingolstadt zu ihrem 1200-jährigen Jubiläum herzlich gratuliert. Beim zentralen Festakt in Ingolstadt bezeichnete er die Stadt als ein „Aushängeschild des historischen und des modernen Bayern“. Stoiber: „Von Ingolstadt gehen bis heute wegweisende Impulse für die bayerische Kultur und Geschichte aus. Dabei hat es die Stadt immer wieder verstanden, ihre Chancen zu nutzen - in der Wissenschaft, in der Wirtschaft und im sozialen Miteinander.“

Ingolstadt sei heute ein exzellenter Wissenschaftsstandort und ein wirtschaftliches Kraftzentrum Bayerns mit einer starken Großindustrie und einem breit aufgestellten Mittelstand. Die glanzvolle Hochschulgeschichte Ingolstadts seit dem 15. Jahrhundert werde mit den hervorragenden Impulsen der katholischen Universität und der Fachhochschule Ingolstadt fortgeschrieben. Das Weltunternehmen Audi

ergebnisse eingefahren haben.“

Stadt zum Einkaufen

Erfreulich sei die wirtschaftliche Entwicklung Ingolstadts „und insbesondere die Tatsache, dass sich der Mittelstand wieder gefangen hat“, fuhr Lehmann fort. Trotz der Eröffnung des FOC sende der Einzelhandel positive Signale. Ziel sei es, sich als „Stadt zum Einkaufen“



Eintreffen der Ehrengäste: Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann (rechts) begrüßte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und seine Gattin Karin. □

und das Energiezentrum Ingolstadt stünden modellhaft für den Wandel Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat.

Steigende Investitionen

Dass Ingolstadt auf einem guten Weg ist, unterstrich auch Stadtoberhaupt Dr. Alfred Lehmann beim traditionellen Neujahrsempfang. Trotz niedriger Steuereinnahmen - „unsere Steuerkraft wird 2006 weit unter dem Landesdurchschnitt liegen“ - habe die Stadt wiederum einen ausgeglichenen, genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt. Mehr noch: „Dieser Haushalt ist gekennzeichnet durch sinkende Nettoneuverschuldung und steigende Investitionen“, betonte Lehmann.

Dies sei auf den ersten Blick unglaublich, aber aus zwei Gründen möglich geworden: Zum einen, „weil wir ein konsequentes Personalkonsolidierungskonzept umgesetzt und die Verwaltung gestrafft und umorganisiert haben, zum anderen, weil die städtischen Gesellschaften herausragende wirtschaftliche Er-

weiter zu profilieren. Endlich ziehe auch die Konjunktur in der Bauwirtschaft wieder an. Ingolstadt verzeichne eine weit über vergleichbare Städte hinausgehende Zahl an Baugenehmigungen - „mehr als sie zum Beispiel Augsburg und Regensburg zusammen aufweisen“.

Neue Unternehmen

Auch entstünden neue Unternehmen. Dank gemeinsamer Anstrengungen sei die Region mittlerweile zu einem Zentrum für Existenzgründungen geworden, wie er, Lehmann, dies seit Jahren angestrebt habe. Das zeige sich auch im bundesweiten Vergleich in konkreten Zahlen: Die Region Ingolstadt liegt in der Gründungsdynamik auf dem fünften Platz von insgesamt 97 untersuchten Regionen. Diese positive Entwicklung werde dadurch untermauert, dass allein im Existenzgründerzentrum 107 Unternehmen gegründet wurden, die mehr als 430 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Als größte und erfolgreichste städtische Wirtschaftsförde-

lungsmaßnahme bezeichnete der OB das Güterverkehrszentrum. Dort seien über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft IFG in den vergangenen zehn Jahren 180 Mio. Euro investiert und neue Firmen angesiedelt worden. Heute seien dort 2.500 Mitarbeiter beschäftigt. Auch die großen Unternehmen seien weiterhin äußerst erfolgreich, bemerkte Lehmann: „AUDI bleibt bei den Auslieferungen an seine Kunden auf Rekordkurs und wird auch die Mitarbeiterzahl trotz erheblicher Rationalisierungsvorteile auf hohem Niveau halten.“

Erstklassige Grundlagen

„Fast man dies alles zusammen, erkennt man, dass Ingolstadt erstklassige Voraussetzungen zu einer weiteren positiven Entwicklung besitzt“, meinte der Rathausschef. Dazu werden auch folgende Entscheidungen beitragen:

- Die Media-Saturn-Holding wird die Konzernzentrale in Ingolstadt erweitern und damit mehrere hundert Stellen schaffen.
- Die Arbeiten für die Verlegung der Pionierschule von München nach Ingolstadt haben begonnen. Zusätzlich wird ein Pionierbataillon aus Brannenburg nach Ingolstadt verlegt werden, „so dass wir einer der wenigen Gewinner der Bundeswehrstrukturreform sind“.
- Das regionale Polizeipräsidium Oberbayern Nord wird in Ingolstadt errichtet. Die Baumaßnahmen haben bereits begonnen.
- Die Ansiedlung eines großen, neuen, attraktiven Möbelhauses in Zuchering-Weiherfeld steht an. Daneben will ein Bau- und Gartenmarkt eröffnen.
- EADS verlagert weit über 2.000 Arbeitsplätze aus dem Großraum München nach Manching.
- Im Interpark baut die Firma Binder einen Holzverarbeitenden Betrieb mit mehreren 100 Arbeitsplätzen.
- Ab Mitte des Jahres wird Ingolstadt ICE-Halt.

Grund zum Optimismus

Lehmann abschließend: „Wir haben in Ingolstadt allen Grund optimistisch zu sein, dass es wirtschaftlich weiter aufwärts geht. Und dafür arbeiten wir mit aller Energie. Wir wollen eine investitionsfreundliche Stadt bleiben und den Investoren verlässliche Partner sein. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist Ingolstadt vorangekommen wie kaum eine andere Stadt in Deutschland. Die Bürger sind es, die gemeinsam die lange Geschichte der Stadt so erfolgreich fortschreiben. Und darauf können wir alle gemeinsam stolz sein!“ **DK**



Um die historische Altstadt ist das neue Ingolstadt zu einer blühenden Metropole gewachsen. □

Zu Besuch im Würzburger Museum im Kulturspeicher:

Udo Jürgens und die Konkrete Kunst

Am 26. Januar 2006 feierte Udo Jürgens in der Kölnarena den Start seiner 20. Tournee. Bis 18. März tourt er durch die Republik und machte u. a. Anfang Februar Station in Würzburg. Er nahm die Gelegenheit wahr, das Würzburger Museum im Kulturspeicher zu besuchen, in dem seit ca. sechs Monaten ein Relief seines Großonkels, Hans Arp, Configuration von 1953, in der privaten „Sammlung Peter C. Ruppert - Konkrete Kunst in Europa nach 1945“ zu sehen ist.

„Meine Mutter war eine Geborene Arp und ich versuche auf meinen Tourneen auch die Museen zu besuchen, in denen Werke meines Großonkels ausgestellt sind“, so Udo Jürgens. Er lobte das Konzept des Speichers; das Zusammenspiel der

eindrucksvollen Architektur mit der ausgestellten konkreten Kunst. Leider hatte der Sänger nicht viel Zeit, da die Probe für das Konzert anstand. Er versprach aber außerhalb der Tournee wiederkommen und dann mehr Zeit mitzubringen.

Der deutsch-französische Künstler Hans Arp (1886-1966) ist gleichermaßen Maler, Bildhauer wie Dichter. Als Mitbegründer der Dada-Bewegung, die sich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts sowohl gegen den Krieg als auch gegen gesellschaftliche und ästhetische Normen auflehnt, kommt ihm aus kunsthistorischer Sicht besondere Bedeutung zu.

Auseinandersetzung mit avantgardistischen Strömungen

Sein Oeuvre geht jedoch über diese - zeitlich auf einige Jahre begrenzte - spielerisch-provokative Kunstrichtung hinaus, denn Arp setzt sich intensiv mit vielen avantgardistischen Strömungen seiner Epoche auseinander. Heute gilt er als Hauptvertreter einer organisch-abstrakten Formensprache, die sich an Wandel und Wachstum der Natur orientiert. Die Metamorphose wird dabei zur bestimmenden Idee seiner Kunst. Zu seinen immer wiederkehrenden Motiven gehören Nabel und Torso. Zunächst entstehen Reliefs, Collagen und Zeichnungen, ab 1930 vermehrt vollplastische Arbeiten.

In Straßburg geboren, studiert Arp zunächst an den Kunst- und Gewerbe-Schulen in Straßburg und Weimar, später an der Académie Julian in Paris. Die vorherrschenden konventionellen Lehrmethoden lehnt er jedoch

ab, sucht nach neuen künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kehrt er aus der Schweiz nach Meudon zurück. Neue Arbeiten und Gedichte entstehen. Zur ersten großen Einzelausstellung in New York reist er nach Amerika, wo er einige der alten Dada-Freunde wiedertrifft.

Großer Preis für Skulptur

In den 50er Jahren folgen zahlreiche öffentliche Aufträge, darunter der für die monumentale Plastik „Wolkenhirt“ für die Universität in Caracas. 1954 wird Arp auf der Biennale in Venedig mit dem großen Preis für Skulptur geehrt. 1959 heiratet er Marguerite Hagenbach, langjährige Freundin, Sammlerin und Förderin des Künstlerpaares, lebt und arbeitet abwechselnd in Meudon und Locarno. Hans Arp stirbt 1966 in Basel (Auszug aus der Beschreibung Hans Arp, Arp-Museum Bahnhof Rolandseck Hans-Arp-Allee 1, 53424 Remagen).

Der Termin im Museum wurde von Frau Margit Kirchner, Organisatorin der Volunteers im Museum im Kulturspeicher, koordiniert, deren Schwiagertochter Kontakte zum Management von Udo Jürgens hat. Der Kreis der Volunteers umfasst weit über 100 Würzburger Bürgerinnen und Bürger, die im Museum unentgeltliche Zugangskontrollen im Foyer und Aufsichtstätigkeit bei museumspädagogischen Veranstaltungen vor der eigentlichen Museumsöffnung übernehmen. □

Neuer Service der Hofer Stadtbücherei:

90.000 Medien online recherchieren und reservieren

Eine neue Internetfunktion der Stadt Hof ist in Betrieb gegangen: Künftig kann man online nachsehen, ob ein bestimmtes Buch in der Stadtbücherei oder einer ihrer Zweigstellen vorhanden ist. Etwa 75.000 Bücher sind so durch Stichworte zu finden. Optimal ist natürlich, wenn man genaue Angaben zu Titel oder Autor machen kann. Aber auch über Stichworte und eine Suchfunktion kann ein Buch gefunden werden. Das Programm gibt die Signatur und auch den Standort im Hauptgebäude am Wittelsbacherpark oder einer Zweigstelle an.

Doch nicht genug damit. Man kann mithilfe der Bibliotheksausweisnummer und seinem Geburtsdatum als Passwort ein gerade entliehenes Buch vorbestellen - ganz so wie man es sonst in der Bücherei gewohnt ist. Suche und Reservierung können so manchen Weg sparen. Auch das Verlängern von entliehenen Büchern ist online möglich.

„SpiderSearch“-Funktion

Ein besonderes Schmankerl stellt die „SpiderSearch“-Funktion dar. Nachdem der Benutzer einen Suchbegriff eingegeben hat, setzt SpiderSearch den Begriff in das Zentrum einer grafischen Ergebnisoberfläche. Gleichzeitig bereitet SpiderSearch ein „semantisches Netz“ mit assoziierten Wörtern für die weitere Suche auf und stellt diese animiert und visuell ansprechend dar.

Assoziationen

Der Suchbegriff kann auf unterschiedliche Weise mit den anderen Wörtern assoziiert sein. Es kann z. B. eine Wortverwandtschaft sein wie „Bibliothek“ und „Bibliothekarin“, eine Sinnverwandtschaft wie „Bibliothek“ und „lesen“ oder ein anderer sprachwissenschaftlicher Zusammenhang wie zum Beispiel „Bibliothek“ und „Ruhe“.

Die unterschiedlichen Verwandtschaftsarten werden durch unterschiedliche Farben und

Größen deutlich. Zum Verfeinern kann der Benutzer einen der Begriffe aus dem Netz anklicken, der dann wiederum seine „Verwandten“ um sich scharft. Die Suche wird so um diesen Suchbegriff erweitert und der Benutzer wird quasi durch dieses „Netz“ geführt. Für den Leser ein ganz neues Sucherlebnis!

Verfügbare Medien

Zusätzlich zu den Büchern sind auch die Zeitschriften, Spiele und die audiovisuellen Medien wie CDs, DVDs oder Videos online zu finden. Insgesamt kommt man so auch an etwa 90.000 Medien, die verfügbar sind.

Zielgruppen

Derzeit hat die Hofer Stadtbücherei circa 10.000 Leser, die etwa 300.000 Bücher und andere Medien im Jahr ausleihen. Vor allem Kinder und Jugendliche nutzen das Angebot. Junge Familien sind eine bevorzugte Zielgruppe. Man rechnet damit, dass das neue Angebot gerne aufgenommen wird, weil es den Gewohnheiten junger Menschen entspricht, das Internet häufig zu nutzen. Das gilt auch für moderne Menschen, die die alte Kulturtechnik des Lesens für sich entdeckt haben.

Die neue Funktion kann über die Homepage der Stadt Hof www.hof.de oder direkt auf www.stadtbuecherei-hof.de aufgerufen werden. □



Udo Jürgens zusammen mit Dr. Claudia Lichte (r.), Bürgermeister Dr. Adolf Bauer und der Leiterin des Museum im Kulturspeicher, Dr. Marlene Lauter vor dem Relief von Hans Arp aus dem Jahr 1953. □

Alles dreht sich um Langenzenn 2006

Die Stadt Langenzenn hat viele Gesichter. Eindrucksvoll ist dies dokumentiert in einer soeben erschienenen Neuauflage der Stadtbroschüre. Erster Bürgermeister Manfred Fischer nahm die ersten Exemplare der druckfrischen Broschüren mit sichtlicher Freude entgegen.

Die neuen Hefte sind für die Orientierung in Langenzenn von großem Nutzen. Neben der Geschichte der über 1050-jährigen Stadt im Rangau werden u. a. Vereine vorgestellt, alle Gaststätten veröffentlicht und die verschiedenen Feste und Feierlichkeiten im Stadtgebiet erwähnt. Ein ausführliches Vereinsregister rundet die Broschüre ab.

Zu feiern gibt es dieses Jahr eine ganze Menge: So wird der Langenzenner Heimatverein 125 Jahre alt, die Hans-Sachs-Spielgruppe begeht ihr zehnjähriges Vereinsgründungsjubiläum und die Klosterhofspiele Langenzenn feiern ihr 25-jähriges Bestehen.

Klosterhofspiele

Im Herbst 1981 als Abteilung des Heimatvereins Langenzenn gegründet, konstituierten sich die Klosterhofspiele 1984 als eigenständiger Verein. Mentor und maßgeblicher Begleiter war vom ersten Tage an der damalige Intendant des Stadttheaters Fürth, Kraft-Alexander, der die Klosterhofspiele als künstlerischer Leiter und Regisseur bis 2001 betreute. Ausgestattet mit großer Geduld, einer ausgeprägten Erfahrung in der Inszenierung von Komödien und viel Verständnis für theaterbegeisterte Amateure, führte Kraft-Alexander die Klosterhofspiele von Erfolg zu Erfolg. In seine Zeit fielen erfolgreiche und vergnügliche Inszenierungen diverser Goldoni-, Molière- und Shakespeare-Komödien, an die sich das stets zahlreiche Publikum heute noch gern erinnert. Seit 2004 werden die Klosterhofspiele künstlerisch von Jan Burdinski betreut, der als langjähriger künstlerischer Leiter des „Theatersommers Fränkische Schweiz“ bekannt ist.

Für heuer ist geplant, eine aktuelle Version von Molières „Der Arzt wider Willen“ nach 2005 erneut aufzuführen. Darüber hinaus steht die bitterböse Komödie „Volpone“ von Ben Jonson, einem Zeitgenossen Shakespeares, auf dem Programm. Im Rahmen der Gastspiele ist beabsichtigt, dass ein Ensemble des Fränkischen Theatersommers mit einer Neuinszenierung von Goldoni's „Diener zweier Herren“ in Langenzenn an einem Abend Flagge zeigt.

Wegen der Nachwuchsförderung gründeten die Klosterhofspiele 2002 das Kindertheater der Klosterhofspiele, das sich 2004 den Namen „Klostermäuse“ gab und mit „Der Sängerkrieg der Heidehasen“ und 2005 mit „Dornröschen“ im Klosterhof erfolgreich waren. Im Jubiläumsjahr wird das Kinder- und Jugendstück „Peter Pan“,

inszeniert, das auch für Erwachsene von Interesse sein dürfte. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktorina Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Schwäbisches Landrätetreffen in Bad Wörishofen:

Sonderpädagogische Tagestätten erhalten!

Kultusministerium will Zuschüsse streichen

Die schwäbischen Landräte unter Vorsitz des Augsburgers Landrats Dr. Karl Voegel setzten sich bei ihrer Arbeitstagung in Bad Wörishofen leidenschaftlich für den Erhalt der Sonderpädagogischen Tagestätten in Schwaben ein. Die Regierung von Schwaben soll gemeinsam mit dem Günzburger Landrat Hubert Hafner als Vertreter der Landkreise ein Konzept erarbeiten, damit diese bewährten und relativ kostengünstigen Fördereinrichtungen erhalten werden können. Dabei sollen auch die schwäbischen Landtagsabgeordneten mit eingebunden werden.

Das bayerische Kultusministerium hatte angekündigt, die Bezuschussung der Sonderpädagogischen Tagestätten (SPT) in Schwaben für neu aufgenommene Schüler ab dem kommenden Schuljahr zu streichen.

Position des KuMi

Der Besuch der SPTs sei für die Schüler nicht Voraussetzung für einen erfolgreichen Besuch einer Förderschule. Dies ergebe sich schon daraus, dass in den anderen Regierungsbezirken für Schüler Sonderpädagogischer Förderzentren keine vergleichbaren Förderangebote zur Verfügung stünden, der Schulbesuch sich dort jedoch nicht wesentlich schwieriger gestalte. Eine Bezuschussung sei daher weiterhin nicht mehr vertretbar, so das Kultusministerium in einem Schreiben an die Regierung von Schwaben.

Betroffen wären in Schwaben 19 Einrichtungen mit rund 450 Schülern. Das Kultusministerium schlägt eine Umwandlung

der SPTs in eine Ganztagsbetreuung vor. In den SPTs werden die Kinder mit zum Teil erheblichen Entwicklungsstörungen, insbesondere Lernbehinderungen, von geschultem Personal nach dem Schulunterricht besonders gefördert. „Nur durch diese spezielle und individuelle Förderung werden diese Kinder in die Lager versetzt, die Förderschulen der Erfolg zu besuchen. In aller Regel wird eine Ganztagsbetreuung keine auch nur ansatzweise adäquate Ersatzlösung sein“, sind sich die Landräte sicher.

Modellcharakter

Ein Wegfall der staatlichen Zuschüsse gefährde die Einrichtungen. „Diese vielfach bewährten Einrichtungen müssen erhalten bleiben, sie besitzen Modellcharakter. Eine erneute Verschiebung von Lasten auf die Landkreise können wir nicht widerstandslos hinnehmen“, fordert der Vorsitzende der schwäbischen Landräte, Voegel. □

Angebot des Hauses der Bayerischen Geschichte für das Jahr 2006:

Königreich Bayern 1806-1918 als umfassendes Internetportal

Am 1. Januar 1806 wurde Bayern zum Königreich erhoben. Nicht lange, aber immerhin 112 Jahre, bis zum November 1918, dauerte diese Epoche. In dieser Zeit regierten fünf Könige und der Prinzregent Luitpold als Vertreter für den kranken König Otto. Am Anfang und am Ende des Königreichs standen Kriege, am Anfang die napoleonischen Kriege, am Ende der Erste Weltkrieg. Ab 1806 entstand ein „neues“ Bayern. Seine Grenzen waren weitgehend mit den heutigen identisch.

Das Haus der Bayerischen Geschichte nimmt das 200jährige Jubiläum der Erhebung Bayerns zum Königreich zum Anlass, ein Internetprojekt mit drei Schwerpunkten aufzulegen:

1. Termine, Veranstaltungen und Veröffentlichungen im Jubiläumsjahr 2006
2. Hintergründe, beteiligte Personen und Chronik der Ereignisse um den 1. Januar 1806
3. Spuren des Königreichs Bayern im heutigen Erscheinungsbild des Freistaats.

Jubiläumskalender

Am 1. Januar 2006 um 10:00 Uhr - genau 200 Jahre, nachdem der nunmehrige König Maximilian I. Joseph in der Münchner Residenz seine Familie und seine engeren Mitarbeiter von der Annahme des Königstitels informierte - schaltete das Haus der Bayerischen Geschichte den Jubiläumskalender (www.koenigreichbayern.hdbg.de) in sei-

nem Internetportal „Königreich Bayern 1806 - 1918“ frei.

Kompakte Information

Im Jubiläumsjahr 2006 finden zahlreiche Veranstaltungen zum Königreich Bayern statt. Hier bietet der Jubiläumskalender (www.koenigreichbayern.hdbg.de) des Hauses der Bayerischen Geschichte einen Überblick. Ob Ausstellung, Fernsehsendung, Hörbild, Buchveröffentlichung, Aufsatz, Vortrag oder ein sonstiges Ereignis, hier sind alle Informationen kompakt und übersichtlich vereint.

Detaillierte Antworten

Wer selbst eine Veranstaltung zum Jubiläumsjahr plant, kann diese - am besten mit Bild zum Thema - im Kalender eintragen (www.koenigreichbayern.hdbg.de). Seit Februar 2006 bietet das Haus der Bayerischen Geschichte im nächsten Schritt des

Projekts umfangreiche Informationen über die Entstehung des Königreichs Bayern. Was passiert in München und Bayern zum Jahreswechsel 1805/1806? Wie kam es überhaupt zum Königreich Bayern und welche Folgen hat es, dass der bayerische Herrscher nun König ist? Wie feiern die Untertanen, wenn ihr Herrscher, Kurfürst Maximilian IV. Joseph, zum König ausgerufen wird? Das Haus der Bayerischen Geschichte beantwortet diese Fragen anhand von zahlreichen Bildern, Dokumenten, zeitgenössischen Zeitungsberichten und Musikbeispielen.

Ca. 2500 Abbildungen

Im Lauf des Jubiläumsjahres werden auch die Regierungszeiten der übrigen bayerischen Könige und des Prinzregenten Luitpold mit Bildern, Texten, Dokumenten und Archivalien vorgestellt. Am Ende des Jubiläumsjahres 2006 wird dann das „Königreich Bayern 1806 - 1918“ in all seinen Facetten als umfassendes Internetportal zu einem großen Thema der bayerischen Geschichte, mit ca. 2500 größtenteils farbigen Abbildungen, zur Verfügung stehen. □

Welterbezentrums Bamberg:

Ein „Ort im Land der Ideen“

Neu eingerichtetes Dokumentationszentrum Welterbe präsentiert sich im WM-Jahr 2006 als Zukunftsstandort

Das seit Juli 2005 existierende Dokumentationszentrum Welterbe der Stadt Bamberg ist jetzt offiziell zum „Ort im Land der Ideen“ gekürt worden. Es wird sich im Rahmen dieser bundesweiten Aktion im Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft am 15. November 2006 der Öffentlichkeit vorstellen und eine Veranstaltung zum Thema Jugend und Welterbe durchführen.

Dies gab Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung der Sieger des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ vor kurzem in Berlin bekannt. Der Wettbewerb gehört zu fünf Kernprojekten der Standortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“, die im WM-Jahr den Gästen aus aller Welt ein innovationsstarkes, modernes und weltoffenes Deutschlandbild präsentieren will. Getragen wird diese Initiative von der Bundesregierung und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler wurde das Dokumentationszentrum Welterbe als besonders ideenreicher, zukunftsfähiger und engagierter Ort ausgewählt.

Gelungener Start

Die Kampagne stellt an jedem Tag dieses Jahres jeweils einen der 365 ausgewählten Orte der Öffentlichkeit vor. Oberbürgermeister Herbert Lauer: „Die Aufnahme in diese Aktion ist ein gelungener Start für unser neues Dokumentationszentrum Welterbe. Auch das positive Feedback der deutschen UNESCO-Kommission, der Universität und des Landesamts für Denkmalpflege zeigen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind und eine Einrichtung mit Vorbildcharakter geschaffen haben.“

Große Konkurrenz

Die Konkurrenz war groß: Über 1200 Museen, Forschungsinstitute, Unternehmen, Vereine, kommunale Einrichtungen, touristische Projekte, Schulen, Theater und Univer-

sitäten hatten sich beteiligt. Auswahlkriterien waren die herausragende Bedeutung des Ortes für Deutschland im gesellschaftlichen oder technologischen Sinne, die Anziehungskraft für Groß und Klein und die Erlebbarkeit der Idee an möglichst vielen Tagen des Jahres.

Weitere Preisträger

Weitere Preisträger sind so renommierte Einrichtungen wie das Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie und

Genetik, die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land GmbH, einige Fraunhofer Forschungsinstitute, das Deutsche Museum in Bonn und das Deutsche Meeresmuseum Stralsund - OZEANEUM. Der Programmablauf und der Veranstaltungsort für die Bamberger Präsentation am 15. November werden noch bekannt gegeben.

Höherer Bekanntheitsgrad

„Für das Dokumentationszentrum Welterbe bedeutet die Auszeichnung nicht zuletzt eine Steigerung des Bekanntheitsgrades“, freut sich Matthias Ripp, der Leiter der Einrichtung, über den Erfolg der Bewerbung. Berichte über den Ort und die Veranstaltung werden

Augsburger Zukunftspreis 2006

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz sind große Herausforderungen. Stichworte sind: Natur erhalten, Energie sparen, regionale Produkte kaufen, den Stadtteil lebendig halten, sich für Menschen in ärmeren Ländern einsetzen. Mit dem Augsburger Zukunftspreis 2006 sollen diese Aktivitäten gewürdigt werden - um noch mehr Menschen, Initiativen und Unternehmen zum Engagement zu ermutigen.

Jeder kann Aktivitäten oder mögliche Preisträger vorschlagen - oder sich mit eigenen Aktivitäten bewerben. Für eine Auszeichnung in Frage kommen unter anderem Aktivitäten von Schulklassen, Vereinen, Privatpersonen oder Unternehmen in der Fuggerstadt, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Familienfreundlichkeit, ökologisch verträgliche Mobilität, soziales Zusammenleben oder nachhaltiges Wirtschaften.

Vergabe in zwei Kategorien

Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben: In der Kategorie „Agenda 21/ nachhaltige Entwicklung“ sowie in der Kategorie „Klimaschutz“. Das Preisgeld beträgt in jeder Kategorie 2.500 Euro. Die Bewerbung ist einfach: Für jede Kategorie gibt es einen kurzen Bewerbungsbogen. Diese können im städtischen Internet unter www.augsburg.de heruntergeladen oder beim Umweltamt der Stadt angefordert werden. Dorthin geht dann auch die Bewerbung zurück. Bewerbungsschluss ist Freitag, der 31. März 2006. **DK**

GZ

Gestern
hat mein Chef gesagt ...



„Tja, da bewahrheitet sich halt wieder meine alte These, dass nichts schlimmer ist, als die Menschen durch zuviel Vorsorge in falsche Sicherheit zu wiegen, statt ihnen möglichst das Gefühl der umfassenden Verantwortung zu geben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, gab mir einen Zeitungsartikel, der sich mit dem Verhalten von Arbeitnehmern an Online-Arbeitsplätzen befasst.

Dort wurde eine Umfrage zitiert, wonach 76 Prozent der Arbeitnehmer mit Mailzugang auf dem Dienstrechner eher verdächtige eMails öffnen würden, als auf dem privaten PC. Ebenso verknäueln sich drei Viertel der Befragten am heimischen Computer den Klick auf unbekannte Internet-Links, die sie am Arbeitsplatz aber durchaus ausprobieren. Nach den Gründen für dieses Kamikaze-Verhalten befragt, antworten die meisten Befragten, in der

Sorgfalt und Verantwortungsbereitschaft jedes einzelnen zählen

Firma oder der Behörde gebe es ja eine EDV-Abteilung oder sonstige Spezialisten, die bei einem etwaigen Absturz zu Hilfe eilen und die Sache grade biegen könnten, während man zu Hause völlig auf sich gestellt sei, wenn der Computer ins Trudeln gerät.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik geht von einem jährlichen Schaden in dreistelliger Millionenhöhe durch diese präpubertäre Einstellung aus. Denn man muss sich schon ein sehr kindliches Gemüt bewahrt haben, wenn man glaubt, dass die IT-Freaks im Büro so etwas wie der große Bruder oder die patente Mama sind, die jeden Mist, den man so baut mit Leichtigkeit aus der Welt schaffen können. Die Kameraden, die so drauf sind, sollten sich mal vor ihr geistiges Auge schalten, was für eine Schweinearbeit es ist, einen Virus in einem Netzwerk dingfest zu machen und wie viel es kostet, Schäden in komplexen IT-Systemen zu beseitigen.

Aber bei vielen Leuten kommt halt immer wieder der alte Adam durch: Sind sie nicht in letzter Konsequenz verantwortlich für ihr Tun, sondern gibt es noch jemand anderen, den man

rufen kann um eine Scharte auszuwetzen, dann wird man risikobereiter, tollkühner und dämlicher, als wenn man mit den Folgen seiner Handlungen immer alleine fertig werden müsste.

Was ist zu tun? Einen kenne ich, der ein Patentrezept parat hätte - den Gott sei Dank in Pension gegangenen früheren Leiter unserer Inneren Dienste, der empfehlen würde: Abschalten, Streichen, Verboten.

Der hat es nämlich schon gar nicht eingesehen, dass alle einen Computer haben müssen, viel weniger noch einen Internet-Anschluss. Aber das ist natürlich Quatsch. Internet und eMail gehören heute dazu wie Telefon und Fax. Ebenso wenig kann man das private surfen oder mailen verbieten, weil das kein Mensch kontrollieren kann. Drohkulissen aufbauen, mit Regress bei Missbrauch schrecken oder disziplinarische Konsequenzen androhen ist ein zweischneidiges Schwert. Erstens wissen alle, dass ein eingeschleppter Virus für sie nicht ohne Folgen bleibt und zweitens ist man bei der Fehlersuche ja immer auf das „Geständnis“ und die Mithilfe des Übeltäters angewiesen. Zuviel Abschreckung, die zu Schweigen oder Vertuschung führt, kann da den Schaden erhöhen.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht die Sache grundsätzlicher. Für ihn liegt der Schlüssel darin, den Mitarbeitern immer wieder zu vermitteln, dass es zum Gelingen des Unternehmens „Stadt“ auf den Einsatz, die Sorgfalt und die Verantwortungsbereitschaft jedes einzelnen ankommt. Jeder sollte stets so handeln, als ob es niemand gäbe, der korrigieren oder Fehler ausmerzen könnte. Ein solcher „kategorischer Imperativ“ à la Bürgermeister spart ja nicht nur bei der EDV-Nutzung einen Haufen Geld, sondern kann die Abläufe überall optimieren und reibungsloser machen. Arbeiten wir daran, dem gerecht zu werden und behalten wir den Anspruch von Michelangelo auf dem heutigen Kalenderblatt im Gedächtnis: „Mit all der Mühe, mit der wir manche unserer Fehler verbergen, könnten wir sie uns leicht abgewöhnen“.

Ihre Sabina

dann u. a. in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ und in einem eigens aufgelegten Reiseführer des DuMont-Verlages publiziert. Ein flankierender Medienservice möchte insbesondere internationale Journalisten auf die Orte der Ideen aufmerksam machen und so die erhöhte Aufmerksamkeit des WM-Jahres nutzen.

Weitere Informationen im Internet: www.welterbe.bamberg.de www.land-der-ideen.de

Was macht eigentlich das Dokumentationszentrum Welterbe?

Die Altstadt von Bamberg wurde 1993 in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Die große flächenhafte Ausdehnung des Weltkulturerbes „Altstadt Bamberg“, die Vielzahl der städtischen Funktionen und die Nutzung durch unterschiedlichste Menschen stellen eine besondere Herausforderung an die Verwaltung und den Schutz der UNESCO-Welterbestätte dar.

Zentrale Anlaufstelle

Zahlreiche Felder der Kommunal- und Lebenswelt werden von dem besonderen Status tangiert. Seit Juli 2005 steht daher das Dokumentationszentrum Welterbe als zentrale Anlaufstelle zum Thema UNESCO-Welterbe zur Verfügung. Die Kompetenzen der Stadtverwaltung in diesem Bereich sollen dadurch besser im nationalen und internationalen Umfeld dargestellt werden. Wissenschaftliche Arbeiten, Karten, Pläne, Literatur und andere Materialien zur Welterbestätte „Altstadt von Bamberg“ werden

hier zentral dokumentiert.

Für den nachhaltigen Umgang mit dem wertvollen Kulturerbe ist vorgesehen, neue Strategien und Methoden in Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zu erarbeiten. Ferner

sollen die Bevölkerung Bambergs ebenso wie die Besucher der Stadt über die Idee der UNESCO-Welterbekonvention aufgeklärt werden, wobei ein besonderer Augenmerk auf Kinder und Jugendliche gelegt wird. □

TERMINE 2006

KOLLOQUIEN

- 09. März 2006
Geographische Informationssysteme
Kostenreduzierung und Effizienzsteigerung durch die integrierte Anwendung von GIS-Systemen
- 26. April 2006
Vorbeugender Baulicher Brandschutz 2006
Brandschutz im Bestand
- 11. Mai 2006
Nürnberger Kolloquien zur Kanalsanierung 2006
Praxiserfahrungen und Lösungen

MASTERSTUDIENGÄNGE

- Anmeldung bis 28. September 2006
- Master of Facility Management
3-semestriger Studiengang Abschluss „Master of Facility Management“
- Master Software-Engineering
4-semestriger Studiengang Abschluss „Master of Engineering“
Der erfolgreiche Abschluss eröffnet den Zugang zum höheren öffentlichen Dienst.

Wir informieren Sie gerne umfassend!
Verband Ingenieur Qualifizierung GmbH
Tel. 0911/42 45 99-0, Fax 0911/42 45 99-50
info@verbund-ig.de, www.verbund-ig.de

IQ Verband Ingenieur Qualifizierung gemeinnützige GmbH

UNIVERSITÄT BAMBERG

VERBUND INGENIEUR QUALIFIZIERUNG

Jahrestreffen des schwäbischen Handwerks mit schwäbischen Landräten:

Handwerk zählt auf politische Reformen

(koh) Eine Vielzahl von Themen stand beim Jahrestreffen der schwäbischen Landräte mit der Führungsspitze der Handwerkskammer für Schwaben auf der Tagesordnung.

HWK-Präsident Manfred Rudel beschrieb zunächst die wirtschaftliche Lage im Handwerk. Die Situation in den Betrieben bleibt weiterhin angespannt. Die schwache Binnennachfrage, hohe Energiepreise und der starke Kostendruck machen den Firmen immer noch zu schaffen. Für das Jahr 2006 erwartet Rudel jedoch, dass sich die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen positiv auf die Bau- und Ausbauhandwerke auswirken wird.

Mehrwertsteuererhöhung

Skeptisch blicken die Betriebe auf die geplante Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007, die die behutsame Aufwärtsentwicklung rasch wieder beenden dürfte. Daher fordert das Handwerk, das Instrument der ermäßigten Mehrwertsteuersätze auf arbeitsintensive Dienstleistungen nun endlich auch in Deutschland einzuführen. Bis Ende März muss die Bundesregierung einen solchen Antrag bei der EU-Kommission stellen.

Auftragsvergabe der öffentlichen Hand

Die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand war ein weiteres Thema. Das Handwerk fordert die Kommunen auf, dass

nur noch solche Betriebe den Zuschlag bei Ausschreibungen erhalten, die auch Tariftlöhne zahlen. Es genüge dabei nicht, sich auf eine schriftliche Erklärung zu verlassen, so Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner, wichtig seien effiziente Kontrollen auf den Baustellen, um schwarze Schafe zu identifizieren.

Ohne Qualifikation keine Ausbildung

Sorgen macht dem Handwerk auch die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Denn gerade neugegründete Betriebe verfügen immer seltener über die notwendige Qualifikation, um auszubilden. In den seit der Reform der Handwerksordnung meisterfrei gewordenen Berufen haben über 80 Prozent der Betriebsgründer keinerlei Qualifikation. Diese Betriebe fallen für die Ausbildung flach. Die Handwerkskammer steuert mit ihrem „Aktivprogramm für mehr Ausbildungsplätze“ entsprechend dagegen und wird wie in den beiden vergangenen Jahren „alle Register ziehen“, so Hauptgeschäftsführer Wagner, um möglichst viele junge Menschen in ein Ausbildungsverhältnis bzw. eine Einstiegsqualifizierung (EQJ) zu vermitteln.

Ein weiteres Thema war die gemeinsame Initiative der HWK

Schwaben mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken zur einer zügigeren Kreditbewilligung. Ziel ist dabei, dass Handwerksbetriebe schneller

EuRegio und Institut der Regionen Europas (IRE):

Fruchtbare Kooperation

Anlässlich der mit Beginn 2005 erfolgten Eröffnung des Instituts der Regionen Europas (IRE) in Salzburg besuchten Präsident Bürgermeister Dr. Emmerich Riesner, Vizepräsident Landrat Hermann Steinmaß und Geschäftsführer Steffen Rubach von der EuRegio den Institutsvorstand und Landeshauptmann a.D. Dr. Franz Schausberger.

In dem intensiven Arbeitsgespräch wurde deutlich, dass sich die beiden Organisationen zum gegenseitigen Nutzen gut unterstützen können. Das IRE kümmert sich um alle Regionen Europas und kann dabei von den konkreten Erfahrungen und Aktivitäten der EuRegio profitieren. Umgekehrt kann sich das IRE auf Ebene der europäischen Regionen auch solcher Problemstellungen annehmen, die in der Umsetzung dann der EuRegio vor Ort weiter helfen.

Großes Expertenwissen

Schausberger und Riesner vereinbarten daher, dass das IRE auf seiner Ebene die Frage der organisatorischen Weiterentwicklung von Euregios aufgreifen und auch bei der Diskussion über das von der EU geplante neue Rechtsinstrument „Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit“ sowie bei der EU-Mittelverteilung ab 2007 für den deutsch-österreichischen Grenzraum unterstützen werde. „Außerdem wird das Institut der Regionen Europas bei der Herstellung von Wirtschaftskontakten hiesiger Unternehmen nach Zentral-

und reibungsloser Kredite von den Banken erhalten sollen.

Mit dem Start dieser Initiative rechnet Kammerpräsident Manfred Rudel noch in den nächsten Wochen. Dieses von der Handwerkskammer für Schwaben initiierte Projekt wird dann der Öffentlichkeit vorgestellt. Wichtig ist für Rudel auch, dass in den Verwaltungsräten der Sparkassen handwerklicher Sachverstand vertreten ist. □

Chamer Mechatronik-Netzwerk:

Präsentation beim Münchner Cluster-Kongress

Die Bayerische Staatsregierung stellte in München die Cluster-Offensive Bayern vor. Durch einen intensiven Wissenstransfer zwischen Forschung und Industrie sollen Innovationen gefördert werden. Bei dem Kongress mit über 3000 Teilnehmern durfte sich als einziges Projekt eines Landkreises das Kompetenz-Netzwerk Mechatronik im Landkreis Cham präsentieren. Mit einem von der Firma Zollner gefertigten Mechatronik-Modell des Further Drachens zeigte das Chamer Netzwerk seine hohe Kompetenz in Sachen Mechatronik.

Zusammen mit Wirtschaft und Wissenschaft wurde ein landesweites Netzwerk mit 19 Cluster-Zentren entwickelt, in denen wirtschaftliche Impulse für ganz Bayern gesetzt werden sollen. Einer dieser Schwerpunkte ist die Mechatronik. Landrat Theo Zellner: „Mit dem Kompetenz-Netzwerk Mechatronik im Landkreis Cham intensivieren wir seit fünf Jahren erfolgreich die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung. Deshalb konnten wir uns bereits

zum Start der bayerischen Offensive als Mechatronik-Cluster mit einem Messestand präsentieren. Unsere Region ist für das nächste Ziel der bayerischen Staatsregierung gut vorbereitet.“

Ministerpräsident Edmund Stoiber sowie Wirtschaftsminister Erwin Huber zeigten sich am Mechatronik-Netzwerk des Landkreises mit seinen 29 Unternehmen und Partnern und der Entwicklung des Drachenmodells sehr interessiert. □

Essenbach / Landkreis Landshut:

Wertstoffhof massiv ausgebaut

Sie ist fast um die Hälfte vergrößert worden, verfügt nun über zwei Tore, so dass Anlieferer von Abfällen nicht mehr in der Anlage wenden müssen, die gesamte Fläche von nunmehr rund 1800 Quadratmetern wurde geteert und gepflastert und außerdem ist die ganze Anlage nun neu eingezäunt worden.

Kein Wunder, dass sich alle über die gelungene Runderneuerung der Altstoff-Sammelstelle in Essenbach im Landkreis Landshut freuen - Landrat Josef Eppeneder ebenso wie der Essenbacher Bürgermeister Fritz Wittmann, der Leiter des Sachgebiets Abfallwirtschaft am Landratsamt Gernot Geißler und seine Kollegin Birgit Trummet, Mitarbeiter der Marktgemeinde Essenbach ebenso wie Tiefbauamtsleiter Matthias Huber und sein Kollege Josef Gaube, der für die Planung und Ausführung der Baumaßnahme verantwortlich zeichnete.

Im vergangenen Jahr sind, wie

die Abfallwirtschafts-Experten des Landratsamts mitteilten, rund 700 Müllcontainer von den Essenbacher Bürgern gefüllt worden.

Geht man davon aus, dass jeder Anlieferer durchschnittlich einen halben Kubikmeter Abfälle heranschafft - was etwa dem Inhalt eines Auto-Kofferraums entspricht - , dann errechnet sich daraus, dass die Altstoff-Sammelstelle im vergangenen Jahr rund 24.000 mal angefahren wurde. Umgerechnet auf die Öffnungstage der Sammelstelle (zwei pro Woche), entspricht das rund 230 Fahrzeugbewegungen pro Tag. DK

Vorschau auf GZ 5

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 5, die am 9. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung
- Museen

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen

Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
Fax 07151-995166 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
T 0931/29903-0 • Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen



KOMPAN Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



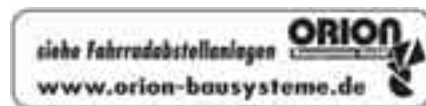
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: ++49 (0)9621/7685-0 • Fax ++49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wasserzähler



HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 • 601 • Fax: 09 81/18 06 • 615
www.hydrometer.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen



SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230



der Umwelt zuliebe
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0)4431/935549 • Telefax: +49 (0)4431/935588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de